Westfälisches Tageblatt

General-Anzeiger für Hagen und Umgegend

Hagener Generalanzeiger

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 60 Pfennig frei ins Haus, mit „Hagener Bunte Blätter" 10 Pfennig mehr. Durch die Post bezogen mit Bunte Blätter Mark 2.10, ohne Bunte Blätter Mark 1.80 für das Vierteljahr ausschließlich Postbestellgeld.

Amtliches Kreisblatt für den Stadt- und Landkreis Hagen
Unabhängige Zeitung für nationale Politik

Tägliche Beilage: Unterhaltungsblatt Feierstunden. Wöchentliche Beilagen: Hagener Bunte Blätter. Für unsere Frauen. Für unsere Kleinen.

Rotationsdruck und Verlag: Westfälische Verlagsanstalt Decker & Co., Hagen i. W., Goldbergstr. 17–21. Redaktion: Fernsprecher Nr. 126, Expedition: Fernsprecher Nr. 120. Telegr.-Adr.: Tageblatt Hagenwestf.

Hagener Generalanzeiger

Anzeigenpreis für die siebengespaltene Zeile 20 Pfg., im Wohnungs- und Arbeitsmarkt 15 Pfg., Textzeile im Reklameteile 50 Pfg., Beilagengebühr 6 Mk. für 1000 Stück. Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif; jeder Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Das Westfälische Tageblatt, General-Anzeiger für Hagen und Umgegend, gewährt für jeden Unfall, der einem Abonnenten zustößt und mit dessen Tod endet, eine an die Erben zu zahlende Unfallvergütung von je **300 Mark** nach Maßgabe der allgemeinen Bedingungen, die in unserem Blatte bereits veröffentlicht worden sind und die in unserer Haupt-Expedition, Goldbergstraße, jederzeit eingesehen werden können.

Nummer 68 — Dienstag, den 21. März 1911 — 47. Jahrgang

Erstes Blatt.

Wer noch nicht zu den Abonnenten des
Westfälischen Tageblattes
General-Anzeiger für Hagen und Umgegend
zählt,
bestelle das Blatt für den Monat April schon jetzt.
Den neu hinzutretenden Beziehern wird die Zeitung
bis Ende dieses Monats völlig kostenlos zugestellt.
Der Bezugspreis beträgt
monatlich nur 60 Pfg.
mit Bunte Blätter 10 Pfg. mehr.
Die Geschäftsstellen sowie die Boten nehmen Bestellungen gerne entgegen.

Preußischer Fortbildungsschultag.

Unter starker Beteiligung von Vertretern von Behörden, Stadtverwaltungen, des Handels, Gewerbes sowie von Fortbildungsschullehrern wurde am Freitag ein außerordentlicher preußischer Fortbildungsschultag abgehalten, um Stellung zu nehmen zu dem Gesetz über die Einrichtung und den Besuch der Pflichtfortbildungsschulen.

Der Vorsitzende, Schuldirektor Hase (Charlottenburg) sieht die Schwierigkeit jeder Schulgesetzgebung darin, daß die politischen Parteien besondere Stützpunkte für ihre Anschauungen in der Schule gewinnen möchten. Es ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß auch dieses Gesetz durch

Hineindrängen politischer Fragen

zum Gegenstand des Streites der Parteien werde. Das aber sei verwerflich und energisch zu bekämpfen.

Auch auf die wirtschaftliche Entwickelung unseres Volkes werde der Gesetzentwurf Einfluß üben. Niemand bestreitet heute, daß die wirtschaftliche Tüchtigkeit und Spannkraft eines Volkes neben der sittlichen Höhe von einer gründlichen allgemeinen und beruflichen Bildung abhängig ist. Eine solche Bildung und Erziehung unserer werktätigen Jugend in Ansehung der Zukunft und des Wohlstandes unseres Staates durch ein Gesetz zu gewährleisten, ist wirtschaftliche, soziale und sittliche Pflicht.

Darauf sprach an erster Stelle über den Gesetzentwurf vom

Standpunkt der Gemeindeverwaltungen

Oberbürgermeister Dreifert (Brandenburg a. H.). Der Redner warnt vor zu weitgehenden Forderungen. Die beteiligten Kreise seien der Staatsregierung dankbar, daß der Gesetzentwurf endlich gekommen sei. Das Gesetz bedeute einen großen Fortschritt. Wenn auch manche weitergehende Wünsche vorhanden seien, so sollte man nehmen, was gegenwärtig erreichbar erscheine. Für das Bergwerk wünscht er ein besonderes Gesetz in der Frage des Fortbildungsschulunterrichts. Für häusliche Dienstboten und auch für Lehrlinge in Apotheken würde der Fortbildungsschulunterricht wohl noch eine Zukunftsfrage sein müssen. Jedenfalls werde auch nach dieser Richtung mehr als bisher zu geschehen haben. Dieses Gesetz, das die Grundlage für die weitere Entwickelung unseres Fortbildungsschulwesens bilden soll, sei nicht die einzige Maßnahme. Es seien noch daneben geplant eine Revision der Bestimmungen über die Lehrpläne und eine Neuordnung des Verfahrens zur Ausbildung der Fortbildungsschulkräfte. Wenn es gelingt, diese drei Pläne durchzuführen, werde das Jahr 1911 einen großartigen sozialen Fortschritt bieten. Er hoffe, daß trotz aller vorhandenen Wünsche die Versammlung sich in dem Wunsch vereinigen werde, daß dieses Gesetz zustande kommen müsse. (Lebhafter Beifall.)

Bäckerobermeister Rabsahl (Berlin) führt aus, daß auch

das Handwerk

großes Interesse am Zustandekommen dieses Gesetzes hat. Der berufliche Charakter der Fortbildungsschule müsse gewahrt und in dem Gesetz als die Hauptaufgabe der Schule zum Ausdruck gebracht werden. In Uebereinstimmung mit dem Obermeister Rahardt und dem Herrenhausmitglied Obermeister Plate ist er entschieden dagegen, den Religionsunterricht in die Fortbildungsschule einzuführen. Ueberhaupt habe er große Bedenken, den

obligatorischen Unterricht

einzuführen. Die Arbeitgeber gewähren den Schülern gern in ihrem eigenen Interesse freie Zeit zum Besuch der Fortbildungsschule, Voraussetzung dafür sei aber, daß dieser Unterricht zur Heranbildung einer beruflichen Tätigkeit diene. Der Hauptaufgabe der Schule als beruflicher Bildungsanstalt werde der Gesetzentwurf mit der Bestimmung, daß die Schulpflicht in Städten von mehr als 10 000 Einwohnern einzuführen sei, nicht gerecht. Gerade in den

kleinen Städten

haben die Lehrlinge größere Aussicht, sich einmal selbständig zu machen und dann auch wieder einen Nachwuchs heranzubilden. Im wohlverstandenen Interesse der Lehrlinge in den kleinen Orten liege es daher, auch hier den Fortbildungsschulzwang einzuführen. (Lebhafter Beifall.) Schwere Bedenken sind vom Standpunkt des Handwerks gegen § 12 zu erheben, der von der Bildung der Schulvorstände spricht. Es müßte im Gesetz festgelegt werden, in welchem Verhältnis die Gewerbetreibenden am Schulvorstand zu beteiligen sind. Für die Großstädte sei zu fordern, daß für diejenigen Gewerbe, für die Fachschulklassen oder Fachabteilungen bestehen, ein Schulbeirat geschaffen werde.

Direktor Haumann (Berlin) begründet sodann eine Reihe von

Anträgen

des geschäftsführenden Ausschusses. So wird verlangt, die Schulpflicht bereits in Städten von 5000 Einwohnern an (statt von 10 000 nach dem Entwurf) einzuführen. Außer der Förderung der beruflichen Bildung wird auch die staatsbürgerliche Erziehung und vermehrte Körperpflege gewünscht und schließlich folgende

Resolution

beantragt:

„Der Preußische Fortbildungsschultag sieht in der Jugendpflege die unentbehrliche Ergänzung der Erziehungsaufgabe der Fortbildungsschule und hält sie nur in engster Verbindung mit der Fortbildungsschule für durchführbar. Zur Lösung dieser Aufgabe sind staatliche Mittel nötig, die im Interesse zweckmäßiger Verwendung wie bisher dem Handelsminister zur Verfügung stehen müssen."

In der anschließenden Debatte wendet sich Bürgermeister Lindemann (Kiel) gegen das Hineinziehen sowohl der Körperpflege wie auch der staatsbürgerlichen Erziehung; gegen diese letztere um deswillen, weil man vielleicht einst auch die Religion hierunter begreifen würde. (!)

Dagegen tritt der Oberbürgermeister von Hagen, Cuno, warm für die körperliche Ausbildung in den Fortbildungsschulen ein, schon mit Rücksicht auf die Vorbereitung zum Militärdienst. Allerdings sei er auch der Meinung, daß körperliche Uebungen nicht in die Arbeitszeit gehören, aber mit der Freiwilligkeit komme man hier ebenso wenig weiter wie bei andern Dingen. (Lebhafte Zustimmung.)

Als Vertreter des preußischen Handelsministers

sprach dann der Geheime Oberregierungs-Rat Dr. von Seefeldt:

Ich will mich zwar nicht einlassen auf eine Diskussion über die Abänderungsvorschläge, da ich gebunden bin an die Vorlage der Staatsregierung. Aber wo es sich um die Besprechung der Erläuterungen handelt, halte ich es für geboten, aus der Reserve herauszutreten. Ich will daher nur auf zwei Punkte eingehen. Der eine Punkt ist die Beschränkung des Schulzwanges auf Städte mit 10 000 Einwohnern und mehr. Ich bin mit Ihnen einverstanden, daß überall da, wo eine genügende Anzahl von jungen Leuten vorhanden ist, die des Fortbildungsschulunterrichts bedürftig ist, eine Fortbildungsschule einzurichten wäre. Die Frage wäre nur, wie weit wir gehen könnten. Die Staatsregierung geht soweit, daß sie 93 000 junge Leute mehr als jetzt heranzieht. Nun erinnere ich nur an die finanziellen Aufwendungen, die die Einschulung von 93 000 jungen Leuten zur Folge hat, und an die Notwendigkeit, die nötigen Lehrkräfte herbeizuschaffen. Dann werden Sie verstehen, weshalb die Staatsregierung nicht weiter gegangen ist und sich auf Städte mit 10 000 Einwohnern und mehr beschränkt hat. Sodann möchte ich mich noch über die Frage der Hineinziehung der

staatsbürgerlichen Erziehung

äußern. Daß die berufliche Ausbildung Pflicht der Fortbildungsschule ist, steht fest, und es war nötig, es im Gesetz besonders zu sagen. Aber der Gesetzgeber hat den Fortbildungsschulen zwei neue Aufgaben, staatsbürgerliche Erziehung und körperliche Ertüchtigung, zuweisen wollen. Nun ist gefragt worden, ob das ein Zwang sein soll. Die Ausführungsbestimmungen sagen aber, daß dem Lehrplan freier Spielraum gelassen werden soll, ob es ein obligatorischer oder freiwilliger Unterricht sei. Das Gesetz soll doch von Memel bis Aachen, von Hadersleben bis Saarbrücken gelten. Wir müssen da mit den verschiedensten Verhältnissen rechnen, und ein gewisses Maß von Verständnis werden Sie doch auch der Staatsregierung zubilligen müssen (Heiterkeit), so daß Sie überzeugt sein können, daß wir nicht glauben, daß der Turnunterricht überall in ganz Preußen obligatorisch durchgeführt werden soll. Es wird der Entscheidung der Gemeinden überlassen bleiben, ob sie zwangsweisen oder freiwilligen Turnunterricht einführen wollen. (Lebhaftes Bravo.)

Demgegenüber betont Oberbürgermeister Cuno (Hagen), daß er nach wie vor ein Hinuntergehen unter die vorgeschlagene Grenze von 10 000 Einwohnern für dringend geboten halte.

Darauf werden die Anträge des geschäftsführenden Ausschusses einstimmig angenommen.

Zur Frage der Einführung des obligatorischen

Fortbildungsschulunterrichts für Mädchen

wird folgende Resolution beantragt:

„Nach der gesetzlichen Festlegung der Schulpflicht für die männliche Jugend wird erwartet, daß die Einführung der Schulpflicht für Mädchen nach § 10 dieses Gesetzes von den Gemeinden und dem Staat beschleunigt wird und daß der Staat die Gemeinden bei Errichtung von Mädchenfortbildungsschulen nach denselben Grundsätzen finanziell unterstützt wie die Fortbildungsschulen für die männliche Jugend."

Hierzu stellt Frl. Lischnewska (Spandau) den weiteren Antrag, in Städten von über 100 000 Einwohnern die im Handel und Gewerbe tätigen Mädchen schon heute dem Fortbildungsschulzwange zu unterwerfen. Eine weitere Rednerin wünscht die Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges auf Handlungsgehilfinnen und weibliche Lehrlinge.

Obwohl diesem Gedanken an sich sympathisch gegenüberstehend, mahnt Oberbürgermeister Cuno doch zur Beschränkung auf das vorläufig Erreichbare. Der Deutsche Fortbildungsschultag in Breslau hatte auch ausgesprochen, daß für die sachliche Ausbildung der Mädchen mehr getan werden muß. Wichtiger aber als der gewerbliche Unterricht ist für unsere Volkswirtschaft der hauswirtschaftliche. (Lebhaftes Bravo.) Wenn wir aber zuviel verlangen, besteht die Gefahr, daß das ganze Gesetz in Frage gestellt wird. Deshalb bitte er um Beschränkung auf die kaufmännischen Angestellten.

In der Abstimmung werden die Anträge Lischnewska und Meineck abgelehnt und die Resolution des Ausschusses angenommen.

Eine längere Aussprache rief dann die Frage der

Befreiung von einzelnen Unterrichtsgegenständen

beziehungsweise die Verkürzung der Schulpflicht hervor, wobei Geheimrat v. Seefeldt erklärt, daß die Fassung des Entwurfs die Möglichkeit individueller Behandlung zulasse.

Abg. Rahardt verlangt Teilbefreiung für junge Leute, die schon Fachzeichnen und kunstgewerbliche Schulen der Innungen usw. besuchen. Oberbürgermeister Dreifert beantragt den Zusatz: „Für diejenigen, welche eine Schule, die einen über die Unterrichtsdauer der Volksschulen hinausgehenden Lehrgang besitzt, absolviert haben, tritt eine entsprechende Verkürzung der gewerblichen Schulpflicht ein." Dieser Antrag wurde angenommen.

Ein weiterer Beschluß lautet: Ausnahmen sind für die Veranstaltung körperlicher Uebungen ohne weiteres, für andere Unterrichtszwecke nur aus besonderen Gründen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden zulässig. Angenommen wurde weiter ein Antrag Meineck, der den Wunsch ausspricht, daß die Bestimmungen des § 4 baldigst auch auf weibliche Personen Anwendung finden mögen. Alsdann wurde unter den in § 11 aufgeführten Kategorien, auf die der Schulzwang nicht auszudehnen ist, die Gruppe der häuslichen Dienstboten gestrichen. Angenommen wurde ferner ein Antrag Cuno: Es ist dringend geboten, daß alle jugendlichen Bergarbeiter durch besonderes Gesetz dem Fortbildungsschulzwang unterworfen werden. Einem Antrag Rahardt auf Einführung von Schulbeiräten wurde mit dem Zusatz „möglichst" zugestimmt.

Schließlich wurde noch beschlossen, das Gesetz möge aussprechen, daß die bereits angestellten Leiter und Lehrer unter die Bestimmungen dieses Gesetzes fallen.

Tagesrundschau.

* Hagen, 21. März.

Die Großherzogin von Sachsen-Weimar wurde gestern Abend von einer Tochter glücklich entbunden.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Abgeordnetenhauses beriet über den Antrag, das gegen den Abg. Liebknecht schwebende ehrengerichtliche Verfahren einzustellen. Die Mehrheit entschied sich jedoch dahin, die Einstellung des Strafverfahrens im Abgeordnetenhause nicht zu befürworten.

Zugunsten des Frauenwahlrechts fanden am Sonntag in ganz Oesterreich Versammlungen von Frauen statt. An der Wiener Versammlung nahmen etwa 4000 Frauen teil, die nachher in vollständiger Ruhe über die Ringstraße zum Rathause zogen und dort das Frauenrechtslied sangen.

Die Landesverteidigungs-Kommission der Reichsduma beendete die Beratung der neuen Wehrpflicht-Vorlage. Diese bestimmt, daß zunächst die Wehrpflichtigen des Reiches einberufen werden. Nach den in der Kommission abgegebenen Erklärungen beträgt die Wehrpflichtbefreiung 45 Proz. (in Deutschland 2 Proz.). Durch das neue Gesetz sollen viele Gründe für die Befreiung in Wegfall kommen.

Der Großwesir als interimistischer Handelsminister und Generaldirektor Huguenin unterschrieben den Vertrag über die Eisenbahnlinie El Halif—Bagdad, die alsbald durch kaiserliches Irade bestätigt wurde.

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung beträgt die Zahl der Einwohner Indiens 315 Millionen.

Englisch-amerikanische Bündnispolitik.

Man schreibt uns:

Die Erklärungen, die Sir Eduard Grey und Balfour über die Schiedsgerichtsfrage mit der Union abgegeben haben, dürfte über die Tendenz der durch diesen Schiedsvertrag einzuleitenden Politik keine Zweifel mehr bestehen lassen, trotz der Abschwächungen, welche der Leiter der britischen auswärtigen Politik nachträglich seinen Worten zu geben für nötig befand. Es liegt auf der Hand, daß ein derartiger Schiedsvertrag sich praktisch nicht weit von einem Bündnis entfernt, ja daß er, wenn er sich als lebensfähig erweist, je länger je mehr sich einer förmlichen Allianz nähern muß. Die Aeußerungen der englischen Presse ebenso wie einige Aussprüche führender amerikanischer Politiker lassen keinen Zweifel darüber, daß man sich den Schiedsvertrag nicht bloß als ein in engerem Sinne juristisches Instrument, sondern als die Basis einer politischen Annäherung denkt. Es kann natürlich nicht übersehen werden, wenn dabei von der Hegemonie der englisch sprechenden Welt, von einer geheiligten Allianz oder auch schlechtweg von einem englisch-amerikanischen Bündnis gesprochen wird.

In den Vereinigten Staaten ist man sich auch über diesen unausbleiblichen Zusammenhang nicht im Zweifel. Und diese Auffassung kam in der Protestkundgebung gegen den geplanten Schiedsvertrag zum Ausdruck, den die „Vereinigten Deutschen" und die „Vereinigten Irischen Gesellschaften" am Vorabend von Washingtons Geburtstag veranstalteten. In dieser Versammlung wurden Reden gehalten, welche darauf hinwiesen, daß ein solcher Vertrag nicht zur Erhaltung des Friedens beitragen würde. Jede nähere Anlehnung an England verstärke dessen Weltmachtstellung, ohne irgend welche Vorteile für die Vereinigten Staaten mit sich zu bringen. Das Abkommen würde lediglich geeignet sein, Amerika in europäische Angelegenheiten zu verwickeln und somit gegen die geheiligten Lehren Washingtons und die Monroedoktrin verstoßen. Zum Schluß der Versammlung gelangten verschiedene gegen den Schiedsvertrag gerichtete Resolutionen zu einstimmiger Annahme.

Deutsches Reich

Der neue Fall englischer Marinespionage. Ueber das Verhör des verhafteten Engländers kann im nationalen und militärischen Interesse noch nichts mitgeteilt werden. Nur soviel sei ausdrücklich gesagt, daß die Meldung des L.-A. über die angebliche Aussage des Engländers, lediglich privates Interesse an Kriegsschiffbauten habe ihn dazu getrieben, Daten darüber auf deutschen Werften zu sammeln, gänzlich unrichtig sind. Von maßgebender Stelle wurde diese Meldung geradezu als Unsinn bezeichnet. Ueber die Persönlichkeit des Engländers kann ebenfalls noch nichts mitgeteilt werden. Auch die Namen der anderen vier Verhafteten werden nicht genannt. Erst wenn die Angelegenheit näher untersucht ist, sollen der Presse weitere Angaben gemacht werden, und zwar wird dies voraussichtlich auch von der militärischen Seite aus vom Reichsmarineamt geschehen. Der Engländer hat tatsächlich versucht, durch Bestechung von Werftangestellten die genauen Angaben und Zusammenstellungen über Beschaffenheit, Größenverhältnisse, Lieferungszeit usw. der Kriegsschiffbauten der deutschen Armee, die auf Werften im Bau sind, zu erfahren und nach England mitzuteilen. Inzwischen sollen in Bremen noch drei weitere Personen verhaftet worden sein. Der Hauptbeteiligte, ein Engländer, wird noch gesucht.

Ein sozialdemokratischer Frauentag, der für das Frauenwahlrecht Stimmung machen sollte, fand am Sonntag in Deutschland, Oesterreich und in der Schweiz statt. Die sozialdemokratische Partei hatte in allen Orten dieser drei Staaten, in denen sie über nennenswerte Organisationen verfügt, Versammlungen mit der Tagesordnung: „Her mit dem Frauenwahlrecht!" veranstaltet. In Großberlin waren 41 Versammlungen anberaumt, davon kamen 13 auf Berlin selbst. Alle verliefen bis auf eine, in der es durch einen eigenartigen Zwischenfall zu aufgeregten Szenen kam, ruhig und ungestört.

Ausland

Demission des italienischen Kabinetts. Das italienische Kabinett Luzzatti hat in der Nacht zum Sonnabend seine Demission beschlossen, nachdem am Sonnabend eine Abstimmung über eine mit der Wahlreform in Verbindung stehende Frage gegen die



Min.-Präsident Luzzatti

radikalen Mitglieder des Kabinetts ausgefallen war. Mitten in die Jubeltage der fünfzigjährigen Einigung ist also diesmal die Ministerkrise hineingeschneit. Luzzatti hat die Demission des Kabinetts dem König überreicht, der sich Bedenkzeit vorbehielt. Das Kabinett, das vorläufig noch die laufenden Geschäfte erledigt, wird morgen dem Senat und der Deputiertenkammer seine Demission mitteilen. Der Rücktritt des Kabinetts am Vorabend des Nationalfestes kommt sehr ungelegen. Er war nicht einmal durch ein direktes Votum geboten, denn die von der

großen Mehrheit votierte Tagesordnung ließ die Regierung völlig aus dem Spiele. Dennoch lag in dem Vorgehen der Mehrheitsparteien eine deutliche Spitze gegen das Kabinett und Luzzatti zog sofort die Konsequenzen aus dem Vorgehen der Kammer. Allem Anschein nach wird Giolitti wieder ans Ruder gelangen.

Neue Verschärfung des Griechenboykotts. Man meldet von den Dardanellen, daß der Boykott gegen die Griechen wieder sehr scharfe Formen angenommen hat. Durch Anschlagzettel werden die Türken aufgefordert, griechische Schiffe und griechische Geschäfte zu boykottieren. Aehnliche Nachrichten treffen aus Brussa ein. In Smyrna hat das Komitee streng verboten, griechische Arbeiter bei der Löschung der Schiffe zu verwenden. Das Komitee bemächtigte sich der Pakete mit griechischen Zeitungen, die auf einem italienischen Postdampfer eingetroffen waren, und lieferte sie erst nach Einschreiten der Polizei wieder aus. Schiffsauslader haben griechische Zeitungen, die aus Athen mit einem russischen Postdampfer dort eingetroffen waren, ins Meer geworfen. Infolge einer Aufforderung in türkischen Zeitungen beab sich die muselmannische Bevölkerung in die Moscheen und Klubs, wo von Rednern der systematische und energische Boykott gegen die Griechen gefordert wurde.

Der **Sultan von Marokko** will seinen Sieg über die Rebellen, an dem er selbst auch im gefährlichsten Augenblick nicht gezweifelt hat, voll auskosten und die Gefangenen gegen den Rat der europäischen Konsuln hinrichten lassen. Der Sultan sagte den Konsuln: „Ihr versteht eure Angelegenheiten, aber wie man marokkanische Rebellen zu behandeln hat, verstehe ich besser. Merkt's euch Europäer! Wenn ich Schonung walten ließe, würden die Stammeschefs ungestüm eure Häupter von mir fordern."

Zur Reichstagswahl in Hagen-Schwelm.

Wählerversammlung in Schwelm.

Sonntag nachmittag fand im Viktoriasaale eine vom Wahlausschuß der vereinigten bürgerlichen Parteien einberufene Wählerversammlung statt.

Rechtsanwalt Dr. Cremer eröffnete die Versammlung mit einem warmen Appell an die nationale Gesinnung und legte dann in ausführlicher Begründung dar, warum das vielbesprochene Kompromiß zwischen den nationalen Parteien als notwendig erkannt und abgeschlossen wurde.

Im Wahlkreis Hagen-Schwelm sei beinahe das vorige Mal schon der Wahlkreis in die Hände der Sozialdemokratie geraten. Man wolle verhüten, daß dieses Unglück komme, daß vielmehr auch in Zukunft über dem Wahlkreise die bürgerliche Fahne wehe. Redner rekapitulierte dann ganz kurz die bekannte Geschichte der Weigerung der freisinnigen Volkspartei, mit den heute verbündeten Parteien ein Bündnis zu schließen. Die Angelegenheit, einschließlich des Briefwechsels, der darüber stattgefunden habe, sei so klar, daß nur Böswilligkeit sie entstellen könne. Man habe auf seiten der Nationalliberalen den redlichen Willen zur Einigung gezeigt, es sei der Partei aber der Stuhl vor die Tür gesetzt worden. Für die drei verbündeten Parteien seien es vornehmlich drei Punkte, die ein gemeinschaftliches Zusammengehen ermöglichten, nämlich 1. der Kampf gegen die Sozialdemokratie, 2. das Eintreten für die jetzige Monarchie und die christliche Kultur und 3. die gemeinsamen Anschauungen über wirtschaftliche, Zoll- und Sozialpolitik. Die Möglichkeit eines geschlossenen gemeinsamen Wahlkampfes sei damit gegeben. Deutsche Männer halten ihr gegebenes Versprechen. Man habe keine Prinzipien verraten, kein unnatürliches Bündnis geschlossen, man falle nicht über Papierfetzen, sondern gehe praktisch und einmütig auf das Ziel los. Der Kandidat, Herr Springmann, biete alle Garantien dafür, daß der rechte Mann gefunden sei. Ein Menschenalter sei er ihm Wahlkreise tätig gewesen, er verbinde den Idealismus mit der Praxis, nicht der Ehrgeiz habe ihn veranlaßt, sein Jawort zu geben zu dem Antrag, unser Kandidat zu werden, wir werden ihm die Treue halten und unsern Weg sicher gehen.

Darauf ergriff der Kandidat für die Reichstagswahl, Herr Rud. Springmann, selbst das Wort. An seine erste Kandidatenrede in Hagen erinnernd, gibt er einen kurzen Rückblick auf die Beweggründe, die ihr veranlaßt haben, die Kandidatur anzunehmen. Er will an seinem Teile aus Pflichtgefühl zu verhindern suchen, daß der Wahlkreis der Sozialdemokratie zufällt, sondern er hält es für nötig, daß der Kreis durch einen heimischen Industriellen vertreten wird.

Als Hauptthema seiner Rede behandelte Herr Springmann sodann ein wichtiges Kapitel über wirtschaftliche Verhältnisse in Deutschland, speziell in unserm Wahlkreise. Es wurden behandelt die Frage der Schutzzölle, des deutschen Exportes im Vergleich zu andern Kulturstaaten. Den deutschen Handel und die deutsche Industrie in ihrer heutigen Blüte bezeichnet der Kandidat als eine Frucht der Intelligenz und der Energie des deutschen Kaufmanns. Er rühmt sie aber auch als eine Glanzleistung der deutschen Arbeiterbevölkerung, auf die sie alle Veranlassung habe, recht stolz zu sein. Worte, die von großer Sachkunde und echter Liebe zu unserm Volke zeugen, widmet der Redner der wichtigen Frage: Welche Bedeutung haben die Arbeiterstreiks für Industrie, Handel und Volkswohl? Und auch über die Bedeutung der Kartelle und Syndikate weiß der Redner aus eigener Anschauung viele aufklärende Ausführungen zu machen. Mit einem interessanten Beispiel, wie sich der Weltmarkt zu der oft besprochenen Frage des Verhältnisses von Inlands- und Auslandspreisen für gleiche Waren stellt, schloß der Redner seinen heutigen Vortrag.

In der nachfolgenden Besprechung nahm als erster Redner Herr Pfarrer Bendler-Schwelm das Wort, der sich als Vertreter der Zentrumspartei vorstellte. Der Ernst der Lage sei durch das Anschwellen der Sozialdemokratie im Laufe der letzten Jahre sehr gewachsen, die Sozialdemokratie bedeute für das deutsche Vaterland und die christliche Kultur eine große Gefahr. Als Geistlicher begrüßte er es von ganzem Herzen, daß der Herr Kandidat Springmann in seiner Wahlrede ausdrücklich großen Wert auf die Erhaltung und Förderung der christlichen Kultur gelegt habe. Es sei nicht ganz richtig, wenn man allgemein die Behauptung aufstelle, Religion und Politik gehören nicht zusammen, vielmehr gehen beide in gewissem Sinne zusammen. Seine Partei könne ihre Uebereinstimmung mit wesentlichen Punkten, die der Kandidat Springmann vertrete, aussprechen, in Fragen der Erhaltung der Wehrkraft des Reiches, bezüglich der Notwendigkeit der Fortsetzung der Sozialpolitik und auch hinsichtlich der Wirtschafts- und Zollpolitik herrsche voll und ganz Einigkeit zwischen den verbündeten Parteien. Die Sozialdemokratie denke erst in letzter Linie an Besserstellung der Arbeiter, sie verquicke alles mit ihren politischen Absichten und wolle die Republik einführen, und, nach Bebels Wort, die Religion aus dem Herzen des deutschen Volkes reißen. Auch an der Schutzzollpolitik habe der Arbeiter das größte Interesse, denn unter ihrem Einfluß ist unser Handel gewachsen. Die Arbeiter sehen das auch ein, noch kürzlich haben Steinbrucharbeiter der Eifel petitioniert, daß auf schwedische Pflastersteine ein höherer Schutzzoll gelegt werden möge. Redner wünscht von ganzem Herzen, daß der Kandidat Herr Springmann gewählt werden möge, das Zentrum werde mit voller Ueberzeugung für ihn eintreten.

Namens der christlich-sozialen Partei sprach Herr Altenmüller-Schwelm. Redner führte aus, daß große Aufgaben, die der Lösung harren, die drei verbündeten Parteien in diesem Kampfe verbänden. Es sei ein Verdienst dieser Vereinigung, daß eine klare Stellung geschaffen sei zwischen rechts und links. Man höre jetzt von der Stellung der Freisinnigen zu den Sozialdemokraten allerlei Sachen, man spiele mit dem Feuer, die Freisinnigen sollten lieber jetzt noch zu uns kommen, wir werden ihnen den Weg nicht schwer machen. Redner verliest eine Notiz aus der Freisinnigen Zeitung, nach der ein Zusammengehen der Freisinnigen mit der Sozialdemokratie als unmöglich hingestellt wird. Die Hauptparole des gegenwärtigen Wahlkampfes sei „Kampf gegen die Sozialdemokratie". Man müsse das wahre Gesicht der Sozialdemokratie dem Volke zeigen: der Partei sei nach Bernsteins Wort „die Bewegung alles, das Endziel nichts" und sie sei antimonarchisch und antichristlich. Ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie bilde die christliche Arbeiterbewegung, welche allgemeine Förderung verdiene. Die Lebensmächte des Christentums müssen ins Volk hinein. In nationaler Beziehung kämpfe man für des Vaterlandes Macht und Größe nach innen und nach außen.

In seinem Schlußwort stellte darauf Herr Rechtsanwalt Dr. Cremer mit Genugtuung fest, daß das Bündnis der drei Parteien allseitige Zustimmung gefunden habe. Das Wort „national" stehe mit voller Berechtigung und nicht ohne tiefere Bedeutung vor „liberal" in der Bezeichnung seiner Partei. Man steuere in erster Linie nach dem nationalen Kompaß. Die freisinnige Partei treibe zurzeit eine sehr kurzsichtige Politik und säge den Ast ab, auf dem sie sitze; denn es sei doch notorisch, daß der Fortschritt in sehr vielen Wahlkreisen nur mit Hilfe der rechtsstehenden Kreise gewählt worden sei. —

Gegen 8 Uhr erreichte die Versammlung ihr Ende.

*

r **Hagen**, 20. März. In der Versammlung des Verbandes der liberalen Bürgervereine, über deren Stellung zur elsaß-lothringischen Verfassungsfrage wir gestern bereits berichteten, fand eine Neuwahl des Vorstandes statt. Herr Professor Böttticher hatte sich mit Rücksicht auf die annehmenden Beschwerden des Alters veranlaßt gesehen, den 1. Vorsitz im Verbande niederzulegen. An seiner Stelle wurde der bisherige 2. Vorsitzende Herr Rechtsanwalt Dr. Cremer gewählt. Der Versammlungsleiter nahm Gelegenheit, Herrn Professor Böttticher unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden zu danken für die bisherige selbstlose Tätigkeit im Dienste der nationalen Sache. In den Vorstand wurden ferner gewählt die Herren Kaufmann Alfred Bettermann als 2. Vorsitzender, Parteisekretär Sartorius als Schriftführer und Buchdruckereibesitzer Hinnerwisch als Schatzmeister. In eingehender Weise wurde dann über Organisationsfragen und die Vorbereitung der Reichstagswahlen verhandelt. Mit Freuden begrüßte die Versammlung die Mitteilung, daß der Bismarckbund in diesem Jahre wieder einen Bismarck-Kommers veranstalten wird. Es wurde beschlossen, sich korporativ an diesem Kommers zu beteiligen.



* **Hagen**, 21. März.

Regierung und Selbstverwaltung.

Der Konflikt um unsere Steuersätze.

Zwischen Hagen und Arnsberg herrschen latente Unstimmigkeiten. Das leugnen wollen, hieße die Augen vor offenkundigen Tatsachen verschließen. Irgend ein Konfliktsstoff zwischen unserer Stadtverwaltung und der Bezirksregierung schwebt sozusagen ständig in der Luft. Auf die Gründe mag heute nicht näher eingegangen werden; es genüge, die Erscheinung als solche zu konstatieren. Der neueste Streitfall um unsere Steuersätze für 1911 ist, wie man in kommunalpolitischen Kreisen übereinstimmend annimmt, auch letzten Endes nichts anders als ein Ausfluß der Spannung, die nun einmal zwischen den genannten Stellen besteht. In so und so vielen Städten sind ähnliche und noch weniger differenzierte Steuersätze von Arnsberg genehmigt bezw. zur Genehmigung vorgeschlagen worden — auch Stadtv. Stern wies in der gestrigen Sitzung darauf hin: — nur bei Hagen hat die Bezirksregierung die „schwersten Bedenken", daß der Oberpräsident die beschlossenen Sätze nicht genehmigen werde. Es ist nun einmal so, daß die Kommunen in der Festsetzung ihrer Steuern von der Regierung als der „Aufsichtsbehörde" abhängig sind. Warum? ist durchaus unerfindlich vom Interesse der Kommunen aus, sehr durchsichtig natürlich vom Standpunkte des Staates und seines Bestrebens, überall „hineinreden" zu dürfen.

Das kann bis zur Unerträglichkeit gehen. Und mit der neuerlichen Versagung der Genehmigung unserer Steuersätze ist es bis zur Grenze des Erträglichen gegangen. Darüber hat man in der gestrigen Stadtverordnetensitzung keinen Zweifel gelassen. Freilich: zu einem großen, wirkungsvollen Protest, zu einer würdevollen Kundgebung ist es nicht gekommen. Das ist bedauerlich, wenn auch vielleicht aus der jetzigen Zusammensetzung unseres Stadtparlaments erklärlich. Ein paar bündige Worte hätte man freudig begrüßen müssen. Man hat sich statt dessen aufs Parlamentieren verlegt und einen Ausweg gesucht.

Ein Ausweg bedeutete hier schließlich nur einen Umweg. Die Verwaltung wie das Kollegium suchte die Notwendigkeit einer Erhöhung der Realsteuern zu umgehen. Oberbürgermeister Cuno griff zu diesem Zwecke auf die Wertzuwachssteuer zurück und suchte durch eine entsprechende Vorlage im Anschlusse an die neue Reichswertzuwachssteuer soviel herauszuschlagen, daß man die Einkommensteuerumlage um 5 Prozent ermäßigen könnte, ohne die Realsteuern zu erhöhen. Radikaler war der Gedanke des Stadtv. Lösenbeck, nötigenfalls einfach alle nicht gesetzlich geforderten Ausgaben — er nannte Serviszuschuß für die Militärpersonen des Bezirkskommandos, Dotation des Volksschulneubaufonds usw. — zu streichen. Mit beiden Vorschlägen aber kam man nicht aus der Verlegenheit. Besseres fiel niemand im Augenblick ein.

So dachte man denn: Kommt Zeit, kommt Rat. Man beschloß einstweilen, an den einmal vorgesehenen Steuersätzen festzuhalten und inzwischen durch eine Kommission, bestehend aus dem Oberbürgermeister und den Stadtv. Springmann und Lösenbeck bei der Regierung vorstellig zu werden. Morgen wollen die Herren, guter Hoffnungen voll, nach Arnsberg fahren.

Ob's was nützt?

÷ **Entlastung der Altenhagener Brücke.**

Zu dieser in voriger Woche von uns behandelten Frage geht uns noch namens mehrerer Altenhagener Bürger folgende Zuschrift zu:

Mit großem Interesse verfolgen wir stets die zunehmende rasche Entwicklung unserer Vaterstadt und begrüßen, uns auf den Artikel in Ihrer Donnerstagsnummer beziehend, den Umstand, daß man aus dem Leserkreis eine dankenswerte Anregung bringt, die nicht ohne Bedeutung für die wachsenden Verkehrsverhältnisse unserer Vaterstadt ist.

Greifen wir nur wenige Jahre zurück und vergleichen den damaligen Betrieb auf der Altenhagenerbrücke mit dem heutigen, so muß man zugeben, daß dieser einzige Verbindungsstreifen mit den stark aufblühenden Außenbezirken und den weiteren Nachbarorten dem Verkehr kaum für längere Zeit gewachsen ist. Kommen dann noch längere Verkehrsstörungen hinzu, wie am vergangenen Sonnabend, so wird es immer schwieriger und gefahrdrohender.

An maßgebender Stelle muß man sich doch schon darüber klar geworden sein, daß im Notfall eine Verkehrsüberleitung nur über den Berg im ungeheuren Bogen über die Brücke an der Badstraße möglich ist, denn die nicht einmal im städtischen, sondern im Privatbesitz sich befindliche schmale Ueberführung an der Parkstraße kommt für schwere Fuhrwerke nicht in Betracht. Für die Straßenbahn aber gibt es überhaupt keinen Ausweg.

Was heute noch möglich ist, eine zweite Brücke über die Volme neben der Eisenbahnüberführung zu bauen, wird in kurzer Zeit, falls nach Fertigstellung der Bahnanlagen der beabsichtigte Neubau des Kollamtes in der Werdestraße vom Fiskus errichtet wird, zur Unmöglichkeit. Es müßten doch früh genug Wege gefunden werden können, um mit der Bahnverwaltung gemeinsam im beiderseitigen Interesse diese Verkehrsschwierigkeit zu lösen, sonst wird auch hier der Fall bald eintreten, daß wie in Wehringhausen, am Kuhlerkamp und anderswo nur mit größerer Mühe und größeren Opfern das gut zu machen ist, was früher kurzsichtiger Weise gefehlt wurde.

= **Justizpersonalnachrichten.** Der Gerichtsaktuar Willy Müller beim hiesigen Amtsgericht ist zum Amtsgerichtssekretär in Haspe, der Gerichtsaktuar Hauschild, ebenfalls beim hiesigen Amtsgericht tätig, ist zum Amtsgerichtssekretär in Rüthen i. W. ernannt worden.

✉ **Postpersonalien.** Versetzt sind: der Postinspektor K. E. Franck von Dirschau nach Altena, die Postassistenten Adrian von Lippstadt nach Hagen, Antweiler von Wetter nach Halver, Grommenberg von Gevelsberg nach Hohenlimburg, Jung von Ennigloh nach Gevelsberg, Knemmeke von Gevelsberg nach Kierspe Bhf., Nordulm von Warstein nach Halver, der Telegraphenassistent Lemberg von Gevelsberg nach Dortmund.

r **Polizeikommissar Günther**, der bis jetzt den 1. Polizeibezirk verwaltete, ist für den erkrankten Kommissar Murmann vorläufig vertretungsweise mit der Führung der Geschäfte des Kriminalkommissars betraut worden.

Zur Schulentlassung. Mit Rücksicht auf den späten Termin des Osterfestes hat die Regierung verfügt, diejenigen Kinder, welche am 1. April eine Berufsstellung (Lehre, Dienst usw.) annehmen, rechtzeitig aus der Schule zu entlassen.

-n- **Bismarck-Kommers.** In den Kreisen der Bismarck-Freunde war es vielfach verdacht worden, daß der in früheren Jahren regelmäßig veranstaltete Bismarck-Kommers im vorigen Jahre ausgefallen war. Mit umso lebhafterer Genugtuung wird es in diesen Kreisen begrüßt werden, daß unter der Führung der hiesigen Ortsgruppe des Westfälischen Bismarckbundes in diesem Jahre wieder ein Bismarck-Kommers die Hagener Bismarck-Gemeinde versammeln soll. Der Kommers soll am 1. April im großen Viktoriasaale abgehalten werden. Die Vorbereitungen lassen schon jetzt einen genußreichen Abend erwarten; er wird auch insofern eine besondere Weihe erhalten, als wieder eine Beleuchtung der Bismarcksäule in Aussicht genommen ist. An die nationalen Vereine der Stadt Hagen ergeht die Einladung, sich an der Feier recht rege zu beteiligen.

= **Hagen auf der Verkehrsausstellung.** Die internationale Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr in Berlin wird bekanntlich auch von Hagen aus beschickt werden. Die Stadt Hagen hat gemeinsam mit dem Hagener Verkehrsverein und der Abteilung Hagen des Sauerländischen Gebirgsvereins acht Gruppen von Ansichten in je einem Album zusammengestellt. Es sind folgende Gruppen gewählt: 1. Oeffentliche Bauten, 2. Kunst in Handel und Gewerbe, 3. Villen, 4. Museum Folkwang, 5. desgleichen Gemäldesammlung, 6. Gartenstadt an der Donnerkuhle, 7. alte Häuser, 8. Stadtwald und Umgebung.

♧ **Eine erhebliche Bevölkerungszunahme** brachte der Stadt wieder der Monat Februar. Das Einwohnermeldeamt hatte bei einem Zuzug von 1384 und einem Abzug von 1205 Personen eine Zunahme von 179 Köpfen zu verzeichnen. Das Standesamt brachte bei 202 Geburten und 99 Sterbefällen einen Zugang von 103 Personen, so daß im Ganzen eine Zunahme von 282 zu verzeichnen war. Damit stieg die pro Ende Januar mit 88 862 notierte Einwohnerzahl auf 89 144 Personen, wovon 45 049 männl. und 44 095 weibl. Geschlechts sind. Der Religion nach sind 58 056 ev., 29 816 kath., 501 isr. und 771 diss. An dem Umzuge mit seinen Annehmlichkeiten waren im Februar 271 Familien mit 1081 Köpfen und 528 alleinstehende Personen beteiligt. Was werden da erst die bekannten Umzugstermine 1. April und 1. Mai bringen.

[] **Gefangenen-Meuterei.** Zwei Gefangene, die beim Arbeitskommando des Landgerichts Hagen arbeiteten, erklärten eines Tages im Januar in der Gefangenenbaracke bei Ambrock, daß sie an Rheumatismus und Gichtschmerzen litten und nicht arbeiten könnten. Daraufhin blieben sie zurück, waren aber, als die anderen Gefangenen heimkehrten, verschwunden. Sie hatten mit einem von der Bettstelle gerissenen Brett das Fenstergitter auseinandergebogen und durch dieses die Flucht ergriffen. Die Tür hatten sie verbarrikadiert. Da sie Anstaltskleidung trugen, so kamen sie nicht weit und saßen eine Stunde später wieder hinter Schloß und Riegel. Sie wurden gestern von der Strafkammer zu 8 bezw. 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

[] **Wegen einer Reihe schwerer Einbruchsdiebstähle** hatten sich die Handlanger E. Schade aus Schmallenberg bei Arnsberg und Emil Blümken von hier vor der Strafkammer zu verantworten. Beide Angeklagte waren geständig, sodaß auf die Vernehmung der Zeugen verzichtet werden konnte. Schade hat in der Nacht zum 1. November mit einem andern die Baubude der Kläranlage in Herdecke-Vorhalle und in der Nacht zum 26. Januar eine zweite Bude erbrochen und aus denselben allerlei Lebensmittel gestohlen. Mit dem Angeklagten Blümken hat er in der Nacht zum 28. Januar eine Baubude an der Alten-Brücke erbrochen und daraus 26 Flaschen Bier, Brote, Zucker und Kaffee und aus einer am Steinbruch gelegenen Bude 10 Sprengkapseln gestohlen. Blümken stahl dann aus einer Baubude des Unternehmers Zeug einen Meißel; als er aber mit diesem in derselben Nacht die Kaufbude einer Frau Didde erbrechen wollte, wurde er abgefaßt. Sch. wurde zu 9 Monaten und Bl. zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

[] **Eine Strafkammerverhandlung gegen einen Toten.** Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts stand gestern die Strafsache gegen den Ahlenschleifer Wilh von Berge aus Dahle bei Altena wegen Jagdvergehens an. Die Verhandlung war eine reine Formsache; es wurde „festgestellt", — was freilich jeder im Saale schon vorher wußte — daß der Angeklagte vom Förster bei der Affäre angeschossen werden und 24 Stunden später gestorben ist. Das Verfahren war aber notwendig, um auf Einziehung des Gewehres erkennen zu können.

Δ **Vermißt.** Der Fabrikarbeiter Heinr. Bossen aus Schwerte, geboren am 14. September 1894, hat sich am 16. ds. Mts. abends aus der elterlichen Wohnung entfernt und ist bis jetzt nicht wieder zurückgekehrt. Er ist schwächlich und sieht kränklich aus, ist etwa 1,56 Meter groß, schlank, hat dunkles Haar und ist bartlos. Bekleidet war er mit grünem getreiftem Jackettanzug, weichem schwarzem Hut, grauem Capes und Schnürschuhen. Etwaige Beobachtungen über den Verbleib des jungen Mannes werden an das nächste Polizeiamt erbeten.

⧖ **Eine Schlägerei** entstand gestern nachmittag zwischen mehreren Zimmerleuten, die am Kanalbau in der Kölnerstraße beschäftigt waren. Zwei Zimmerleute, die gestern „blau" gemacht hatten, sahen, daß andere Arbeiter für sie eingestellt waren. Aus Wut darüber rissen sie im Kanal selbst alle Holzstützen usw. herunter, wobei es unter den Zimmerleuten zu einer großen Schlägerei kam. Mit eisernen Hämmern schlugen sie sich gegenseitig die Köpfe blutig, so daß zwei von ihnen, die am Kopf und im Gesicht arge Verletzungen erlitten hatten, ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten.

Kleine Lokalnachrichten. In der vergangenen Nacht mußten 4 Personen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt festgenommen werden. — Ein Logischwindler, der Arbeiter Kl. aus der Hochstraße, ging seinem Hauswirt mit der Miete durch. — Auf der Marktbrücke entstand Sonntag Abend eine große Schlägerei zwischen mehreren jungen Burschen, die mit Stöcken derartig sich gegenseitig bearbeiteten, daß die Polizei einschreiten mußte.

** **Hagener Badeanstalt.** In der Woche vom 13. bis einschl. den 19. März wurden insgesamt 2528 Bäder verabreicht und zwar 1302 Schwimmbäder und 1221 sonstige Bäder.

WESTFALEN, RHEINLAND UND NACHBAR-PROVINZEN

⊙ **Haspe**, 20. März. (Von der Realschule.) Am vergangenen Samstag fand in der Realschule unter Vorsitz des Kgl. Provinzialschulrats Professor Dr. Schiethelm die Abschlußprüfung statt. Das Zeugnis der wissenschaftlichen Befähigung zum einjährigfreiwilligen Heeresdienst erhielten Friedhelm Brauckmann, Fritz Dutz, Paul Grürmann, Karl Holzenhauer, Walter Lehmann, Gustav Mülchenborn, Heinrich Schmidt und Kurt Wenzel. — Oberlehrer Dr. Luther verläßt mit Schluß des Schuljahres die Realschule, an welcher er 8 Jahre gewirkt hat, und wird die Leitung der hiesigen städt. höheren Mädchenschule i. E. übernehmen.

p **Oberbrügge**, 20. März. (Wie die Wilden) benahmen sich gestern abend einige Rowdies in unserem Orte. Gegen 10 Uhr wurde das Hotel Sülderland in einen wahren Belagerungszustand versetzt. In dem genannten Lokale fingen diese Kerle Streit an. Nachdem ihnen eine ordentliche Tracht Prügel verabfolgt und sie an die Luft gesetzt waren, stellten sie sich in das gegenüber liegende Bahngleis, löschten die Weichenlaternen aus, brachen Latten vom Zaun und fingen dann ein wahres Bombardement mit Steinen gegen das Haus an, so daß sich die Gäste hüten mußten, aus dem Lokal zu kommen. Auch Vorübergehende gerieten hierbei in Gefahr; so traf einen Fuhrunternehmer, welcher ahnungslos daher kam, ein Stein so unglücklich ins Gesicht, daß der Unterkiefer zerschmettert wurde und der Mann sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte. Mehrere andere unbeteiligte Personen wurden durch Steinwürfe getroffen, ohne daß es gelang, der rohen Burschen habhaft zu werden. Jetzt sind die Namen festgestellt, so daß sie wohl einer exemplarischen Strafe entgegensehen. Die hiesige Bürgerschaft würde es mit Freuden begrüßen, wenn ihr zur Sicherheit des Sonntags polizeiliche Hilfe zuteil würde. Es vergeht hier fast kein Sonntag ohne Schlägerei. In kurzer Zeit wird mit dem Neubau des hiesigen Bahnhofs begonnen werden, dann wird es noch bedeutend lebhafter werden.

rt **Dortmund**, 20. März. (Der Inspekteur der Landwehrinspektion Dortmund,) von Gersdorff wurde nach dem Militärwochenblatt in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt.

m **Hamm**, 20. März. (Unregelmäßigkeiten in der hiesigen Bäckerinnung.) Der Obermeister R. war von der Innung mit der Verwaltung der Hefe-Einkaufsstelle betraut und hat, obwohl die Hefe von den Innungsmitgliedern sofort bezahlt werden mußte, die Gelder seit Jahren immer nur teilweise an die Firma in Hamm, welcher die Hefelieferung übertragen, abgeführt, bis schließlich die Firma die Innung zur Zahlung einer Restforderung von annähernd 8000 Mark aufforderte. R., der in einer stürmisch verlaufenen Innungsversammlung seines Amtes als Obermeister enthoben wurde, behauptet, sich keiner Unterschlagung schuldig gemacht zu haben, er stehe der Firma nicht als Beamter der Innung, sondern lediglich als persönlich haftender Schuldner gegenüber. Er dürfte aber mit dieser Behauptung vor Gericht wenig Glück haben. Inzwischen ist ferner festgestellt worden, daß R. auch die in den letzten 6 Monaten einkassierten Sterbekassenbeiträge der Innungsmitglieder nicht an den Verbandskassierer abgesandt hat. Wie verlautet, ist die Ursache der Unregelmäßigkeiten darin zu suchen, daß sich R. in Grundstücksspekulationen eingelassen hat, ohne im Besitze des erforderlichen Kapitals zu sein.

r **Unna**, 20. März. (Bürgermeisterwahl.) Die mit so großer Spannung von der Bürgerschaft erwartete Entscheidung in Sachen der Bürgermeisterwahl ist in der gestern abend abgehaltenen vertraulichen Stadtverordnetensitzung endgiltig gefallen. Bei der vorläufigen Abstimmung am vergangenen Freitag hatte sich Stimmengleichheit ergeben, so daß beide Parteien des Kollegiums gleich stark waren. Es handelte sich dabei um die Frage, ob man einen Juristen oder Nichtjuristen wählen sollte.

In einer gestern nachmittag abgehaltenen vertraulichen Sitzung wurde eine abermalige Vorwahl vorgenommen. Diese ergab eine Mehrheit für Beigeordneten Pfeiffer aus Witten (Jurist), der in der am Donnerstag stattfindenden offiziellen Stadtverordnetensitzung gewählt werden dürfte.

z **Siegen**, 20. März. (Bluttat.) Am Sonntag abend gerieten in der Nähe der Birlebacherhütte mehrere Personen in Streit. Ein 26 Jahre alter Mann, namens Däcker aus Trupbach, erhielt einen Stich in die Lunge. Er wurde zwar noch lebend dem Krankenhause zugeführt, doch starb er kurz darauf. Der Täter, ein schon wegen Messerstecherei mit 8 Jahren Zuchthaus vorbestrafter 40jähriger Mann, namens Münker, wurde verhaftet.

r **Trier**, 20. März. (In einem großen Meineidsprozeß,) der das Schwurgericht im vorigen Jahre beschäftigte, wurde u. a. auch der Möbelpacker B. aus Trier als Zeuge vernommen. Auf die Frage ob er schon vorbestraft sei, antwortete der Zeuge: „Noch keinen Tag". Der Prozeß wurde nicht zu Ende geführt und mußte später nochmals verhandelt werden. Inzwischen hatte die Staatsanwaltschaft festgestellt, daß B. vor 30 Jahren wegen Kohlendiebstahls mit einem Tag Gefängnis und vor 14 Jahren wegen Beleidigung mit 25 Mark Geldstrafe bestraft worden war. In der zweiten Verhandlung wurde B. wieder gefragt, ob er schon vorbestraft sei. Er antwortete: „Noch nicht eine Stunde". Als ihm der Vorsitzende seine Vorstrafen vorhielt, gab der Angeklagte an, die seien ihm aus dem Gedächtnis gekommen. Gegen B. wurde ein Verfahren wegen Meineids eingeleitet. Er stand jetzt vor dem Schwurgericht. Die Geschworenen nahmen an, daß fahrlässiger Meineid vorliege und billigten dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis.

Vereine und Veranstaltungen.

* **Hagen**, 21. März.

** **Städtisches Schauspielhaus.** Man schreibt uns: Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die heute im Abonnement Rot stattfindende Opernaufführung „Tristan und Isolde" bereits um 7 Uhr beginnt. An Stelle des erkrankten Fräulein Bolling singt die Partie der Isolde Frau Pester-Prosky, die beliebte hochdramatische Sängerin des Kölner Opernhauses.

** **Der Vortrag des Stadtbaurats** Figge über „Städtische Wohnungspflege, ihre Organisation und ihre Ziele" findet heute abend 8½ Uhr nicht in der Aula der Maschinenbauschule, sondern in der des Gymnasiums statt.

Im Verein der Freunde evangelischer Freiheit hielt gestern Abend Prof. D. Meyer-Zürich einen Vortrag über die Frage: „Was ist der Sinn des Lebens". Wie nicht anders zu erwarten, lieferten seine Ausführungen im großen und ganzen nur einen neuen Beweis dafür, daß sich diese Frage auf dem deduktiven Wege philosophischer Demonstrationen niemals auch nur annähernd lösen läßt. So war denn auch sein Vortag zum überwiegenden Teil ein unfruchtbares Betasten philosophischer Lehrgebäude, während er zum Schluß mit einem Sprung über alle Logik hinweg die Zuflucht zu dem nahm, was für solche Fälle als alleiniges Hilfs- und Rettungsmittel der bedrängten Seele bleiben wird und muß, zum Glauben an eine führende Macht und Kraft, die unabhängig von der äußeren Erscheinungsform der Welt ist.

Der Vortragende hatte sein Thema sehr gut und übersichtlich gegliedert, und legte dabei dar, in wie völlig von einander abweichender Weise die Menschheit die Frage nach dem Sinn des Lebens von je her beantwortet hat. Von der raschen Antwort, die das naive Gefühl der Kirche gab, anfangend, durchlief er die verschiedenen Stadien des optimistischen Materialisten, des pessimistischen Rationalisten, des phantastischen, des ethischen und des altruisten Typs, der Negation, des Mechanismus, Evolutionismus, Monismus und Energismus. — Trotz dieses imponierenden Rundgangs aber kehrte er, wie gesagt, zum Glauben als „der Weisheit letzten Schluß" zurück. Der Rat, den der Redner dabei zum Schlusse gab, war zwar nicht neu, aber er enthält doch so viel Wahres, daß er der Erwähnung wert ist. Sinn und Zweck unseres Lebens ist nämlich, wie er ausführte, erstens die Aufgabe, das Geistige zu festigen und die Wahrheitsforschung festzuhalten. Zweck des Lebens ist aber auch gleichzeitig die Betätigung altruistischer Motive. —

Der mit lebhaftem Beifall aufgenommene Vortrag löste eine rege Debatte aus, so daß erst gegen 11 Uhr die Versammlung ihr Ende ereichte.

F. C.

§ **Bezirkstag des Hagener Bezirks Gabelsbergerscher Stenographen.** Vorgestern fand hier im Restaurant Rob. Bosse die Jahres-Hauptversammlung des Bezirks statt. Die Beteiligung an den einzelnen Versammlungen und insbesondere am Wettschreiben war außerordentlich stark. Besonders erfreulich war, daß die Abiturienten der hiesigen Handelsschule sich am Wettschreiben in großer Zahl und mit solchem Erfolge beteiligten. Geschrieben wurde in Abteilungen von 80—220 Silben. Es erhielten Preise bei 80 Silben: Robert Nilius (Haspe), Erna Falkenroth *, Johanna Sohn *, Elisabeth Lange *, Otto Busch *, Hugo Kernechel (Haspe), Karl Oberegge (Weiter), Anni Schmale *, Hedwig Leinweber *, Gustav Cremer, Carl Böving (Oberwengern), Wilh. Wilke, Johanna Feller *, Paula Geiersbach (Haspe) *, Karl Lammert, Walter Strohmann. Bei 100 Silben: Grete Kusawski (Haspe) *, Lina Ebert (Haspe) *, Anni Schwerle *, Fr. Ummelmann, Gust. Söding. Bei 120 Silben: Fritz Buschmann *, Berta Scherer, E. Lammert, Ernst Busse *, Karl Hesler *, Alfred Huhn, Hennemann, Paul Benser *, Walter Frohn, Fritz Görge, Paul Becker *, Albert Möhrs, Ebbinghaus *, Ernst Drescher (Haspe), Otto Gürtler *, E. Büscher *, Anni Köpke *, Christine Koch *, Albert Koller *. Bei 140 Silben: Käthe Grimm (Hohenlimburg), W. Berke *. Bei 160 Silben: Karl Geitebrügge, Paul Nockermann (Haspe), Wilhelmine Butterweck *, Gertrud Poggenpohl *, Emma Graf, Anni Schwippert *, Anna Barth *, Ernst Hein *, Th. Pillan *, Albert Kramer *. Bei 200 Silben: Lambert Grethen (Hagen) 1. Preis. Bei 220 Silben: Gustav Gietemann (Hagen) 1. Preis. Die mit einem * bezeichneten sind Schüler und Schülerinnen der hiesigen Handelsschule. — In der Hauptversammlung hielt Herr Gustav Gietemann (Hagen) einen Vortrag über „Die Bedeutung der Stenographie, insbesondere der Redeschrift für den Kaufmann", welcher beifällig aufgenommen wurde.

A **Verbandstag Rollerscher Stenographen.** In Duisburg fand am Sonntag und Montag unter starker Beteiligung der rheinischen und westfälischen Stenographenvereine (System Roller) der diesjährige Verbandstag in Anwesenheit des Systembegründers Heinrich Roller aus Berlin statt. Die Tagung wurde eingeleitet mit einem öffentlichen Vortrag des Systembegründers über das Thema: „Kommen wir zu einem deutschen Einheits-System?" Der Redner legte an Hand des bisherigen Verlaufes der Einigungsverhandlungen dar, daß, nach seiner Meinung, die Aussicht zur Schaffung einer deutschen Einheitskurzschrift nur sehr gering sei, wenn etwa bei den verbündeten Regierungen die Absicht bestände, eines der bestehenden vokalsymbolisierenden Systeme als Einheitssystem zu bestimmen. Von der angebotenen Diskussion wurde namentlich auch von Vertretern der Schulen: Gabelsberger, Stolze-Schren und Nationalstenographie ausgiebiger Gebrauch gemacht. Trotz mancher Einwendungen, welche diese Vertreter gegen die Ausführungen des Vortragenden erhoben, stimmten sie doch grundsätzlich einer Entschließung zu, in welcher die Regierungen ersucht werden sollen, eine amtliche Prüfung der bestehenden Systeme in der Weise anzuordnen, daß amtliche Stenographie Parallel-Kurse mit gleichwertigem Schülermaterial in den vorhandenen neun Hauptsystemen, und zwar: Arends, Brauns, Gabelsberger, Nationalstenographie, Scheithauer, Roller, Stenotachygraphie, Stolze und Stolze-Schren veranstaltet werden, damit die Regierungen einwandsfreies und unparteiisches Material zur zweckmäßigsten und allgemein befriedigenden Lösung der Stenographie-Einheitsfrage erhalten. An die öffentliche Versammlung schlossen sich die Verbandsverhandlungen sowie ein Preiswettschreiben in 6 Abteilungen, von 80 bis 300 Silben pro Minute, an, das starke Beteiligung fand.

Handels-Nachrichten.

** **Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer u. Co.** Die ordentliche Generalversammlung des Barmer Bankvereins genehmigte die Bilanz, setzte die Dividende auf 6½ Prozent fest und erteilte dem Aufsichtsrate, sowie der Direktion Entlastung. Die ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats wurden wieder- und außerdem Oberbürgermeister Marx, Düsseldorf, neugewählt.

Gerichts-Saal.



[Durch ein Lysolattentat in den Tod getrieben.] Ein tragisches Schicksal hat den 64 Jahre alten Materialienherausgeber bei der Eisenbahndirektion Magdeburg Haeseler in den Tod getrieben. In einer Verhandlung vor der Strafkammer des Magdeburger Landgerichts wurde darüber folgendes festgestellt. Der alte Mann lebte seit einiger Zeit in bitterer Feindschaft mit der Ehefrau Marie Ferchland, deren Mann nach 17jähriger Tätigkeit von der Eisenbahnverwaltung entlassen worden war. Die Frau Ferchland glaubte nun, daß Haeseler die treibende Kraft für die Entlassung gewesen sei und versuchte sich an dem vermeintlichen Feinde ihres Ehemannes zu rächen. Im September und Oktober vorigen Jahres griff sie wiederholt den schwächlichen Mann an. Im November ließ sich die Frau sogar zu einem Lysolattentat auf Haeseler hinreißen. Sie lauerte ihm auf, als er zur Arbeit gehen wollte und schüttete ihm die ätzende Flüssigkeit in das Gesicht. Der Ueberfallene mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Das Attentat hat dann in der Folge bewirkt, daß der alte Mann schwermütig wurde. Er befürchtete, daß er das Augenlicht und damit seine Stelle verlieren könnte und seinen Lebensabend im Elend beschließen müßte. Bei seiner polizeilichen Vernehmung hatte er noch angegeben, daß er genau gesehen habe, daß Frau Ferchland ihm die Flüssigkeit ins Gesicht goß. Im Februar ds. Jrs. erhängte sich Haeseler in seiner Wohnung. Gegen Frau Ferchland wurde Anklage wegen Körperverletzung erhoben. Ein medizinischer Sachverständiger bekundete in der Verhandlung gegen die Frau, daß die Heilung des Haeseler nur sehr langsam von statten gegangen sei, und das habe auf das Gemüt des alten Mannes deprimierend eingewirkt. Eine Schwächung des Augenlichts würde auch zurückgeblieben sein. Die Angeklagte leugnete hartnäckig, die Täterin gewesen zu sein, der Gerichtshof sah sie aber durch die Beweisaufnahme als überführt an und verurteilte sie zu zwei Jahren Gefängnis.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

[Beileidskundgebung des Kaisers zum Tode Friedrich Haases.] Unter den ersten Zeichen der herzlichen Teilnahme, die der Tod des großen Künstlers Friedrich Haase allenthalben erweckt hat, befand sich das Telegramm des Kaisers an die Witwe des Dahingeschiedenen. Es hat folgenden Wortlaut:

„Erfahre soeben, daß Ihr von mir so hochverehrter Gatte heute früh das Zeitliche gesegnet hat und spreche Ihnen zu dem schweren Verlust, an dem ich wärmsten Anteil nehme, mein herzlichstes Beileid aus. Wilhelm R.

Einer der ersten, der Frau Geheimrat Haase seinen Kondolenzbesuch machte, war Generalintendant Graf von Hülsen-Haeseler. Er weilte längere Zeit im Trauerhause und legte im Namen der Königlichen Schauspiele einen großen Lorbeerkranz an dem offenen Sarge nieder. Die Beisetzung Friedrich Haases erfolgt Dienstag nachmittag um 4½ Uhr auf dem Jerusalemer Kirchhofe in Berlin.

[Das Programm des 2. Leipziger Bachfestes], das vom 20. bis 22. Mai 1911 stattfindet, wird, eingerahmt von zwei Kantatenabenden, als Hauptwerk die Johannispassion verzeichnen. Das Fest wird, wie üblich, durch eine Festmotette des Thomanerchors unter Leitung seines Kantors Professor Dr. Gustav Schreck eingeleitet, Sonntag Vormittag wird in der Thomaskirche ein musikalisch reich ausgestatteter Festgottesdienst abgehalten werden.

[Ein Julius Wolf-Denkmal in Hildesheim.] In Hildesheim soll dem im vorigen Jahre verstorbenen Dichter Julius Wolf ein Denkmal gesetzt werden. Der Hildesheimer Bildhauer Juckoff, der auch eine Reihe von Entwürfen für die Berliner Siegesallee geschaffen hat und außerdem durch die Ausschmückung der neueren Justizgebäude in Berlin bekannt ist, hat den Auftrag erhalten, das Denkmal zu entwerfen. Er wird einen Brunnen schaffen mit dem Bronzerelief des Dichters und mit der Bronzefigur Renata. Die beiden Seitenpfeiler sollen Bronzereliefs mit Szenen aus der in Hildesheim spielenden Dichtung Renata schmücken.

[Ein Brunnen Adolf Hildebrands für Köln.] Köln wird eine große Brunnenanlage von der Meisterhand Adolf Hildebrands erhalten. Es ist nämlich jetzt die künstlerische Ausgestaltung des Hansa-Plates am Kölner Kunstgewerbemuseum durch eine Stiftung ermöglicht worden, die Geh. Kommerzienrat Andreae in Köln im Betrage von 200 000 Mark gemacht hat. Die Ausgestaltung soll nun durch Anlage eines Monumentalbrunnens erfolgen, zu dem Prof. Adolf von Hildebrand in München die Entwürfe liefern wird.

Letzte Depeschen

Mord eines Gesandten.

* **Petersburg**, 21. März. Nach einem Privattelegram aus Peking soll der russische Gesandte von Jungchinesen ermordet worden sein.

Stolypin entlassen. — Kokowzew Ministerpräsident.

Petersburg, 21. März. Der Ukas über die Entlassung Stolypins ist unterschrieben. An seiner Stelle wird der bisherige Finanzminister Kokowzew Ministerpräsident. Minister des Innern wird Stürmer oder der bisherige Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Makarow. Nerstow wird mit der Verwaltung des Ministeriums des Aeußern beauftragt. Das neue Kabinett bedeutet eine scharfe Schwenkung nach rechts.

Zum Kampf gegen die Rebschädlinge.

* **Neustadt a. d. Hardt**, 21. März. Nachdem der Minister des Innern v. Bretreich in Begleitung von Regierungsbeamten und des Vorstandes der königlichen agrikultur-botanischen Anstalt Dr. Hilden von München die weinbautreibenden Gemeinden im Oberhardtgebirge, darunter Maikammer, Edenkoben und St. Martin, besucht hatte, begaben sich die Herren nachmittags nach den am Unterhardtgebirge belegenen Gemeinden Ungstein, Trunsheim und Erpolsheim. Heute soll in der Angelegenheit der Abreibungsarbeiten im Beisein des Ministers in Neustadt eine Konferenz stattfinden.

Ein zweiter deutscher Ballon in Gefahr.

Noch stehen die luftsportlichen Kreise unter dem erschütternden Eindrucke der Katastrophe des Ballons Düsseldorf 4, als die Kunde von einer Gefahr kommt, in der sich ebenfalls eine deutscher Ballon befunden hat.

Rotterdam, 21. März. In Raveistein in Nordbrabant landete ein Ballon aus Deutschland mit 2 Insassen, die einer großen Gefahr entrannen. Der Ballon streifte mit großer Schnelligkeit den Turm einer Kirche. Nur eben gelang es über diesen hinüberzukommen. Der Ballon blieb dann in den Bäumen hängen. Die Reisenden mußten aus ihrer gefährlichen Lage befreit werden. Der Ballon wurde schwer beschädigt.

Großer Einbruchsdiebstahl.

Halle, 21. März. Im Bureau der Sächsisch-Thüringischen Aktien-Ges. für Braunkohlenverwertung raubten Diebe, die den Geldschrank mit Nachschlüsseln geöffnet hatten, 24 745 Mark. Polizeibunde suchen die Spur der Diebe.

Mit dem Leben bezahlt.

* **Rouen**, 21. März. Auf einem Bahnhof bei Rouen hat sich ein beklagenswerter Unfall ereignet, bei dem ein Beamter ein Opfer treuester Pflichterfüllung wurde. Eine Frau wollte mit einem Knaben auf dem Arm das Gleis überschreiten. Plötzlich brauste der Zug heran. Der Stationsvorsteher Guerin stürzte hinzu. Es gelang ihm auch, die Frau rechtzeitig vom Gleise wegzureißen, er stürzte dabei jedoch und die Räder der Maschine gingen über ihn hinweg. Zu einer formlosen Masse zermalmt, war er sofort tot.

Tod des Silberkönigs Moffat.

(M) **Neuyork**, 21. März. Der bekannte Silberkönig David Moffat ist im Alter von 72 Jahren hier gestorben. Er hinterläßt seiner Witwe und seiner in Paris lebenden Tochter das stattliche Vermögen von 300 Mill. Dollar.

Der ominöse Hosenrock.

* **Berlin**, 21. März. Zwei Damen, die mit Hosenröcken in Athen debutierten, riefen dort in einem Restaurant, in das sie geflüchtet waren, eine wahre Revolution hervor. Nach unbeschreiblichen Tumultszenen gelang es endlich, sie vor den Neugierigen in Sicherheit zu bringen.

Marktberichte.

+ **Essen**, 20. März. (Fruchtmarkt.) Weizen, inländischer 19,20—10,50, Donau 20,80—21,80, russischer 21,00—22,00, Amerikaner 21,60—22,60; Roggen inländ. 15,20—15,50 russischer 16,75—18,20, Schwarzmeer 00,00 bis 00,00, Donau 16,75—17,50, Amerikaner 00,00—00,00, Hafer, inländischer 15,25—15,50, Donau 16,20—18,00, russischer 16,20—18,00, Amerikaner 15,50—15,65; Futtergerste, russische 13,75—13,90, rumänische 14,00—14,20; Mais, Amerikaner 13,85—13,85, Donau 14,20—14,50, Cinquant 15,40—15,90, russischer 14,10—14,40; Weizenmehl Nr. 000 27,20—27,80, Nr. 00 26,40—26,80; Roggenmehl Nr. 0 22,20—22,60, Nr. 01 21,40—21,70; Vollmehl 12,00—13,00; Grand 8,00—8,90; Kleie 9,00—9,40 Mark.

+ **Essen**, 17. März. (Wagenaestellung) Gestern wurden gefordert 25 367 Wagen, gestellt wurden 25 367 Wagen, mithin gefehlt keine.

+ **Neuß**, 20. März. (Fruchtmarkt.) Weizen Ia. 19,50, IIa. 18,50 Mk. Roggen Ia. 15,20, IIa. 14,20 Mk. Hafer, Ia. 15,30, IIa 14,30 Mk. für 100 kg. Kartoffeln 3,50—3,90 Mk. Heu 2,70—3,20 Mk. Netzerner Heu 3,70—4,20 Mk. für 50 kg. Krummstroh 16,00 Mk. Preßdruschstroh 18,00 Mk. für 500 kg. Kleie 5,50 Mk. für 50 kg. Butter 2,60 pro Kilo. Eier (100 Stück) 10,00 Mk. Oele. Rüböl 63,00, faßweise 65,00 gereinigtes 66,00 Mk. für 100 kg. Rübkuchen, große, 78,00, kleine 82,00 Mk. für 1000 kg.

+ **Magdeburg**, 20. März. (Zuckerbericht.) Kornzucker 88 Gr. ohne Sack 9,92½—10,15. Nachprod. 75 Gr. o. Sack 0,00—0,00. Tendenz: Fest. Brotraffinade I. ohne Faß 20,25—20,50. Kristallzucker I. mit Sack —,—. Gem. Raffinade mit Sack 20,00 bis 20,25. Gem. Melis I. mit Sack 19,50—19,75. Tendenz: Stetig. Rohzucker Transit f. Produkt frei Bord, per Hamburg per März 10,60 G., 10,65 B., per April 10,65 G., 10,70 B., per Mai 10,70 G., 10,72½ B., per August 10,85 G., 10,87½ B., per Oktbr.-Dezbr. 10,05 G., 10,10 B. Tendenz: Fest.

+ **Hamburg**, 20. März. (Zucker.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 Prozent Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo, per März 10,82½, per April 10,60, per Mai 10,67½, per August 10,82½, per Oktbr.-Dezbr. 10,02½, per Jan.-März 10,15. Tendenz: Fest.

+ **Hamburg**, 20. März. (Kaffee.) Good average Santos per März 54¾ Gd., per Mai 54¾ Gd., per Septbr. 53 Gd, per Dezbr. 51¼ Gd. Tendenz: Stetig.

Städtischer Viehmarkt in Dortmund.

20. März 1911.

Zu dem heutigen Schlachtviehmarkt waren aufgetrieben: 620 Stück Großvieh, 343 Kälber, 69 Schafe, 2356 Schweine. — Bezahlt für 100 Pfund Schlachtgewicht:

	Mk.
Ochsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht)	86—87
b) vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4—7 Jahren	81—83
c) junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	76—79
d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere	68—74
Bullen:	
a) vollfleischige ausgewachs. höchst. Schlachtw.	80—81
b) vollfleischige jüngere	76—79
c) mäßig genährte junge u. gut genährte ältere	74—75
Färsen und Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes	81—82
b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	77—80
c) ältere, ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen	73—77
d) mäßig genährte Kühe und Färsen	68—70
e) gering genährte Kühe und Färsen	60—64
Kälber:	
a) Doppellender, feinste Mast	—
b) feinste Mastkälber	92—95
c) mittlere Mast- und beste Saugkälber	87—91
d) geringere Mast- und gute Saugkälber	80—86
e) geringere Saugkälber	74—79
Stallmastschafe:	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	80—85
b) ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe	—
c) mäßig genährte Hammel u. Schafe (Merzsch.)	—
Weidemastschafe:	
a) Mastlämmer	—
b) gering. Lämmer und Schafe	—
Schweine:	
a) Fettschweine, über 150 kg Lebendgewicht	59—60
b) vollf. Schweine v. 120—150 kg Lebendgew.	58—60
c) vollf. Schweine v. 100—120 kg Lebendgew.	58—60
d) vollf. Schweine von 80—100 kg Lebendgew.	56—59
e) vollfleischige Schweine unt. 80 kg Lebendgew.	53—56
f) Sauen	56—58

Tendenz: mittel.

Von den Schweinen wurden verkauft zum Preise von 60 M. 628 Stück, 59 M. 632 Stück, 58 M. 219 Stück, 57 M. 85 [illegible] M. 123 Stück, 56 M. 17 Stück, 54 M. [illegible] Stück, 53 M. 16 Stück, 52 M. 6 Stück, 51 M. 3 Stück, 50 M. [illegible] Stück, 47 M. 1 Stück.

Wetterbericht.

Eigene Beobachtungen zu Hagen.

21 März 1910

Art	Celsius-Meter	Barometer	Millimeter
Gestern Abend 6 Uhr	+11	52 mm	55
Heute morgen 8 Uhr	+7	54 mm	68
Höchste Temperatur der letzten 24 Stunden			17
Niedrigste " " 24 "			5

Beim Barometer soll unter 745 auf Sturm deuten 750 auf Regen, 760 Veränderlich, 770 Schön, 780 Beständig und darüber sehr trocken.

Das Thermometer enthält die Hunderteilung nach Celsius.

Beim Hygrometer (Feuchtigkeitsmesser) bedeutet unter 20 sehr trocken, unter 40 trocken, 60 normal, 80 feucht, 100 sehr feucht.

Wind: still.
Wetter heute früh: bedeckt.

Wetteraussichten bis morgen:

Fortgesetzt trübe ohne erhebliche Niederschläge, ziemlich kühl.

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: F. Calebow; für Kommunalpolitik, Lokales und Provinzielles: J. Thebes; für Feuilleton, Kunst und Beilagen: W. Sinn, für die Anzeigen W. Breitfort, sämtlich in Hagen. Redaktion (Fernsprecher 136) und Geschäftsstelle (Fernsprecher 120) Hagen Goldbergstraße 17/21

Der Frühling naht mit Brausen und trifft man jetzt alle tüchtigen Hausfrauen beim Hausputz, dem General-Reinemachen, an. Der beste Helfer, wie seit Jahren, ist dabei der bekannte Luhns Wasch-Extrakt mit Notband. Mit Luhns räumts ganz gehörig!

Süd-Weine
Kranken-Weine der Bodega und andere Bowlen-Weine und ff. Tischweine, Bowlen-Sect und andere erstklassige Marken empfiehlt und versendet billigst
Jul. Scherney
Fernsprecher 44 und 1009.

Schlachthof Hagen.
Mittwoch, den 22. März cr vormittags 9 Uhr:
Fleisch-Verkauf
auf hiesiger Freibank.
Die Schlachthof-Direktion.



Hühner
jetzt fleißig legend, gar. leb. Ank., 11 Mon. alt, Farbe nach Wahl, schönste Rasse. Mit kräft. Hahn 6 Stck. 14 M. 12 Stck. 27 M. 18 Stck. 40 M. Simon Reinisch, Oberbera. Schlesien Nr. 74.

Meine seit Jahren rühmlichst bekannten
Blumen- und Gemüsesämereien
empfiehlt zuverlässig und preiswert
Rob. Wagner, Hagen i. W.
Samenhandlung
en gros en detail
Gärtnerei: Eppenhausen
Ladengeschäft:
nur Elberfelderstrasse 18
Fernsprechanschl. 2182a u. b.

Rechnungs-Formulare
liefert billigst
Westfälische Verlags-Anstalt.

Vorbereitung für Einjährige sämtl. Schulprüfungen. Mil.- u. Beamt.-Laufbahn schnell u. sicher. Bish. beste ca. 3000. Mäß. Preise. Dr. Heine, Dir. der Kieler Privat-Realschule, Kiel. 48a

Gewaschenen hellen
Gartenkies
liefern in verschiedenen Körnungen
Westfälische Sand- und Thonwerke G. m. b. H., Dorsten.

Katholische Rektoratschule zu Hagen.
Progymnasialklassen mit wahlfreiem Englisch.
Abschlußprüfung mit Militärberechtigung
ist für Ostern 1912 zu erwarten.
Aufnahmeprüfung: 26. April.
Anmeldungen täglich, morgens in der Schule (Goldbergstr.) nachmittags Uhlandstr. 7 (am Buschey).
Rektor Reinkemeier.

Weltpanorama in Hagen.
Vom 19. bis 25. März.
Oberammergau und die Passions-Spiele.

Institut Boltz
Ilmenau i. Thür.
Einj., Fähnr.-, Prim.-Abitur.- (Ex.) Schnell, sicher. Pr. frei.

Heirat.
Suche die Bekanntschaft eines Mädchens zwecks späterer Heirat. Gefl. Zuschr. u. E. 4654 hauptpostlagernd Hagen i. W.

Die **Eröffnung** meiner

Modellhut-Ausstellung

gestatte ich mir mit der Bitte um gefällige Besichtigung hierdurch ergebenst anzuzeigen.

H. Begemann, Hagen i. W.

Elberfelderstrasse 12.

Heute und folgende Tage:

:: Saison-Dekoration ::



Haus- und Grundbesitzer-Verein, e. V.
Hagen i. W.
Geschäftszimmer: Bergstr. Nr. 56 part.

Vom 1. April cr. ab neu eingerichtet:

Wohnungs-Nachweis

(auch für **möbl. Zimmer**)
für den Stadtkreis Hagen i. Westf.
(Altstadt, Wehringhausen, Altenhagen-Eckesey, Eilpe-Delstern, Eppenhausen).

Für Mieter: kostenlos.
Vermieter: zahlen bei der Anmeldung der Wohnung eine geringe Gebühr zur Bestreitung der Unkosten.
Anmeldeformulare sind in unserer **Geschäftsstelle kostenlos** erhältlich.
Wohnungsnachweisbüro geöffnet: Wochentags (mit Ausnahme Samstags) nachmittags von 3—5 Uhr.
Die Mitglieder werden gebeten, zu **vermietende** Wohnungen sofort anzumelden.

Der Vorstand.

Westdeutscher Bankverein A.-G.

Hagen i. W., Bahnhofstr. 39.
Aktien-Kapital 3000000.00 Mk.

Provisionsfreier Scheck- und Giro-Verkehr.
Verzinsung von Spareinlagen zu zeitgemässen Sätzen.
Ankauf v. **Wechseln.** Gewährung v. **Bauvorschüssen.**
An- und Verkauf von Wertpapieren an allen Börsen der Welt. Kulante Beleihung. **Eigene ständige Vertretung an den Industriebörsen.**
Geldwechsel, Kreditbriefe und Schecks auf Inland und Ausland.

Panzergewölbe. — Vermietung von Safesfächern unter Mitverschluss der Bank, von Mk. 10.— p. a. an.

Vermögensverwaltung.

Konzertgesellschaft Hagen.

Leitung: Herr Städtischer und Königlicher Musikdirektor **Robert Laugs.**

Um vorliegende Missverständnisse über den Termin unserer seit Mitte vorigen Jahres beschlossenen und in unseren Prospekten bekannt gegebenen Aufführung der

Johannespassion

von Joh. Seb. Bach

richtig zu stellen, bringen wir hiermit zur Kenntnis, dass diese Aufführung, wie in unsern Prospekten bekannt gemacht,

am Palmsonntag, den 9. April

stattfinden und ihr am Vorabend eine

:: Volksaufführung ::

vorausgehen wird.

Der Vorstand.

Am Dienstag, den 21. März, abends 8½ Uhr,
in der Aula des Gymnasiums

Vortrag

des Herrn Stadtbaurat Figge
über:
„Städtische Wohnungspflege, ihre Organisation und ihre Ziele“,
wozu wir unsere Mitglieder ergebenst einladen.
Gäste sind willkommen!

Der Vorstand des Vereins Frauenwohl. **Der Vorstand des Vaterländ. Frauenvereins.**

Einziges Tapeten-Spezialhaus am Platze!

Tapeten

anerkannt billigste Bezugsquelle.
Größte Auswahl in Neuheiten. :: Reste weit unter Preis.
Wachstuche.
C. Zimmermann, Kampstrasse 18 B.

100000, 50000, 25000 etc. Mk. bar
sind die Hauptgewinne der Berliner Geld-Lotterien zu Gunsten der Lehrerinnen-Pensionsanstalt.
Ziehung schon am 22. März und folgende Tage.
Lose à 3.60 Mk. Porto u. Liste 30 Pfg. extra.
Ziehung am 4. und 5. April.
Berliner Pferde-Lotterie-Lose à 1.— Mk.
Hauptgewinn: 10000, 6000, 5000, 4000 etc. Mk.
Lose à 1.00 Mk. Porto und Liste 30 Pfg. extra
empfiehlt und versendet
Otto Reininghaus, Hagen, Kölnerstr. 39. Fernspr. 1113.
Lose-General- u. Haupt-Vertrieb. Sofortige Gewinnzhalung.

Freitag, den 24. März, abends 8 Uhr
im Weidenhof zu Hagen

Tanzabend Alexander Sacharoff

Musikalische Begleitung für Streichquartett und 2 Harfen
Direktion: Musikdirektor Laugs.
Karten für Mk. 3, 2 u. 1 (exkl. Steuer) sind in der Buchhandlung Karl Stracke, Kampstr. 20 u. abends an der Kasse zu haben.

Auf Teilzahlung
bei ganz gering. Anzahlg., ev. ohne Anzahlg. u. vom Käufer selbst zu bestimmende Abzahlg.

Möbel
einzelne Stücke sowie ganze
Ausstattungen.
Grösste Auswahl. Billigste Preise.

Herren-Anzüge
Herren-Paletots
Kinderwagen
Sportwagen
Teppiche, Gardinen
etc. bei wöchentlicher Abzahlung von
1 Mark an

Möbel- und Waren-Kredithaus
S. Osswald N.
HAGEN i. W., Bahnhofstrasse 32.



Wilhelm Herrfurth

empfiehlt sein reichhaltiges
Schuhwarenlager.
Hagen i. W.
Marienstr. 6. Fernspr. 1050

Städt. Schauspielhaus

Dienstag, d. 21. März, 7—11½
25. Vorstell. im Abonnement Rot
Tristan und Isolde
Oper i. 3 Akten von Rich. Wagner.
Donnerstag, 23. März, 7½ Uhr
Die rote Rose.

Parkhaus.

Jeden Mittwoch,
nachm. 4 bis 6½ Uhr
Konzert d. Städt. Orchesters.
Eintritt: 10 Karten (übertragbar) 3 Mark. Einzelkarte 40 Pfg.

Mütterberatungsstelle des Vaterländ. Frauenvereins

Hagen, Karlstrasse 39.
Unentgeltliche Beratung
für Mütter jeden
Mittwoch, nachmittags von 2—3 Uhr.

Alle 74a
Schirm-Reparaturen
schnell und billigst bei
F. Reinecke, Hagen, Frankfurterstr. 78

Seltener Gelegenheitskauf
Achtung
Frische leckere Dauerware! Alles zus. mit Verpackung nur 3.45 M. 1 Pfd. stark ff. Rauchaal, ½ Pfd. sehr schönen Rauchlachs, 20 tägl. frische Ostseebücklinge, 20 sehr schön. Fettrollmps., 1 Büchse beste neu. Sardin., 1 Büchse ff. Anchovis u. 20 Sardellhr. E. Degener, Konservfbr. 1881. Swinemünde 314.

Konfirmanden-Hüte
-Schirme, -Wäsche, -Krawatten, -Handschuhe und -Hosenträger
empfiehlt in grösster Auswahl
zu den billigsten Preisen
F. Reineke
Hagen i. W.
Frankfurterstrasse 87.
Gelbe Rabattmarken.
Volle Bücher nehme in Zahlung.

Westfälisches Tageblatt

General-Anzeiger für Hagen und Umgegend

Hagener Generalanzeiger

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 60 Pfennig frei ins Haus, mit „Hagener Bunte Blätter" 10 Pfennig mehr. Durch die Post bezogen mit Bunte Blätter Mark 2,10, ohne Bunte Blätter Mark 1,80 für das Vierteljahr ausschließlich Postbestellgeld.

Amtliches Kreisblatt für den Stadt- und Landkreis Hagen
Unabhängige Zeitung für nationale Politik

Tägliche Beilage: Unterhaltungsblatt Feierstunden. Wöchentliche Beilagen: Hagener Bunte Blätter. Für unsere Frauen. Für unsere Kleinen.

Rotationsdruck und Verlag: Westfälische Verlagsanstalt Decker & Co., Hagen i. W., Goldbergstr. 17–21. Redaktion: Fernsprecher Nr. 126, Expedition: Fernsprecher Nr. 120. Telegr.-Adr.: Tageblatt Hagenwestf.

Hagener Generalanzeiger

Anzeigenpreis für die siebengespaltene Zeile 20 Pfg. im Wohnungs- und Arbeitsmarkt 15 Pfg. Textzeile 50 Pfg. Reklamezeile 50 Pfg. Beilagengebühr 6 Mk. für 1000 Stück. Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif; jeder Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nummer 68 — Dienstag, den 21. März 1911 — 47. Jahrgang

Zweites Blatt.

Stadtverordneten-Sitzung.

th **Hagen**, 21. März.

Vorsitzender: Oberbürgermeister **Cuno**; anwesend von der Verwaltung Bürgermeister **Wilde**; Stadtbauräte Figge und Römer, Stadtrat Perter; vom Kollegium die Stadtv. Breil, Bueren, Dichut, Dr. Elbers, Ing. Elbers, Ellinghaus, Emmelius, Fischer, Hammel, Helbeck, Kriener, Kuhlmann, Linnemann, Loesenbeck, Ludwig, Neuhaus, Post, C., Radermacher, Rippel, Roehle, Romberg, Geh.-Rat Schaberg, Schauhoff, Schläper, Schmid, Schramm, Schulte, Schwemann, Springmann, Steinberg, Steinwender, Stern und Striewisch.

In Vertretung des Vorsitzenden eröffnet Bürgermeister **Wilde** die Sitzung um 6,45 Uhr.

Der Gartenbauverein der Guttempler ist um Bewilligung eines Beitrages zur

Anlage einer Schrebergärtenkolonie

am Goldberg eingekommen. Nach dem Referate, daß Stadtbaurat **Römer** hält, soll die Anlage unter der Leitung des Oekonomierats Dr. Klöpfer mustergültig eingerichtet und geleitet werden; dem Verein erwachsen für die Regulierung und Einfriedigung des Terrains etwa 800 Mark Kosten, zu denen er von der Stadt einen Beitrag von 200—300 Mark erbat. In der Baudeputation bezw. der Finanzkommission waren die Ansichten geteilt; einige Herren befürworteten die Bewilligung des Beitrages, andere glaubten, daß die nur kleine Anlage nicht als ein Unternehmen angesprochen werden könne, welches ein öffentliches Interesse und Unterstützung aus öffentlichen Mitteln beanspruchen könne. Die Verwaltung befürwortet warm die Bewilligung eines Zuschusses von 300 Mark.

Stadtv. **Kuhlmann** erklärt, sich aus den erwähnten Gründen nicht zur Bewilligung eines städtischen Zuschusses entschließen zu können. Stadtv. **Helbeck** meint, in Wehringhausen wären noch Gärten genug frei, wenn die Guttempler welche pachten wollten.

Der Antrag wird gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Stadtv. **Schramm** interpelliert die Verwaltung **wegen des beabsichtigten**

Neubaues des Oberhagener Bahnhofs,

der, wie er erfahren habe, hinter die Gleise an den Berg gesetzt werden solle. Die Stadt und die Bürgerschaft habe ein Interesse daran, daß dies nicht geschehe; der so dringend notwendige Neubau gehöre an die Vorderseite; dort sei Platz reichlich; dort werde auch das Gebäude, für das mehrere Hunderttausend Mark aufgewendet werden sollten, zur Geltung kommen und zur Verschönerung der Stadt beitragen. Werde das Gebäude nach hinten verlegt, so würde der Verkehr durch die Unterführung noch gefährlicher werden.

Stadtv. **Kuhlmann** glaubt, daß Herr Schramm nicht richtig informiert sei. Den ursprünglichen Gedanken, das Empfangsgebäude an die Bergseite zu verlegen, habe die Eisenbahnverwaltung selbst wieder aufgegeben, weil man einsehe, daß eine gute An- und Abfahrt dort kaum anzulegen sein würde. Nach den jetzigen Plänen solle das neue Gebäude an die Ecke der Jäger- und Hochstraße; auch sei eine zweite Unterführung parallel zur jetzigen geplant, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Immerhin könne die städtische Verwaltung sich wegen der Pläne ja mal mit der Eisenbahndirektion in Verbindung setzen.

Dieser Anregung stimmt das Kollegium zu.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters wendet sich die Versammlung dann der Angelegenheit der

Nichtgenehmigung der Steuersätze

zu.

Der Regierungspräsident zu Arnsberg hat die Genehmigung der beschlossenen Steuersätze, die wie im Vorjahre 275 Prozent Umlagen auf Einkommensteuer, 285 Prozent auf Grund- und Gebäudesteuer betragen sollten, durch folgenden Erlaß abgelehnt:

Arnsberg, den 15. März 1911.

Der Herr Oberpräsident hat schon in seinem Erlasse vom 20. April v. Js. darauf hingewiesen, daß Erwägungen allgemeiner Natur, die auch in diesem Jahre für die Verteilung des Steuerbedarfs maßgebend gewesen sind, Abweichungen von den bestehenden Steuerverteilungsvorschriften zu Gunsten der Realsteuern nicht begründen können. Der Herr Oberpräsident hat außerdem für die nächsten Jahre ausdrücklich eine genaue Durchführung der einschlägigen Vorschriften gefordert.

Nach dem Ministerial-Erlasse vom 6. Januar 1910 sind die Kosten der allgemeinen Verwaltung, der Armenpflege und des Volksschulwesens in Industriegemeinden, zu denen die Stadt Hagen zählt, mit ½ den Realsteuern zur Last zu legen.

Die Ausgaben für die Baupolizeiverwaltung (einschließlich des Fluchtlinienwesens) und für das Nachtwachwesen gehören nach Art. 39 II. 25 der Ausf.-Anw. zum K.-A.-G. zu behandelnden Ausgaben, welche ausschließlich durch die Realsteuern zu decken sind. Der Titel „Insgemein" ist nach dem Verhältnis der auf Einkommensteuer und Realsteuern entfallenden übrigen Gesamtausgaben zu verteilen.

Bei entsprechender Berichtigung des ausführlichen Verteilungsplanes (Seite 7 ff. der Anl. b) werden somit etwa 123 000 Mk. durch die Einkommensteuer mehr aufgebracht, als ihr zufallen, was eine Mehrbelastung von rund 16⅔ Prozent darstellt.

Bei einer derartigen, zu Ungunsten der Einkommensteuer erfolgten Verteilung, ist auf die Genehmigung des Besteuerungsbeschlusses durch den Bezirksausschuß und die Zustimmung des Herrn Oberpräsidenten nicht zu rechnen. Ich ersuche daher, eine anderweite Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung wegen der Deckung des Fehlbetrages herbeizuführen, oder die jetzige Verteilung eingehend zu begründen.

Die Nachweisungen über die Verteilung des Steuerbedarfs sind entsprechend zu berichtigen.

J. V. gez.: Gisevius.

Oberbürgermeister **Cuno** hat in einem schriftlichen Umdruck dazu folgendes bemerkt:

Der Ansatz des Ertrages der

Zuwachssteuer im Etat

mit 30 000 Mark ist sehr vorsichtig gewesen. Es ist auch jetzt nicht zu übersehen, wie sich der Ertrag der Reichssteuer in Hagen stellt. Er wird über 75 000 Mark nicht hinausgehen, 40 Prozent davon sind 30 000 Mark. Nun sind aber der Stadt für fünf Jahre die Durchschnittserträge ihrer am 1. April 1909 in Geltung gewesenen Steuerordnung garantiert. Es ist allerdings auch jetzt noch zweifelhaft, wie der Durchschnittsertrag berechnet werden wird. Die Entscheidung hat der Bundesrat. Immerhin möchte ich glauben, daß der Durchschnittsertrag nicht unter 50 000 Mark festgesetzt werden wird.

Ich schlage vor, daß die Stadtverordnetenversammlung sich entschließt, auf Grund des Reichsgesetzes

mäßige Zuschläge zur Reichswertzuwachssteuer

zu erheben. Damit würden vielleicht die Erträgnisse der Zuwachssteuer für die Stadt auf 65 000 bis 70 000 Mark angesetzt werden können. Der Zuschlag solle betragen: bei bebauten Grundstücken 50 v. H., bei unbebauten Grundstücken, sofern der für die Steuerberechnung maßgebende Zeitraum weniger als 5 Jahre beträgt, 50 v. H., sofern er 5 Jahre oder mehr aber weniger als 10 Jahre beträgt, 60 v. H., bei weniger als 15 Jahren 70 v. H., bei weniger als 20 Jahren 80 v. H., bei weniger als 25 Jahren 90 v. H., sofern er 25 Jahre oder mehr beträgt 100 v. H. Der Zuschlag werde insoweit gekürzt, als er zuzüglich der Reichssteuer 30 Prozent der Wertsteigerung übersteigen würde.

Weiter bemerkt Oberbürgermeister **Cuno**: Ich habe den niedrigen Ansatz der Zuwachssteuer im Etat belassen, um unsere schwachen finanziellen Reserven durch etwaige Mehrerträge der Zuwachssteuer zu stärken. Angesichts der Haltung der Königlichen Staatsregierung würde ich aber jetzt vorschlagen, das Aufkommen der Zuwachssteuer auf 65 000 bis 70 000 Mark anzusetzen. Wenn die Einkommensteuer um 10 Prozent entlastet wird, entsteht ein Ausfall von 74 000 Mark. Es müßten dann noch 35- bis 40 000 Mark durch Erhöhung der Realsteuern gedeckt werden. Dazu müßten die Realsteuern um 10 Prozent erhöht werden.

In mündlichem Vortrag fügt der Oberbürgermeister noch hinzu: Das Schema, welches der Minister für die Verteilung der Kommunallasten auf Einkommen- und Realsteuern aufgestellt hat, und auf welches sich der Regierungspräsident bezieht, mag für die Mehrzahl der 50 000 Gemeinden passen: es soll aber auch, und zwar in möglichst ungünstiger Auslegung, einfach auf unsere Verhältnisse angewandt werden. Was wir zur Begründung unseres Standpunktes in der Verteilung der Kommunallasten zu bemerken haben, das haben wir das vorige Mal schon gesagt. Die Realsteuern sind bei uns schon stark in Anspruch genommen; es muß bedacht werden, daß sie vom Rohertrage erhoben werden; und es kommt der moralische Standpunkt hinzu, daß, während wir der Bürgerschaft in Aussicht stellten, daß eine Steuererhöhung in diesem Jahre nicht eintreten würde, und demgemäß die vorigjährigen Sätze wieder beschlossen haben, dies uns jetzt durch die Anweisung der Regierung einfach unmöglich gemacht werden soll. Um

einen Ausweg zu finden,

der uns eine größere Differenzierung der Einkommensteuer- und der Realsteuerzuschläge ermöglicht, habe ich erwogen, den Ausfall, der uns bei der Wertzuwachssteuer entstanden ist, durch Zuschläge zur neuen Reichswertzuwachssteuer wieder einzubringen. Der Ertrag würde so hoch sein, daß es uns möglich ist, die Einkommensteuerzuschläge um 5 Prozent herabzusetzen, ohne die Realsteuern erhöhen zu müssen. Ich hätte zwar lieber gesehen, wenn etwaige Mehrerträge der Zuwachssteuer uns zur Stärkung der schwachen Finanzreserven zugute gekommen wären. Wenn aber der Gedanke der Regierung der ist, daß einfach der Kalkulator des Herrn Ministers ausrechnet, wie wir Real- und Einkommenlasten zu verteilen haben, dann können wir uns ja ruhig hinsetzen und brauchen lediglich die hohe Staatsregierung zu bitten, uns die ihr passend erscheinenden Zuschläge festzusetzen. Ich glaube aber nicht, daß das

der Sinn des Kommunalabgabengesetzes

und der Selbstverwaltung gewesen ist.

Stadtv. **Lösenbeck**: Die Regierung scheint keinen Wert auf die Selbstverwaltung zu legen und keine Rücksicht auf die Verhältnisse der Stadt zu nehmen, wie überhaupt der Industriestädte, die ja fast alle in derselben Lage sind. Unsere Ausgaben wachsen mit der Zunahme der Bevölkerung, aber die Einnahmen bleiben zurück. Vor 10 Jahren hatten wir 67 000 Einwohner und ein Gemeindesteuersoll von 1,4 Mill. Mk., heute haben wir 87 000 Einwohner und 2,3 Millionen Mark aufzubringen. Die Staatseinkommensteuer erbrachte bei uns vor 10 Jahren 920 000 Mark, heute 1 116 000 Mark, sie hat also nur um 200 000 Mk. zugenommen, während unsere Gemeindesteuerbelastung sich mehr als verdoppelt hat. Für Hagen kommt hinzu, daß wir auch keine entsprechenden Erträge aus den städtischen Werken ziehen, ja daß diese, wie z. B. beim Gaswerk zurückgegangen sind. Auf alles dieses hätte

eine hohe Kgl. Regierung Rücksicht nehmen

müssen. Die oft empfohlene Sparsamkeit ist ganz gut und muß auch geübt werden, eine Besserung unserer ganzen Finanzverhältnisse aber kommt erst allmählich mit der Besserung unserer Industrie; es sei denn daß durch eine andere Verteilung uns Schullasten usw. abgenommen würden. Die Politik der Finanzkommission ist deshalb immer die gewesen, die Lasten gleichmäßig zu verteilen und Real- wie Einkommensteuer mit gleich hohen Sätzen heranzuziehen. Das haben wir ja auch bis zum vorigen Jahre durchgeführt. Die Regierung aber bewertet den Realbesitz offenbar anders als wir; sie betrachtet ihn als befestigten Besitz, als Vermögen; wir, die wir die hiesigen Verhältnisse kennen, wissen, daß es hier Gewerbetreibende gibt, die mit 30 Prozent ihres Einkommens zur Steuer herangezogen sind. Wir wissen auch, daß die Hausbesitzer genötigt sein würden, eine neue Erhöhung der Realsteuern abzuwälzen und damit würden doch nur die unteren und mittlern Schichten aufs neue belastet werden. Entlastet aber werden durch eine niedrige Einkommensteuer nur Eisenbahn und Akkumulatorenfabrik. Aber auch auf alles dieses hat man keine Rücksicht genommen; die Regierung setzt sich hin mit dem Rechenstift und verteilt die Lasten schematisch nach ihrer Aufstellung. Es ist

ein reiner Hohn auf die Selbstverwaltung.

Demgegenüber sollten wir auf Abwehrmaßregeln sinnen. Beharren wir aber auf unserm Standpunkt und versuchen höheren Orts vorstellig zu werden, so müssen wir bedenken, daß die Ausschreibung der Steuern verzögert wird, daß Ausfälle bei der Hebung entstehen, dann aber würde vielleicht später keine Herabsetzung, sondern eine Heraufsetzung der Steuerumlagen möglich sein. Es scheint mir deshalb der Vorschlag des Oberbürgermeisters erwägenswert; wenn wir uns auch heute noch nicht binden können, da wir die Konsequenzen der Vorlage nicht zu überschauen vermögen. Die Vorschläge müssen eingehend geprüft und zu diesem Zwecke einer Kommission, vielleicht derselben, welche damals die Wertzuwachssteuer beriet, überwiesen werden.

FEUILLETON



Welche Nation hat die meisten Kinder?

Von allen europäischen Nationen haben die Franzosen die wenigsten Kinder. Im Durchschnitt besteht eine französische Familie aus 3 Personen. Der Kinderreichtum wächst auch nicht von Jahr zu Jahr, sondern es ist im Gegenteil eine Verminderung in der Kinderzahl zu konstatieren. Am kinderreichsten sind die Irländer. Eine irländische Familie wird durchschnittlich mit 5 Personen gezählt, die Russen nehmen neben den Irländern den zweithöchsten Rang in bezug auf Kinderreichtum ein, ihre Familien bestehen durchschnittlich aus 5 Personen. Auch die Spanier können mit einem großen Kinderreichtum aufwarten, sie werden gleichfalls zu 5 Personen gezählt. Dasselbe günstige Verhältnis besteht in Deutschland. Die Zunahme der jährlichen Bevölkerungsziffer kann man in Deutschland auf rund 900 000 Personen beziffern, und im Jahre 1900 stellte sich auch eine erfreuliche Verminderung der Sterbeziffer ein. Es entfielen auf 1000 Einwohner 31,91 Geburten, während man Sterbefälle bei 1000 Personen 18,07 angeben konnte. In England sind die Familien annähernd so stark wie in Deutschland (4,8 gegen 5.)

Lieses Wiederkehr.

Im Herbst 1870 kamen Agenten der in Bildung begriffenen französischen Ostarmee nach der Schweiz, um Pferde zu kaufen. Einer dieser Männer wollte die brave, kräftige fünfjährige Liese erwerben, die wegen ihres sanften Charakters im Dorfe bekannt und beliebt war. Nach langem Kampfe mit sich selbst verkaufte der Besitzer das Tier, weil der Agent 1400 Frcs. bot, während der Normalpreis nur ungefähr die Hälfte des Betrages ausgemacht hätte. Als der Fremde das Tier in den „blutigen Krieg" wegführte, weinten alle Hausgenossen. Am 1. Februar des folgenden Jahres überschritt die von Bourbaki befehligte französischen Ostarmee die Grenze der Schweiz. Man entwaffnete und internierte das Heer; große Schwierigkeiten bereitete den Behörden der Schweiz die Unterbringung der halbverhungerten, verwahrlosten zehntausend Pferde, die die Franzosen mitgebracht hatten. Man beschloß also, sie auf allen größeren Marktplätzen des Landes öffentlich zu versteigern. Dies geschah auch in Altstätten im Kanton St. Gallen. Hunderte von Gäulen standen da auf dem geräumigen Marktplatz angekoppelt. Unter den zahlreichen Kauflustigen und Neugierigen befand sich auch der ehemalige Besitzer der Liese. Bedächtig durchschritt er, von seinem Sohn Egidi begleitet, die Reihen der Tiere, sorgsam die einzelnen musternd. Da wurde er plötzlich heftig an seinem linken Rockärmel gefaßt und geschüttelt. Sich umwendend sah er sich von den Zähnen eines Pferdekopfes gepackt und — „Liesi!" schrie der junge Egidi, auf das Tier losstürzend. „Liesi!" schrie vor Freude und Rührung der erstaunte Vater, den Kopf des hell aufwiehernden Pferdes streichelnd. Es war ein Wiedersehen, wie wenn treue Freunde sich nach langer Trennung wieder gefunden haben. Menschen sammelten sich im Augenblick um die Szene, und als sie den Zusammenhang erfuhren, rieselten über manches wettergebräunte Antlitz stille Tränen. Aber wie sah Liese aus! Abgemagert. Mähnen- und Schweifhaare abgefressen, bot das Tier ein jämmerliches Bild. Liese wurde für 130 Frcs. zurückgekauft. Man brachte sie ins Heimatdorf, wo sie von der Hälfte der Einwohnerschaft am Tor erwartet wurde. Und es brach ein wahrer Jubel aus, als Liese ohne Führung munter ihrem Stall zutrabte.

Eine Fabel.

Ein Leser der Frankfurter Zeitung erinnert an folgende Fabel, die politische Ereignisse der letzten Zeit streift: Der Löwe fuhr einst mit dem Fuchs und andern Tieren auf einem Schiffe. Der Esel forderte Zoll von dem Schiff. Da schalt ihn der Fuchs: „Wie frech bist du! Weißt du denn nicht, daß der König der Tiere bei uns ist, und du wagst es, Zoll zu fordern?" Der Esel erwiderte aber unbeirrt: „Vom König fordere ich ihn, und in seine Schatzkammer bringe ich ihn wieder." Da ließ der Löwe landen, sprang heraus, zerriß den Esel und übergab den Toten dem Fuchs mit den Worten: „Lies mir die Glieder dieses Narren zusammen!" Der Fuchs machte sich an die Arbeit. Als er das Herz fand, fraß er es. Später sah der Löwe wieder nach und vermißte unter den Stücken das Herz. „Wo ist das Herz des Narren?" fragte er den Fuchs. „Ach," erwiderte dieser, „er hatte kein Herz; hätte er eins gehabt, so hätte er vom König keinen Zoll gefordert."

Das Pensionat der Millionärinnen.

Das eleganteste Pensionat der Vereinigten Staaten, wohl überhaupt auf der ganzen Welt, befindet sich in der Hauptstadt der Union. Es beherbergt augenblicklich 75 Millionärinnen. Der Pensionspreis ist ein den Verhältnissen der Bewohner entsprechend hoher, er beträgt 5000 Mark monatlich. Jede Unterrichtsstunde wird extra berechnet, so kostet z. B. eine Gesangsstunde 20 Mark. Für die täglichen Ausgänge der Millionärinnen ist eine Gesellschafterin als Begleiterin engagiert, die mit 2 Mark die Stunde honoriert werden muß. Es erübrigt sich wohl zu bemerken, daß die Räume des Pensionats mit großem Luxus und Raffinement eingerichtet sind. Der Zweck dieses Instituts ist der, aus den jungen Damen, deren Eltern meistens zu den Parvenüs gehören, vollendete Weltdamen zu machen. Neben den täglichen Unterrichtsstunden in Gesang, Malen, Turnen, Tanzen und Reiten finden auch Kurse gesellschaftlicher Art statt. Es werden Fünf-Uhr-Tees veranstaltet, auf denen die Schülerinnen lernen müssen, wie man mit Grazie und Geschick den Herren der Schöpfung eine Tasse Tee zu kredenzen hat. Stundenlange Uebung erfordert auch das Studium des Verhaltens bei Annahme oder Ablehnung eines Heiratsantrages. Zu den großen, oft veranstalteten Gesellschaften, auf denen sich die Elevinnen praktisch üben sollen, werden stets die elegantesten und ersten Kavaliere der Union eingeladen.

Ist die Erde im Innern glühend?

Das tiefste Bohrloch der Erde befindet sich bei Czuchow im Kreise Rybnik in Schlesien. Es erreicht eine Tiefe von 2240 Meter unter der Oberfläche. Die Bohrung wurde vor zehn Jahren begonnen (im Dezember 1900) und die Oeffnung hatte anfangs einen Durchmesser von 0,44 Meter, der sich aber mit zunehmender Tiefe bis auf 5 Zentimeter verringerte. Von großem Interesse sind die Temperaturen, die man in den verschiedenen Tiefen antraf. In 602 Meter Tiefe war die Bodenwärme 28 Grad C., bis 730 Meter stieg sie nur sehr wenig und unregelmäßig, in 1160 Meter Tiefe fand sich 50 Grad C., in 1267 Meter 60 Grad, in 1583 Meter 70 Grad, in 2090 Meter 80 Grad, in 2221 Meter Tiefe 83,4 Grad C. Durchschnittlich wuchs die Wärme also um 1 Grad C. für je 31,8 Meter, so daß in etwa 2700 Meter Tiefe die Temperatur des kochenden Wassers angetroffen würde. Diese merkwürdige Bohrung hat also einen neuen Beleg für die Annahme geliefert, daß mit zunehmender Tiefe die Wärme der Erdschichten steigt. Ungewiß bleibt freilich, ob diese Temperaturzunahme sich bis zu Tiefen von hundert Kilometer oder noch weiter fortsetzt. Dann müßten sich dort die Gesteinsmassen im Zustande glühender Flüssigkeit befinden, eine Annahme, die von vielen Geologen gemacht wird, während andere sie bestreiten.

Die Rache des Chauffeurs.

Ein lustiger Vorfall, der zeigt, daß Theorie und Praxis oder daß die Bestimmungen des Strafgesetzbuches und die Anforderungen des täglichen Lebens sich nicht immer decken, ereignete sich vor kurzem in Hamburg. Ein bekannter Landrichter hatte etwas lange in Morpheus Armen gelegen und wollte nun eiligst nach seinem Amtszimmer im Strafjustizgebäude, da er eine wichtige Sitzung wahrzunehmen hatte. Er stürzte auf die Straße, winkte einen vorbeifahrenden freien Kraftwagen heran und rief dem Lenker zu, ihn nach dem Strafjustizgebäude zu fahren, und zwar so rasch wie möglich. Das Auto setzt sich in Bewegung, jedoch mit einer „Geschwindigkeit", daß die elektrischen Straßenbahnen, die Pferdedroschken und selbst die Fußgänger den Wagen überholen. Mit Vorsicht werden die Straßenkreuzungen befahren, in weitem Bogen wird allen Schutzleuten ausgewichen, und vorschriftsmäßig hält der Chauffeur hinter einem Straßenbahnwagen, dessen Passagiere im Aussteigen begriffen sind. Der Herr Landrichter stampft nervös mit den Füßen und wütet in sich hinein. Endlich mit großer Verspätung angekommen und den Fahrpreis bezahlend, fragte er den Chauffeur, warum er denn in aller Welt so langsam gefahren sei? Da erwiderte dieser treuherzig: „Ja, wissen Sie, Herr Landrichter, Sie haben mich erst gestern in fünfzig Mark Geldstrafe wegen Uebertretung der Straßenordnung für Kraftwagen genommen, da wollte ich heute ganz genau nach diesen Vorschriften fahren."

Gleichwohl sollten wir der Regierung eine entsprechende Erklärung zukommen lassen, daß wir

an den beschlossenen Steuersätzen festhalten

und eine Erhöhung der Realsteuern ablehnen. Wenn wir da s nicht tun, werden wir in unserer Finanzpolitik auf Wege gedrängt, auf denen wir die bisherige Vorsicht in der Aufstellung unserer Etats außer acht lassen; die Verantwortung dafür müßten wir der Regierung überlassen. Der Redner schlägt eine Resolution vor, in welcher die Stadtverordnetenversammlung dies zum Ausdruck bringt und zugleich in Aussicht stellt, eventuell das Gleichgewicht des Etats durch Streichung aller nicht gesetzlich geforderten Ausgaben herzustellen.

Stadtv. **Stern** weist darauf hin, daß die Regierung wohl noch andere Gründe für ihr Vorgehen haben müsse, eben habe sie doch in Gevelsberg 245 und 250 Prozent Umlagen genehmigt. Was solle man nun dazu sagen, daß die Genehmigung bei uns, trotz des einstimmigen Beschlusses versagt wurde? Er fragt an, wie sich die Sache stelle, wenn wir es auf einen Konflikt bezw. eine Beschwerde bis zum Minister ankommen ließen.

Oberbürgermeister **Cuno** weist aus der Städteordnung nach, daß wenn nicht innerhalb 3 Monaten nach Beginn des Etatsjahres gültige Steuerbeschlüsse vorliegen, die Regierung die Steuern so festsetzt, daß die Realsteuern um die Hälfte höher herangezogen werden, das würde für uns also etwa 300 Prozent auf Realsteuern und 240 Prozent auf Einkommensteuer bedeuten. Eine andere Bestimmung aber laute, daß die Realsteuern mit nicht mehr als 200 Prozent belastet werden sollen ,bei uns aber fordere die Regierung, daß wir auf 300 Prozent hinaufgehen. Wo sei da die Konsequenz?

Stadtv. **Kuhlmann** regt an, zu versuchen, durch eine Deputation, für welche er Oberbürgermeister Cuno, Kommerzienrat Springmann und Stadtv. Lösenbeck vorschlägt, die Regierung umstimmen zu lassen. Auch Stadtv. **Schulte** hält diesen Weg für sehr geeignet, da er aus Erfahrung wisse, daß die Regierung persönlichen Vorstellungen durchaus zugänglich sei.

Stadtv. **Nippel** hält es daneben für dringend notwendig, daß die Vorschläge der Verwaltung bez. der Wertzuwachssteuer durch eine Kommission eingehend geprüft würden. Stadtv. **Post** glaubt, daß diese Angelegenheit nicht überstürzt zu werden brauche; man kenne ja das neue Reichszuwachssteuergesetz noch nicht. (Widerspruch). Oberbürgermeister **Cuno** betont, daß freilich die Sache eile, am 1. April trete das neue Gesetz schon in Kraft, und seit dem 1. Januar erhebe die Stadt keine eigene Zuwachssteuer mehr.

Stadtv. **Kricner spricht sich gleichfalls dafür aus**, daß man an den vorigen Beschlüssen festhalte und in einer eingehenden Begründung, wovon ja auch der Erlaß des Regierungspräsidenten spreche, den Standpunkt der Stadtverordnetenversammlung darlege.

Stadtv. **Ludwig**: Wir freuen uns, daß sie jetzt auch mal sehen, wie die Regierung das Selbstverwaltungsrecht der Städte auffaßt. Der Resolution Lösenbeck können wir nicht zustimmen, weil sich ihre Tragweite nicht übersehen läßt. Der Ausfall der Wertzuwachssteuer muß so oder so wettgemacht werden; ein entsprechender Antrag sollte auf der Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen stehen. Vorläufig handelt es sich jedenfalls darum, wie bekommt die Stadt Geld in den Säckel. Wenn sich die Steuerausschreibung hinzieht, müssen wir Anleihen aufnehmen. Zinsen zahlen, Einbußen erleiden und die Stadt hat vielleicht Schaden obendrein. Alle politischen Parteien sollten darauf dringen, daß das Selbstverwaltungsrecht besser gewahrt bleibe.

Stadtv. **Springmann** fragt an, ob denn nicht bis zur Erledigung des Beschwerdeweges provisorische Steuern ausgeschrieben werden könnten. Oberbürgermeister **Cuno** verneint das.

Das Kollegium beschließt sodann einstimmig, **bei den früheren Beschlüssen zu bleiben** und eine **Kommission**, bestehend aus den vorgeschlagenen Herren, **an die Regierung zu senden**, um den **Standpunkt der Versammlung eingehend zu begründen. Alle weiteren Maßnahmen behält sich die Versammlung vor.**

Das Kollegium erledigt dann noch einige

kleinere Vorlagen:

Ein Antrag der Baudeputation, betr. die Aenderung des Fluchtlinienplanes für einen Teil des Geländes zwischen der Fleyerstraße und der Haldenerstraße südlich der früheren Gemarkungsgrenze Hagen-Eppenhausen wird angenommen.

Die Bewilligung der durch den vorläufigen Ausbau der Heinrichstraße, Albrechtstraße und Parallelstraße südlich der Heinrichstraße auf dem städtischen Grundstücke daselbst entfallenden Kosten muß vertagt werden.

Dem Antrag der Schuldeputation, betr. des Beginns der Schulpflicht bei dem Oberpräsidenten vorstellig zu werden, stimmt das Kollegium zu.

Schluß der öffentlichen Sitzung 8 Uhr; eine geheime Sitzung schließt sich an.



WESTFALEN, RHEINLAND UND NACHBAR-PROVINZEN

t **Altena**, 20. März. (Die Stadtverordneten) bewilligten zu den 22 000 Mark betragenden Mehrkosten der Filteranlage der Fülebecker Talsperre 5200 Mark, ebenso wurden die Kosten für die Vorarbeiten einer Nettetalbahn bewilligt. Der Haushaltsplan stellt sich in Einnahme und Ausgabe auf 537 000 Mark. Der Steuersatz ist derselbe wie seit 12 Jahren. Das Vermögen der Stadt beträgt 3 634 414 Mark, die Schulden betragen 2 068 011 Mark.

-o- **Bochum**, 20. März. Kommerzienrat Hermann Schüler) hat seine im Jahre 1907 zum Andenken an seine verstorbene Gattin errichtete Stiftung von 20 000 Mark zum Besten einer städtischen Säuglingsmilchanstalt durch eine weitere Spende von 30 000 Mark erhöht. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde die Annahme dieses Geschenkes, sowie eines Legates der verstorbenen Karoline Belten in Höhe von 3000 Mark mit dem Ausdrucke des Dankes ausgesprochen.

-o- **Haltern**, 20. März. (Diamantene Hochzeit.) Die Eheleute Fabrikant Heinrich Rumpf hier konnten gestern das seltene Fest der diamantenen Hochzeit begehen. Frau Rumpf beging zugleich ihren 80. Geburtstag. Ihr Gatte steht im Alter von 84 Jahren.

c **Datteln**, 20. März. (Der Dorfschulten-Hof) wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderats angekauft. Er befand sich seit seit erdenklichen Zeiten im Besitze des Gutsbesitzers Brauckmann am Brink und besitzt für die Gemeinde lokalhistorischen Wert. Während in der Umgebung des Dorfschulten-Hofes die Rute heute mit 2—300 Mark bezahlt wird, hat B. für den 40 Morgen großen Hof nur 25 Mark für die Rute verlangt. Ferner hat der Verkäufer der Gemeinde den ganzen Holzbestand des Dorfschulten Wäldchens umsonst überlassen, unter der Bedingung, daß die Gemeinde das Wäldchen bestehen läßt. Dies ist umsomehr zu begrüßen, als die hiesige Gegend immer mehr von Wäldern entblößt wird. Auf dem gekauften Grundstück sind folgende Gebäude und Anlagen vorgesehen: Das neue Amtshaus, ein Sportplatz, eine Turnhalle, Gymnasium, höhere Töchterschule. Die übrigen Bauplätze sollen dem Fiskus zum Kaufe angeboten werden, damit dort später Amtsgericht, Katasteramt, Bergrevieramt usw. erbaut werden kann.

ft **Oelde** (Westfalen), 20. März. (Bei Gelegenheit der Feier des Goldenen Priesterjubiläums) des katholischen Pfarrers Thier zum Berge in Oelde betonten sowohl der Vertreter der evangelischen Kirchengemeinde wie auch der Vertreter der jüdischen Kirchengemeinde das erfreuliche einträchtige Zusammenwirken der Vertreter der verschiedenen Bekenntnisse und sprachen beredt dem Jubilar ihren Dank aus, daß er in seiner langen segensreichen Tätigkeit stets darauf bedacht gewesen sei, den Frieden zwischen den Konfessionen zu wahren und zu fördern.

lt **Radevormwald**, 20. März. (Die Stadtverordneten) setzten den Haushaltsplan für 1911 auf 817 000 Mark fest, erhöhten die Realsteuern und die Einkommensteuer um 15 Prozent auf 260 Prozent und bewilligten den Lehrpersonen Ortszulagen und zwar den Lehrern 50—200 Mark und den Lehrerinnen 50—100 Mark.

rm **Barmen**, 20. März. (Durch Ueberfahren getötet.) Auf der Eisenbahnstrecke zwischen dem Hauptbahnhof und dem Bahnhof Rittershausen wurde der 27jährige Oberbauarbeiter Clemens G. von einem Rangierzuge überfahren, indem er einem anderen Zuge ausweichen wollte. Beide Beine wurden ihm überfahren; kurz nach der Einlieferung ist er im städt. Krankenhause gestorben.

sch **Essen**, 20. März. (Wegen öffentlicher Beleidigung des Polizeipräsidenten) hatte sich der Redakteur Hans St. vor der Strafkammer zu verantworten. Als die Westdeutsche Zeitung am 31. Dez. v. Js. ihr Erscheinen einstellte, erschien in der Arbeiterzeitung in schwarzer Umrandung nach Art der Traueranzeigen das Bild eines Schutzmanns mit vorgehaltenem Säbel, darunter ein höhnischer „Nachruf", der u. a. auch als Leidtragenden das Polizeipräsidium nannte. Hierin erblickte der Polizeipräsident eine Verhöhnung und die Staatsanwaltschaft erhob Anklage. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 50 Mark.

st **Mülheim-Ruhr**, 20. März. (Das Projekt der Kanalisierung der Ruhr) von ihrer Mündung bis Mülheim hat anscheinend ebensoviel Gegner wie Freunde. Es ist ziemlich selbstverständlich, daß sowohl die Anhänger wie die Bekämpfer des Projekts die Spezialinteressen bestimmter Gruppen vertreten, obwohl jede Partei behauptet, ihrerseits die allgemeinen Interessen fördern zu wollen. Die für die Kanalisierung sprechenden Gründe liegen nahe und sind bekannt. Was aber die Gegner betrifft, so machen sie zunächst geltend, daß die Schiffbarmachung der Ruhr die Trinkwasserversorgung des Industriegebiets gefährde, denn die Ruhr liefere jetzt jährlich fünfzig Millionen Kubikmeter Wasser. Weiter führen sie an, daß die Duisburg-Ruhrorter Häfen durch die Konkurrenz eines neuen Hafens auf Mülheimer Gebiet geschädigt würden; sie würden ohnehin durch den Rhein-Herne-Kanal viel verlieren und hätten deshalb auf den Schutz durch die Staatsregierung Anspruch. Mit den Häfen würde ferner zugleich das Gelände an den Häfen entwertet. Alle diese Nachteile würden umso größer, wenn, wie zu erwarten sei, später die Kanalisierung der Ruhr noch über Mülheim hinaus betrieben würde. Im Eisenbahnministerium beschäftigt man sich gegenwärtig mit der Prüfung der gegen die Ruhrkanalisierung angeführten Bedenken.

t **Hamborn**, 20. März. (Der Hundemetzger.) Ein Bergmann aus der Schroerstraße in Schmidthorst schlachtete andauernd Hunde und verkaufte das Fleisch für 35 bis 40 Pfennige pro Pfund. Zugelaufene und eingefangene Hunde mußten daran glauben und wurden von dem Hundeschlächter abgeschlachtet, um später als Braten verzehrt zu werden. Sogar 3 Hunde auf einmal wurden von dem Hundeschlächter an einem der letzten Tage geschlachtet.

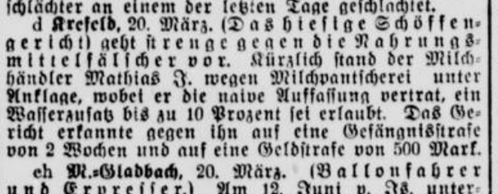
d **Krefeld**, 20. März. (Das hiesige Schöffengericht) geht strenge gegen die Nahrungsmittelfälscher vor. Kürzlich stand der Milchhändler Mathias J. wegen Milchpantscherei unter Anklage, wobei er die naive Auffassung vertrat, ein Wasserzusatz bis zu 10 Prozent sei erlaubt. Das Gericht erkannte gegen ihn auf eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen und auf eine Geldstrafe von 500 Mark.

eh **M.-Gladbach**, 20. März. (Ballonfahrer und Erpresser.) Am 12. Juni v. Js. unternahm der Regierungspräsident Dr. Steinmeister aus Köln mit zwei andern Kölner Herren einen Ballonaufstieg, um eine Fahrt nach Holland zu machen. In der Nähe von Erkelenz ließ man den Ballon sinken und warf das Schleppseil herunter. Gleich darauf erschien eine große Schar Menschen, die das Seil festhielten und auf Bitten, es loszulassen, nicht Folge gaben, sondern dafür Geld forderten . Erst als die Insassen 20 Mark verteilt hatten, wurde das Schleppseil losgelassen. Die hiesige Strafkammer verurteilte einen Ackerknecht wegen Erpressung zu einem Monat Gefängnis und einen Tagelöhner wegen Nötigung zu 50 Mark Geldstrafe.

j **Köln**, 20. März. (Von der Südbrücke in den Rhein gesprungen) ist eine unbekannte junge Dame; sie hat in den Fluten den gesuchten Tod gefunden. Das Mädchen wurde beobachtet, als es am Brückengeländer stand und scheinbar einem Schiffsschleppzug zusah. Plötzlich sprang sie kopfüber in den Strom. Die Lebensmüde trieb noch eine weite Strecke rheinabwärts. Einige Lagerarbeiter fuhren ihr in einem Nachen nach, sie konnten die Unglückliche aber nicht mehr erreichen. Es ist dies der vierte Fall, daß eine Person von der am 21. April 1910 eröffneten Brücke in den Rhein gesprungen und ertrunken ist.

th **Bonn**, 20. März. (Auch ein Grund zum Selbstmord!) Ein Student verließ vorige Woche seine Wohnung und ließ einen Zettel zurück, er werde sich im Siebengebirge das Leben nehmen. Da die polizeilichen Ermittelungen nichts ergaben, wurde ein grober Unfug angenommen, als plötzlich der Student zurückkehrte. Er gab auf der Polizei an, er habe sich aus „Stumpfsinn" erhängen wollen, bei der Ausführung sei ihm aber die Sache leid geworden.

rt **Trier**, 20. März. (Zwei Brüder ertrunken.) Ein mit Holz beladener Kahn, der bei Metzdorf über die Sauer fuhr, sank infolge des starken Wellenschlages. Die beiden Insassen, zwei Brüder im Alter von 23 und 32 Jahren, sind ertrunken.



Kleine Chronik.

Eingrößeres Feuer wütete auf dem Grundstücke einer Stärkezuckerfabrik in Frankfurt a. O. und verursachte einen Schaden von 150 000 bis 175 000 Mark. An Dextrin allein sind für etwa 40 000 Mark verbrannt. Die Fabrikation von Dextrin ist zum Teil gestört. — Der als **Schlangenfänger** auf Rügen bekannte Arbeiter Brandt ging in den letzten warmen Tagen mit bestem Erfolge in dem Gingster Forst dem Kreuzotterfang nach. Bereits 9 Reptile hatte er getötet und die Köpfe in Ermangelung eines Behälters unter der Mütze auf dem Kopfe angesammelt. Kaum hatte er den Kopf einer soeben getöteten Giftschlange wieder dem sonderbaren Aufbewahrungsort einverleibt, da verspürte er einen stechenden Schmerz. Er wurde schließlich gewahr, daß der letzte Otternkopf sich festgebissen hatte! Brandt riß den Kopf los und versuchte die Wunde auszuschneiden, was aber mißlang. Erst nach langer Zeit konnte er einen Arzt auffinden. Der Zustand des Verletzten ist bedenklich. — In einer Berliner Privatbadeanstalt erschien ein etwa dreißigjähriger Mann, der sich ein Wannenbad bestellte. Das Bad wurde ihm durch den Bademeister zubereitet, und der Gast begab sich in die Zelle. Als einer der Bediensteten etwa eine Viertelstunde später an der Kabine vorübergina, hörte er ein leises Stöhnen und Aechzen. Er öffnete die Tür der Zelle und fand hier den Badegast, **über und über verbrüht**, bewußtlos am Boden liegen. Der Bedauernswerte, in dem später der Tischler Lauschki aus der Lychenerstraße 8 festgestellt wurde, hat allem Anscheine nach im Bade sitzend den Hahn für warmes Wasser aufgedreht und ist dann für kurze Zeit ohnmächtig geworden. Als er aus der Wanne stieg, brach der Tischler zusammen. Der Schwerletzte wurde nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhause geschafft. — In der Reitschule von Aldershof wurde ein Feldartillerieleutnant von seinem Pferde, das nach einem Sturze scheu geworden war, 300 Meter weit geschleift. An der Stalltür schlug er mit dem Kopf an einen Stein. Lebensgefährlich verletzt brachte man ihn ins Krankenhaus. — In Cavade Tirreni ist eine Pulverfabrik aus einer bisher noch unbekannten Ursache in die Luft geflogen. Mehrere Arbeiter sind tot. Eine große Anzahl von Personen sind verletzt. — In Gutfeld (Ostpreußen) wurde ein Knabe von einem Hunde gebissen. Das Tier, das sonst als gutmütig bekannt war, wurde getötet, und der abgeschnittene Kopf der Berliner Tollwutstation vorsichtshalber zur Untersuchung eingeschickt. Jetzt hat sich herausgestellt, daß der Hund **tatsächlich tollwütig** war. Daraufhin wurde der gebissene Knabe in aller Eile nach Berlin transportiert und dem Pasteurschen Institut zur Behandlung zugeführt.

— **Operative Auswechslung von Finger- und Zehenknochen.** Ein bemerkenswertes Operationskunststück wird aus dem Krankenhaus Hermannswerder-Potsdam berichtet. Die 27jährige Landarbeiterin M. B. kam mit einer schweren tuberkulösen Knochenerkrankung des rechten vierten Fingers, die sie bei der Arbeit außerordentlich behinderte, in das Krankenhaus. Der leitende Arzt Prof. Wolff operierte die Patientin, die ihren Finger gern erhalten sehen wollte, in der Weise, daß er das zerstörte Fingerglied herausschnitt und dafür ein entsprechend großes Glied von der zweiten Zehe des rechten Fußes einsetzte. Um eine Verunstaltung des Fingers zu verhüten, entnahm er der Patientin ein 4½ Zentimeter langes Stück aus einem Rippenknorpel und setzte es kunstgerecht in die Zehenlücke ein. Die Hautschnitte wurden exakt vernäht, und die Wunden heilten in wenigen Tagen. Eine Röntgenaufnahme ergab, daß die eingepflanzten Ersatzstücke ihre Stellung gut behalten hatten. Schon von der zweiten Woche ab wurden Uebungsbewegungen vorgenommen, und die Patientin erhielt die volle Beweglichkeit ihres Fingers wieder. Nur eine ganz geringfügige Verkürzung erinnert an die Operation.



Schlau wie ein Fuchs

muß man heutzutage sein, wenn man aus den tausenderlei Dingen, die angepriesen werden, das wirklich Gute herausfinden will. Beim Malzkaffee ist jedes Suchen überflüssig, denn es gibt — Kathreiners Malzkaffee, der schon seit 20 Jahren als bestes Erzeugnis sich überall bewährt hat. Seine Vorzüge sind: Unschädlichkeit, kräftiges Aroma und Billigkeit!

In letzter Zeit wird versucht, beim Publikum Nachahmungen oder auch lose ausgewogenen Malzkaffee anzubringen. Zwischen diesen „Malzkaffees" und dem echten Kathreiners Malzkaffee ist ein Unterschied wie Tag und Nacht. Man beachte deshalb: Nur die geschlossenen Pakete mit Bild des Pfarrer Kneipp enthalten Kathreiners Malzkaffee!

Der Gehalt macht's!

OSRAM LAMPE

Bestbewährte elektrische Glühlampe
70% Stromersparnis
Grand Prix Brüssel 1910
Durch die Elektrizitätswerke und Installationsgeschäfte zu beziehen
Auergesellschaft, Berlin O. 17

Kurse der Berliner Börse vom 20. März

1. Beiblatt vom ... (Nachdruck verboten.)

Staats- und Communal-Anleihen.	%		Kolonial-Werte.	%		Loos.	%		Montan-Aktien.	%		Kohlen-Kuxe.	Nachfr.	Angeb.
Deutsche Reichsanl. uk. 18	4	102,75	Ostafrika Eisenbahnanteile	8	—,—	Braunschweig. 20 Taler-Lose		207,—	Concordia Bergw.	11	317,50	Müser Brauerei	6	141,6	Alte Haase	1500	1535
" "	3½	94,20				5%% Cöln-Minden. 100 "		135,60	Consolidation	20	306,75	Norddeutscher Lloyd	0	148,10	Blankenburg	—	2500
" "	3	84,30	Hypotheken-Pfandbriefe.			Meininger 7 Gu den Lose		37,50	Deutsche Gasglühlicht	50	971,—	Oberschles. Eisenindustrie	0	92,—	Brassert	12900	13100
Preuss. Consols uk. 18	4	102,60	Pr. Bdkr. XIII.XIV XVII	4	99,20	Türkische 400 Frcs. Lose		130,25	" Waffen- u. Munitionf.	22	377,50	" Eisenbahnbedarf	1½	101,40	Carolus Magnus	6800	6700
" " " Staffelanl.	4	1 0,30	" " 1913	4	99,70							Orenstein u. Koppel	13	217,75	Constantin der Grosse	38500	39500
" " "	4	100,—	" " 1913	4	100,—	Bank-Aktien.						Phönix	15	247,80	Deutschl. b. Hasslingbausen	4 00	4875
" " "	3½	94,00	" XI XV, XVI	3½	9 3,30	Bank für Handel u. Industrie	6½	130,75	Dürener Metallwerke	12	213,—	Rav nsberger Spinnerei	2½	12,50	Deutschl. b. Hasslingbausen	10500	11000
	3	84,25	Pr. Ctr. Bdkr. 1890	3½	90,40	Barmer Bank-Verein	7½	124,90	Düsseldorfer Eisenhütte	8	112,—	Rhein. Metallwaren A.-G.	0	98,75	Dorstfeld	8000	8150
Deutsche Reichsschatzanl.			" " 1903 uk. 12	4	99,60	Barmer Creditbank	6	100,50	Elberfelder Farbenfabriken	24	538,—	" Chamotte	4	101,75	Eintracht Tiefbau	42 00	44000
fällig 1. 7. 12.	4	100,25	" " 1906 " 16	4	99,60	Bergisch-Märkische Bank	8½	162,70	Eschweiler Bergwerk	8	184,20	" Stahlw rke	/	169,20	Ewald	1350	1425
Preuss. Schatzscheine			" " 1907 " 17	4	99,70	Berliner Handels-Ges.	9	177,75	Gasmotorenfabr. Deutz	7½	143,90	Rhein. Westf. Kalkwerke	10	181,90	Freie Vogel und Unverhofft	2450	2650
fällig 1. 4. 13.	4	100,60	" " 1909 " 19	4	99,90	Deutsche Bank	12½	249,90	Gelsenkirchener Bergw.	9	214,—	Rombacher Hütte	8	182,25	Gottessegen	13000	13300
Rhein. Westf. Rentenbr.	4	—,—	" " 1910 " 20	4	100,20	Diskonto Commandit-Ges.	9½	198,—	dto., neue	—	198,50	Rütgerswerke	11	193,80	Graf Schwerin	6100	6250
Rheinprovinzanl.			" " 1904. uk. 13	4	100,50	Dresdener Bank	8½	16 ,75	Siemens u. Halske	12	241,50	Stadtberger Hütte	1	19,25	Heinrich	17000	17350
XX. XXI. XXXI. XXXIII.	4	100,60	" " 1894, 1896	3½	9 .—	Essener Credit-Anstalt	8½	164, 0	Georgsmarienhütte St. Prior.	6	114,80	Stolberger Zinkhütte	5	144,10	Helene und Amalie	1375	1425
dto.			" " 1904. uk. 13	3½	90,60	Hannoversche Bank	7½	148,—	Gerresheimer Glashütten	14	241,—	Stollwerck Vrzgs.-Akt.	5	119,80	Humboldt	7100	7300
XXII. XXIII.	3½	96,25	Pr. Kom. Ob. uk. 1910	4	100,00	Mitteldeutsche Creditbank	6	122,25	Gevelsberger Brauerei	5	96,25	Ver. Deutsche Nickelwerke	6	119,80	Joh. Deimelsberg	—	28000
dto. XXX.	3,5	95,25	" " 06 uk. 17	4	100,90	Reichsbank	6,48	144,70	Hagener Gusstahlw. Vorz.	0	65,50	Westf. Drahtindustrie	6	142,10	König Ludwig	21800	22 00
dto. III. VII. XII.-XVII. XIX. XXIV.-XXVII. XXIX.	3½	91,60	" dto. 1906	1½	92,—	A. Schaaffhausenscher Bankv.	7½	142 --	Hamburg-Amerikan. Paketf.	6	142,10	" Kupfer- u. Messingw.	6	170,—	Königin Elisabeth	21800	22300
dto. XXIV. uk. 16	3½	91,10	Pr. Pfdbr. Bk. XVIII-XIX 1910	4	98,80				Hansa-Dampfschiff	10	17 ,25	" Stahlwerke	0	68,—	Langenbrahm	25700	26 00
dto. XVIII.	3½	88,00	dto. XXII uk. 12	4	—,—	Industrie-Obligationen.			Harkort Bergwerk	7½	157,10	Mont Cenis	7	116,—	Lothringen	22100	22600
dto. IX. XI. XIV.	3	86,20	dto. XXVII " 15	4	98,70	Cölner Gas- u. Elect.-Obl.	4½	100,50	" Brückenbau	9	134,—	Oespel	7	156,—	Mont Cenis	2950	3050
Westf. Provinzanl. III	4	100 70	dto. XXVIII " 17	4	100,—	König Wilhelm	4½	100,75	" St. Prior	10	—,—	Schallmauer	7	155,—	Oespel	3775	3850
dto. IV.	4	101,40	dto. XXIX " 19	4	100,—	Krupp	4½	—,—	Harpener Bergbau	8	187,—	Wickinger Cementwerke	3	105,—	Schallmauer	1350	1400
dto.	3½	91,25	dto. XXVI " 14	3½	93,50	Hasper Eisen- u. Stahlwerk	4½	102,80	Hasper Eisenwerk	8	178,—	Wickuler Küpper Brauerei	9	213,50	Schürbank und Charl.	2450	2550
dto. IV. 8—10. uk. 15	3½	91,40	dto. XXIV uk. 12	3½	91,40	Hagener Textil-Ind.	4	—,—	Hochdahl Vorz. Akt.	0	79,25	Wittener Glashütte	3	105,—	Trappe.		
dto. II	3	84,50	Rhein. Westf. Bdkr. I, III, V,			Mender u. Schwerte	4	96,—	Hösch-Stahlwerk	18	308,50	" Gusseisenwerk	9	213,50			
Hagener uk. 12	4	100,10	VII-VIIIA	4	99,—	Müser Lang. uk. 11	4	97 —	Kölner Bergw.	27½	457,—	" Stahlröhren	16	268,—			
dto. 15	4	100,10	dto. uk. 12	4	94,20	Norddeutscher Lloyd 1902	4½	100,50	Kölner Gas	4½	90,—						
Kölner 1900	4	100,40	dto. " 15	4	94,40	dto. 1901	4½	100,50	Köln-Müsener Bergw.	0	87,—				Kali-Kuxe.		
dto. 1906	4	100,40	dto. " 18	4	100,—	dto. 1908			Königsborner Bergw.	10	211,—	Bankdiskont	4		Alexandershall	14200	14350
dto. 1908	4	100,70	dto. " 20	4	100,50				Küppersbusch	12	210,—	Lombardzinsfuss	5		Beienrode	7100	7250
dto.	3½	94,—	dto. II, IV, VI	3½	94,—	Industrie-Aktien.			Laura-Hütte	4	174,—				Bismarckshall-Act.	137½	139½
Italien. Rente am III. IV.	4	—,—	Westd. Bdkr., versch.	4	99,—	Accumulatorenfabrik Hagen	12½	288,—	Lindenbr. Unna	4	77,80	Wechselkurse.			Burbach	16800	17000
Oesterreich. Kronenrente	4	93,20	dto. VII uk. 13	4	99,20	Alexanderwerk	9	117,75	Ludw. Löwe & Co.	16	280,—				Hansa-Silberberg	5850	5900
Ungarische Goldrente	4	98,00	dto. VIII " 15	4	99,70	Allg. Elektrizitäts-Ges.	14	272,80	Mark Cement	10	123,25	Amsterdam per 8 Tage		169,20	Brüssel u. Antwerpen p. 8 Tage	80,65	80,90
Kronenrente	4	91,60	dto. X " 15	4	100,20	Annener Gusstahlw.	0	9 ,50	Märk. Westf. Bergwerksverein	0	121,75	London Scheck		20,415	London Scheck	20,415	
Rumänische Rente 1903	5	89,90	dto. III	3½	94,20	Arenberger Bergbau A.-G.	18½	390,75	Massener Bergbau	5½	118,—	per 8 Tage		80,85	Paris Scheck	80,85	
" 1889	4	—,—	dto. IV	3½	94,20	Böserde Walzwerk	2	114,50	Meggener Walzwerk	5	144,—	Paris Scheck		—,—	per 8 Tage	125%	12 %
Russische Staatsrente	4	94,25	dto. IX " 18	3½	91,60	Bochumer Gusstahlwerk	12	282,—				Wien per 8 Tage		84, 5	Nordh. Kali-Act.	127½	128½
						Buderus Eisenwerk	5	118,—	Mühlheimer Bergw.	11	186,75	New-York vista		4,1975	Wilhelmshall	54 00	11200
															Wintershall	22.00	23500

Actien-Commandit-Gesellschaft

Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.

Netto-Bilanz per 31. Dezember 1910.

Aktiva.	M.	₰
Kassa-Konto, Postscheck-Konto und Reichsbank-Giro-Konto	7,176,031	30
Wechsel-Konto:		
a) Devisen M. 3,752,403.27		
c) Platz- und Markwechsel M. 39,656,504.32	43,408,907	59
Guthaben bei Bankiers	7,689,590	96
Vorschüsse gegen Wertpapiere	30,187,478	—
Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen	8,958,094	26
Effekten-Konto:		
a) Staats-, Provinz-, Kommunal-Anl. u. Hypothek.-Pfandbr. M. 12,986,640.65		
b) Aktien und industrielle Obligationen M. 3,409,161.54	16 [illegible]	
Konsortial-Beteiligungen	1 [illegible]	47
Debitoren	141,055,271	18
Aval-Debitoren M. 20,304,811.43		
Immobilien-, Mobilien- und Utensilien-Konto:		
a) Bankgebäude für den eigenen Betrieb M. 6,776,026.72		
b) Zur Wiederveräusserung übernommene Immobilien M. 1,598,027.53		
c) Mobilien und Utensilien M. 396,876.51		
M. 8,770,930.76		
./. Abschreibung M. 148,430.76	8,622,500	—
	265,000,777	89

Passiva.	M.	₰
Aktien-Kapital-Konto M. 74,481,000.—		
Einlage-Konto der persönlich haftenden Gesellschafter „ 519,000.—	75,000,000	—
Verantwortliches Kapital		
Reserve-Kapital:		
a) Reserve-Konto, Saldo am 1. Januar 1910 M. 10,825,000.—		
Zugang Emissions-Agio ./. Unkosten „ 2,080,721.84		
„ vom Gewinn- und Verlust-Konto „ 19,278.16		
M. 12,925,000.—		
b) Konto-Korrent-Reserve-Konto „ 1,175,000.—	14,100,000	—
Kreditoren	59,981,694	11
Depositen		
auf 6 Monate Kündigung und länger M. 40,163,415.62		
auf 3 Monate Kündigung „ 5,230,065.95		
auf kürzere Frist „ 6,336,345.24	51,729,826	81
	62,128,136	14
Akzepten-Konto		
Aval-Konto M. 20,304,811.43	5,360	—
Aktien-Dividende-Konto 1906/1909	4,875,000	—
Aktien-Dividende-Konto 1910	270,760	83
Gewinn- und Verlust-Konto 1911	268,090,777	89

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1910.

Debet.	M.	₰
Verwaltungskosten-Konto		
Verwaltungskosten M. 2,057,350.06		
Tantième an persönlich haftende Gesellschafter, Direktoren, Filialleiter und Beamte „ 412,259.54	2,4 9,609	60
Steuer-Konto und öffentliche Lasten		
Steuern M. 687,512.98		
öffentliche Lasten „ 113,242.90	800,755	88
Abschreibung		
auf zweifelhafte Forderungen M. 600,000.—		
auf Immobilien, Mobilien und Utensilien „ 148,430.76	748,430	76
Reingewinn	5,376,938	79
Hiervon:		
Dividende:		
6½% auf M. 75,000,000.— M. 4,875,000.—		
Tantième an den Aufsichtsrat „ 211,809.80		
Ueberweisung auf Reserve-Konto „ 19,278.16		
Gewinn- und Verlust-Konto 1911		
Vortrag auf neue Rechnung „ 270,760.83		
	5,376,938.79	
	9,395,735	3

Kredit.	M.	₰
Vortrag aus 1909	287,699	98
Provisions-Konto	3,637,308	76
Zinsen-Konto einschliesslich des Ergebnisses der Wechsel-Arbitrage	5,159,994	6
Gewinn auf Effekten u. Konsortialbeteiligungen	310,731	69
	9,395,735	03

In der heutigen Generalversammlung wurde die sofort zahlbare Dividende auf 6½% festgesetzt. Es erhalten demnach die
Aktien à M. 600.- . . . . . M. 39.- (Coupon No. 44)
„ à „ 1200.- . . . . . „ 78.- (Coupon „ 16)
Die Dividende ist zahlbar
in **Barmen** an unserer Kasse, ausserdem bei unseren Filialen in **Bielefeld, Bonn, Cöln, Crefeld, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, M.-Gladbach, Hagen, Hamm, Iserlohn, Lennep, Lüdenscheid, Ohligs, Osnabrück, Remscheid, Rheydt, Soest, Solingen** und **Wermelskirchen**, ferner bei unseren Depositenkassen in **Hohenlimburg** und **Verdingen**,
„ **Berlin** bei der **Direction der Diskonto-Gesellschaft**, der **Bank für Handel und Industrie**, der **Commerz- und Disconto-Bank**, der **Dresdener Bank** und den Herren **Delbrück, Schickler & Co.**
„ **Aachen** bei der **Rhein.-Westfälischen Diskonto-Gesellschaft**,
„ **Dresden** bei der **Mitteldeutschen Privatbank**,
„ **Elberfeld** bei Herrn **J. Wichelhaus P. Sohn**,
„ **Essen** bei dem **Bankhause Simon Hirschland**,
„ **Frankfurt a. M.** bei der **Direction der Diskonto-Gesellschaft** und der **Filiale der Bank für Handel und Industrie**,
„ **Hamburg** bei der **Commerz- und Diskonto-Bank**,
„ **Ludwigshaven a. Rh.** bei der **Pfälzischen Bank**,
„ **Magdeburg** bei der **Mitteldeutschen Privatbank** und dem **Magdeburger Bank-Verein**,
„ **Stuttgart** bei der **Württembergischen Bankanstalt** vormals **Pfaum & Co.**

An genannten Stellen können Geschäftsberichte pro 1910 in Empfang genommen werden.

In den Aufsichtsrat unserer Gesellschaft ist Herr Oberbürgermeister a. D. **Wilhelm Marx, Düsseldorf** eingetreten.

Barmen, den 20. März 1911.

Die persönlich haftenden Gesellschafter:
L. Arlont. Th. Hinsberg, C. Heinz. M. von Reppard.

Fabrikgrundstücks-Verkauf.

Die früher Luhn'sche Besitzung in Haspe, Berlinerstr. 66, **für jede Fabrikation und Geschäftszwecke geeignet** (2000 qm bebauungsfähige Fläche) **ist mit Wohnhaus** von 9 Zimmern, **700** qm grossen, zu ebener Erde gelegenen massiven **Fabrikräumen** und **80** qm **Schuppen**, evtl. einschließl. der maschinellen Einrichtung für Metallwarenfabrikation per sofort **sehr preiswert zu verkaufen** oder zu vermieten.

Ernst v. Metzsch, Hagen i. W., Neumarktstraße.

Eingang von

Frühjahrs-Neuheiten

HÜTE : BLUSEN

Sophie Neugarten nachf. Hagen

Elberfelderstrasse.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in der Gemarkung Hagen belegenen, im Grundbuche von Hagen Band 37 Blatt 29 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Wirts **Fritz Vorländer** zu **Hagen** eingetragenen Grundstücke

Flur 48 Nr. 266/81, Wohnhaus mit Anbau und Hofraum, Körnerstraße 32, groß 3 a 51 qm Nutzungswert 4500 Mk.
Flur 48 zu 272/3, Straße, Körnerstraße, groß 36 qm

am 12. Mai 1911, vormittags 10½ Uhr

durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 31 versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. Oktober 1910 in das Grundbuch eingetragen.

Hagen i. W., den 13. März 1911.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Wegeordnung für die Grafschaft Mark werden die Besitzer der an öffentlichen Wegen des äußeren Stadtgebietes grenzenden Grundstücke aufgefordert, bis zum 1. April d. J. die ihren Grundstücken entlang führenden Rinnen und Gräben aufzuräumen und zu reinigen.

Diejenigen Grundbesitzer, welche dieser Aufforderung innerhalb der gestellten Frist nicht nachkommen, haben zu gewärtigen, daß die Ausführung der erforderlichen Arbeiten seitens der Polizeiverwaltung auf ihre Kosten bewirkt wird

Hagen, den 20. März 1911.

Die Polizei-Verwaltung. J. V.: Roemer.

Bekanntmachung.

Für den städtischen Fuhrpark sollen 40000 kg Hafer beschafft werden.

Die Bedingungen können gegen Erstattung etwaiger Portoauslagen vom städtischen Reinigungsamt — Fuhrparkstraße 15 — unentgeltlich bezogen werden.

Bemusterte Angebote sind bis zum 27. d. Mts., abends 6 Uhr im Bureau des Reinigungsamtes abzugeben.

Hagen, den 20. März 1911.

Der Oberbürgermeister. J. V.: Roemer.

An- und Verkäufe!

Eine gebrauchte guterhaltene
Kegelbahn
zu kaufen gesucht.
Off. u. Nr. 4587 an die Filial-Exped. **Harke & Hemmer** Haspe.

Die Besitzung
Hochstraße 43 mit Hinterhaus und großem Garten (ca. 1200 qm groß) nahe dem Oberhagener Bahnhof **ist preiswert zu verkaufen.** 4648
Nähere Auskunft daselbst oder Jägerstraße 30a

Glasierte Steinzeug-Tonröhren
Ia. Beckumer Drehofen
Portland-Cement
(außer Syndikat)
zu äußerst günstigen Bedingungen abzugeben.
Näheres durch die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter Nr. 4516.

2 Vogelkäfige billig zu verkaufen.
Hagen, Langestr. 67, III. l.

4 HP. Benzinmotor
liegd., gebr., zu kaufen gesucht.
Angebote unter Angabe des Fabrikats, Zündung, Tourenzahl und Preisangabe erbitten
Gebr. Bernighaus, Rüggeberg i. W.

Gutes Wiesenheu
billig zu verkaufen. 4619
P. Paul, Siepen bei Boerde.

Wohnungs-Anzeigen!

Die I. Etage
meines Wohnhauses bestehend aus 6 Zimmern, Küche, 2 Mansarden, 2 Keller, elektr. Licht, ist per 1. Mai für 800 Mk. zu verm.
E. Wohrizek, Hagen
Hochstraße 42.

Herrschaftliche Wohnung i. d. Nähe des Bahnhofs, bestehend aus 7 Zimmern, Küche, Badezimmer u. Zubehör in bestem Zustande, sofort od. später zu verm. Zu erfr. bei **Dr. med. Ketteler,** Hagen, Haldenstraße 11.

3 Zimmer-Wohnung
i. Mittelp. d. Stadt, 1 gr. Zimmer nach d. Straße u. 2 Mansarden mit allen Bequemlichk. z. verm. Wo, sagt die Exped. u. Nr. 4503

Ende.
Zum 1. April cr. habe ich in Kirchende Nr. 194 noch einige schöne Wohnungen im Bleiche pp. z. verm.
Gust. Thiemann, Ende.

Herdecke.
Schöne, abgeschlossene
4 Zimmer-Wohnung
mit gr. Bodenzimmer, Keller, Waschküche u. Trockenboden per 1. Juli zu vermieten.
Näh. Könenstraße 19.

2 anständige Leute erhalten volle **Pension.** 4664
Hagen, Iserlohnerstraße 48.

Auswärtige Naturheilkundige sucht für hiesige Stadt geeignete
Frau oder Fräulein als
Vertreterin.
Besondere Kenntnisse nicht nötig. Unkosten für Reklame usw. trage ich. Bare Sicherheit von 250 Mk. muß geleistet werden.
Offerten unter Postlagerkarte **17 Düsseldorf** erbeten.

In meinem Hause Elberfelderstr. 30 ist die herrschaftl.
II. Etage
bestehend aus 7 Räumen — einschl. Küche — sowie Badezimmer, reichlichem Zubehör u. Mitbenutzung des Gartens per sofort oder später nach vollständ. Renovierung anderweitig zu vermieten.
Offerten erbeten an
L. Sonderhoff
Dortmund, Märkischestr. 54.

Schönes, helles 4488
Frontzimmer
(unmöbliert) zu vermieten.
Hagen, Bachstraße 36, 1. Etg.

Möbl. Zimmer mit oder ohne Pension zu vermieten.
Restaurant Mausefalle
Leo Kreiskämper, Hagen
Hochstraße 94.

Offene Stellen!

Feuerversicherung.
Alte deutsche Feuerversicherungs-Gesellschaft sucht rührigen Platzvertreter oder stillen Vermittler.
Angebote u. **T. 1086** bef. **Jak. Bowinckel, Elberfeld.**

Agent ges. z. Verk. v. Zigarr. a. eine alt. Vergütg. ev. 250 M pr. Mon. **O. Jürgensen & Co., Hamburg** 22.

Von einer größeren Tempergießerei Westfalens wird per sofort ein tüchtiger, energischer
Tempermeister
zur Beaufsichtigung der gesamt. Temperei bei hohem Lohn ges. Offerten m. Zeugnisabschriften unter Nr. 4519 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Tücht. Schlosser
für Eisenkonstruktion und Blecharbeiten sucht 4520
Maschinenfabrik Baum Akt.-Ges.
Herne i. Westf.

Einige
Mustermacher
(f. Formmaschinen) find. dauernde Beschäftigung.
Offerten unter Nr. 4647 a. d. Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Junger Mann
per 1. Juli gesucht, welcher mit dem Kommissions-, Versand-, Rechnungs- und Krankenkassenwesen vertraut ist.
Gefl. Angebote sind unter E. J. 4602 an die Exp. dieses Blattes zu richten.

2 Kock- und 1 Hosenschneider
nach Tarif 1 sucht
C. G. A. Tamaschke, Hagen, Körnerstraße 9.

Ein junger, tüchtiger
Schneider-Gehülfe
auf sofort oder in 14 Tagen gesucht von
Aug. Niggemann,
Brügge i. Westf.

Per sofort
2 Schneidergehülfen
gegen Stücklohn gesucht.
Wilh. Ackermann, Hörde Stift.

Tüchtig. Schneidergeselle
sofort gesucht. 4665
Aug. Völling, Haspe
Oeubingstraße 29.

Offene Stellen aller Berufe enthält stets die Zeitung: **Deutsche Vakanzen-Post, Eßlingen 7.** 101a

Ein tüchtiger 4466
Bolzenpresser
für Vincentpresse, sowie mehrere jugendliche
Arbeiter u. Arbeiterinnen
gesucht.
Ernst Asbeck & Co.,
Schrauben- und Schraubstollen-Fabrik, **Altenvoerde.**

Aushülfskellner
für Sonntagnachmittags gesucht.
„Waldlust" Hagen i. W.

Messingdrahtzieherei
in der Nähe von Hagen sucht einen gewandten, jüngeren
Mann
für Packstube u. Versandt sowie zum Beizen von Feindrähten.
Angebote u. Nr. 4661 an die Exped. d. Ztg. in Hagen.

Fräulein
oder
jung. Mann
mit schöner Handschr. für leichte Büro-Arbeit gesucht.
Selbstgeschr. Off. unter B. 100 a. d. Exp. d. Ztg. in Hagen erbeten.

Zu Ende April wird ein
Mädchen
mit guten Zeugnissen für Küche und Hausarbeit nach auswärts gesucht. Meldungen bei
Frau Hugo Schmitz, Hagen
Hochstraße 111.

In kinderl. kl. Haushalt wird sof od. 1. April jüng. ordtl. u. evgl.
Mädchen gesucht.
Annen i. W., Bismarckstr. 46.

Wer
etwas zu kaufen, zu verkaufen, zu mieten, zu vermieten, wer Personal, Vertreter, Beteiligung, Stellung usw.
sucht
und sich zu diesem Zwecke der Annonce bedienen will, wendet sich mit Vorteil an unsere Annoncen-Expedition. Er
findet
hier eine streng sachliche Beratung über die für seinen Zweck geeignetsten Blätter, über richtige Abfassung und auffällige Ausstattung seiner Anzeige und erzielt außerdem eine Ersparnis an Kosten, Zeit u. Arbeit schon beim kleinsten Auftrag.
Annoncen-Expedition
Rudolf Mosse
Köln a. Rh.
Hohestraße 84

Gebildetes, bess.
Mädchen
kath., perfekt im Schneidern und Bügeln, sucht Stelle als einf. **Kinderfraulein.**
Gefl. Off. erbitte unter **E. F., Andernach** a. Rh., Güntherstr. 30.

Junges braves
Mädchen
zum 1. April für kleinen Haushalt **nach Hagen gesucht.** Anfangslohn 15 Mark.
Frau Regierungsbaumeister Seiffert, Köln, Mainzerstraße 10.

Properes junges
Mädchen
für Hausarbeit gegen hoh. Lohn zum 18. April gesucht.
O. Wülfing, Elberfeld, Kipdorf 83.

Ein in allen häusl. Arbeiten erfahrenes
Mädchen
wird für kl. Privat-Haushalt nach Essen für 1. April oder später gesucht.
Näheres, Haspe, Boerderstr. 51.

Tücht. Kostümbüglerinnen
bei hohem Lohn per sofort oder später gesucht.
Chemische Waschanstalt Herm. Engel, Ww.
Hagen, Frankfurterstr. 58.

Ordentliches Mädchen
zum 1. Mai gesucht.
Näheres **Hagen,** Körnerstraße Nr. 9, 1. Etage. 4625

Tüchtiges fleißiges
Dienstmädchen
per sofort gesucht.
Frau Fritz Trost jr.
Gevelsberg, Juliushöh.

Suche für meinen kinderlosen Haushalt ein brav. älteres **Mädchen.**
Frau H. Wörenkämper, Hagen
Kampstraße 15.

Notiz für Offerten-Einsender!

Ueber Auftraggeber von Anzeigen, welche die Einreichung von Angeboten unter einer bestimmten Nummervorschreiben, wird keine Auskunft erteilt. Den Angeboten dürfen Zeugnisse oder sonstige für den Besitzer wertvolle Ausweispapiere niemals im Original sondern nur in Abschrift beigefügt werden. Für die Wiedererlangung von beigefügten Papieren können wir keine Garantie übernehmen. Die Angebote sind auf der Adressenseite mit der Nummer der betreffenden Anzeige zu versehen und werden von uns uneröffnet an den Auftraggeber weitergesandt. Angebote von gewerbsmäßigen Vermittlern werd. von der Weiterbeförderung — ausgeschlossen. —

Kaiser's Malz-Kaffee unübertroffen **das Pfund nur 25 Pfg.**

Zu haben in allen Filialen und Niederlagen von

Kaiser's Kaffee-Geschäft, G. m. b. H.

Europas grösster Kaffee-Rösterei-Betrieb.

Westdeutscher Bankverein A.-G.

Hagen i. W. — Homberg (Niederrh.) — Wetter-Ruhr

Aktien-Kapital Mk. 3000000.00

Zinsfuss für Einlagen bis 4½ %

Bänder, Spitzen Tüll-

stoffe, Tülleinsätze, Feston, Festonstoffe, Futter, Seiden- und Samtstoffe, Kurzwaren aller Art

kaufen Sie enorm billig. — Preise weit unter Preis in unserem Spezialgeschäft

Elberfelder Spitzenlager, Hagen,

Bahnhofstrasse, Ecke Südstrasse.

Billig! Billig!

Paderborner Brot.

Gutes kräftiges Paderborner Brot zu 1.25 Mk., 1.05 Mk. und 0.85 Mk., desgleichen Westf. Bauernstuten, hochfein, das Stück zu Mk. 1.—, versendet bei Abnahme von 4 Stück franko per Eilgut unter Nachnahme die

Paderborner Brotfabrik

von

Johann Hake, Ilysprunge b. Salzkotten

Fernruf Nr. 13.

Für Wiederverkäufer billigste Bezugsquelle. Bei Bestellungen erbitte genaue Adresse und Bahnstation. 469

Herzogl. Baugewerkschule Holzminden

Errichtet 1831 Hochbau Verpflegungs-Anstalt Tiefbau L. Haarmann Direktor

Sommerunterricht 3. April. Reifeprüfung. Winterunterricht 16. Oktober.

Gleichberechtigt den Königl. Preuß. Baugewerkschulen.

Nachdruck verboten!

Einladung zum

Frei-Konzert!

Hierdurch laden wir Sie zu einem in Ihrer Wohnung zu veranstaltenden Frei-Konzert, wie Sie es wahrscheinlich noch nicht gehört haben, ergebenst ein.

Die Veranstaltung erfolgt **völlig kostenlos** in der Absicht, Sie zu einem Abonnement auf diese Konzerte zu veranlassen, falls das 5tägige Probe-Freikonzert Ihnen und Ihren Angehörigen Freude bereitet hat.

Wir wollen Ihnen zu diesem Zwecke — zunächst völlig kostenlos auf 5 Tage — einen Spezial-Luxus-Sprechapparat mit echter Pathé-Schalldose und 20 ausgewählte Pathé-Stücke liefern. Apparat und Platten können Sie 5 Tage lang spielen lassen und probieren so oft und so viel Sie wollen.

Wir sind sicher, daß Sie von dem hervorragend schönen Apparat, sowie von der durch ihre Unabnutzbarkeit einzig dastehenden, ohne Nadelwechsel spielbaren Pathé-Platten entzückt sein werden. Aber auch das Repertoir unserer Pathé-Platten ist unübertrefflich: Da gibt es die neuesten

Opern. Operetten. Märsche. Walzer

und andere Tänze, Ouverturen und Potpourris, alle nur möglichen Instrumentalsoli, wie Flügelhorn, Klarinette, Xylophon etc., ernste und lustige Orchesterstücke, Jodler und Duette, humoristische Vorträge und Couplets, und alles von größten Künstlern gesungen und gespielt.

Haben Sie sich nun nach 5 tägiger **Probe** entschlossen, unsere Sendung käuflich zu erwerben, so haben Sie für Apparat und Platten nur einen Betrag von 3.— Mark monatlich an uns zu zahlen. Der Apparat kostet einschließlich der echten Pathé-Schalldose nur 45.— Mark, während wir die Platten zum Original-Fabrikpreis von 3.— Mark pro Doppelplatte (also für 2 Stücke) **ohne einen Pfennig Aufschlag** in Rechnung stellen.

Weitere Platten können Sie in einem von uns geschaffenen, ebenfalls nur ganz geringe Monatszahlungen erfordernden Abonnement in beliebigen Mengen nachbeziehen.

Zahllose Anerkennungen und viele Tausend dankbarer Kunden sind der beste Beweis für die Reellität unserer Offerte. — So schreibt man uns zum Beispiel:

„Besten Dank für den Pathé-Apparat. **Derselbe spielt wunderbar u. übertrifft betreffend Klangschönheit alles Dagewesene.** Ich bin stolz auf den betreffenden Apparat."

„Die mir gelieferte Pathé-Sendung übertrifft bei weitem meine Erwartung, und kann ich diese **jedem aufs wärmste empfehlen.**"

„**Ich gestehe gern, daß Sie etwas bieten, was wohl kein Konkurrent imstande sein wird, Ihnen nachzutun.**

Machen Sie also einen Versuch, der Sie nichts kostet, und benützen Sie den unten eingedruckten Bestellschein. Sie erhalten dann schnellstens unsere Sendung, die sie bei Nichtgefallen an uns zurückgehen lassen können.

Sie haben also nicht das geringste Risiko!

Bial & Freund in Breslau II.

Postfach 434/5.

Gefälligst ausschneiden **Bestellschein 434|5** u. im Kuvert einsenden!

Hierdurch ersuche ich die Firma **Bial & Freund** in **Breslau II.** mir den angebotenen

Luxus-Sprechapparat mit echter Pathé-Schalldose u. 20 Stücke auf doppelseitig bespielten Pathé-Platten ohne Anzahlung, ohne Nachnahme, ohne Emballagerechnung, **insbesondere ohne jed. Kaufverpflichtung** zuzusenden. Ich verpflichte mich, diese Sendung, falls ich Sie nicht zu behalten wünsche, innerhalb 5 Tagen, vom Tage des Empfanges an gerechnet, franko zurückzusenden, andernfalls behalte ich sie und zahle unter Anerkennung des Eigentumsrechtes, vom Ablauf der Probezeit beginnend, monatlich **3 Mark**, bis der Wert des Apparates von 45 Mark und der 10 Doppelplatten à 3 Mark beglichen ist. — Erfüllungsort ist Breslau.

Ort und Datum: Vor-, Zuname und Beruf:

Haben Sie Schuppen, Haarausfall und Kopfjucken?

dann gebrauchen Sie nur

Schmalenbach-Haarwasser

Bestes Haarpflegemittel.

Seit 1865 in den feinsten Familien eingeführt.

Zu haben mit und ohne Fett:

½ Flasche Mk. 1.35 1/1 Flasche Mk. 2.25

bei Drogerie **F. Brinker,** Altenhagen

bei **Adler-Drogerie,** Elberfelderstrasse 71,

Ad. Acquistapace, Mittelstr., Friseur **Herm. Müller,** Kölnerstrasse 27, und beim alleinigen Fabrikanten

Ernst Schmalenbach,

Hagen i. Westf., Kampstrasse Nr. 7.

Sanella

Der Namenszug des Erfinders Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Oscar Liebreich in blauer Schrift ist das Kennzeichen jeder Originalpackung der einzig dastehenden Mandelmilch-Pflanzen-Margarine „SANELLA", welche unter dem Schutze des D.R.P. Nr. 100922 allein von uns hergestellt wird

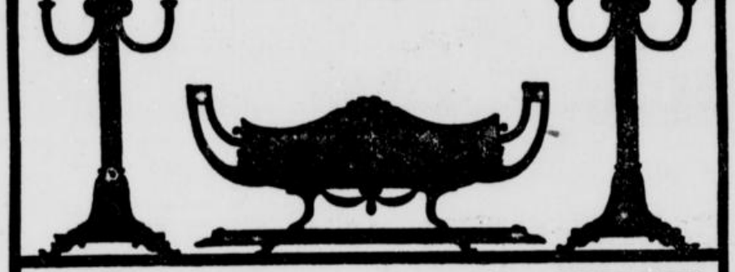
Liebreich

In einschlägigen Geschäften erhältlich.

SANA-Gesellschaft m.b.H., Cleve.



WÜRTTEMBERGISCHE METALLWARENFABRIK GEISLINGEN-ST.



WMF Schutzmarke

Versilberte und vergoldete Gebrauchs- und Luxusartikel

Preislisten durch sämtliche Verkaufsstellen kostenlos

WMF G Schutzmarke

Drucksachen jeder Art liefert billigst **Westf. Verlagsanstalt.**



Zerkleinertes Brennholz . per Ztr. 2.00 Mk.

Wir liefern von heute ab:

Union-Brikets 1–9 Ztr. . . per Ztr. 85 Pfg.

„ „ 10–29 Ztr. . . per Ztr. 80 Pfg.

„ „ 30 Ztr. u. mehr per Ztr. 75 Pfg.

Union-Brikett-Handlg.

Telefon 2236. G. m. b. H. Telefon 2236.

W. B.

Senden Sie mir 2 Dosen Ihrer Rino-Salbe, da ich sie für niemand notwendig brauche, sie wirkte bei allen, bei denen ich sie gegen Beinleiden oder Hautausschläge anwendete, vorzüglich, sie ist mir unentbehrlich.

In aller Hochachtung

Schwester Salem.

L., Waisenhaus den 11./2 08.

Diese Rino-Salbe wird mit Erfolg gegen Beinleiden, Flechten und Hautleiden angewandt und ist in Dosen à Mk. 1.15 und Mk. 2.25 in den Apotheken vorrätig; aber nur echt in Originalpackung grün-weiß-rot und Firma Schubert & Co., Weinböhla-Dresden. Fälschungen weise man zurück.

Wachs, Naphtalan je 15, Walrat 20, Benzoe-, Venet. Terp., Kampferspir. je 5, Perubals. je 6, Eigelb 30, Chrysar. 3,5

Reelles Bankgeschäft giebt

Darlehn

auf Hausstand etc.

Näheres durch

August Eickhoff, Hagen i. W. Gartenstraße 2.



Das Glück in der Liebe.

Wie man Liebe erweckt u. erhält. Damen gegenüber imponierend u. siegreich auftritt, lehrt Ihnen das berühmte Buch: **Geheime Liebesmächte.** Preis des interessanten Buches M. 2,20.

Richard Rudolph, Dresden 10/332

Prospekte gratis. Sachsenallee 9.

Paulsens Juli, Mag. bon., Uptodate, Pflanz- und

Speisekartoffeln

kräuselfrei, empfiehlt billigst

G. A. Ischebeck

Altenvverde i. W.

Verein deutscher Ingenieure.

Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr in einem Saale der **Gesellschaft „Concordia"**, hierselbst:

Vortrag

des Herrn Ingenieur **Fr. Hülle,** Kgl. Oberlehrer aus Dortmund über:

Elektrische Stahlerzeugung

unter Vorführung von **Lichtbildern.**

Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

Urania-Theater

Heute

Abgründe!

Vorführung Punkt 7, 8½ und 10 Uhr.

Um 8½ Uhr wird voraussichtlich der Besuch am regsten sein.

Billets können im Voraus gelöst werden.

— Dauer der Vorführung 1 Stunde. —

XVI. Philharmonisches Konzert

Mittwoch, den 22. März 1911.

Leitung: Städtischer Kapellmeister Hans Pelz.

1. Marche heroique, Saint-Saëns. 2. Ouverture „Donna Diana", Reznicek. 3a. Romanze, b. Valse triste, Sibelius. 4. „Ultava" Smetana. 5. Ouverture „Die verkaufte Braut" Smetana. 6. Meditation a. d. Op. „Thais", Massenet, Violin-Solo, Herr Konzertmeister Schoenmaker. 7. „Valse Caprice" Rubinstein. 8. „Rhapsodie" Lalo.

Eintritt: 10 Karten (übertragbar) 3 Mk. Einzelkarte 40 Pfg.

Hervorragende Auswahl in allen Artikeln

zum bevorstehenden

Hausputz

finden Sie in der

Central-Drogerie Paul Kaufmann

4 Mittelstr. 4.

Städt. Schauspielhaus

Dienstag, d. 21. März, 7—11½

25. Vorstell. im Abonnement Rot

Tristan und Isolde

Oper i. 3 Akten von Rich. Wagner

Tristan: Herr Balder vom Stadttheater in Aachen.

Isolde: Frau Pester-Prosky vom Opernhaus in Köln.

Von heute ab halte ich meine

Sprechstunden

wie gewöhnlich

morgens von 9—12 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr ab.

Dr. Wildfang,

Spezialarzt für Hautkranke.

Behandlung von Frauen-Leiden

nach Thure Brandt

nur

Zander-Institut

Elberfelderstr. 34. Gegr. 1901.

Zur Konfirmation empfehle

Gesangbücher

Gebetbücher, Bibeln u. Testamente, Bilder und Karten f. Konfirmanden in bekannt schöner Auswahl zu den billigsten Preisen

Ludwig Gräwe, Eilpe

Riegestrasse 32.

Dachsbracke

gelb, weiß. Brustfleck u. Pfoten, auf den Namen „Lustig" hörend, abhanden gekommen. Wiederbringer erhält Belohnung.

Walkenhorst

Ostende bei Oerdecke.

In unserem kl. Pensionat für junge Mädchen wieder

2 Plätze frei.

Familienleben. Villa am Walde. Nähe Großstadt.

Frl. Lemcke,

Bredeney, Bezirk Düsseldorf.

Westfälisches Tageblatt

General-Anzeiger für Hagen und Umgegend

Hagener Generalanzeiger

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 60 Pfennig frei ins Haus, mit „Hagener Bunte Blätter" 10 Pfennig mehr. Durch die Post bezogen mit Bunte Blätter Mark 2,10, ohne Bunte Blätter Mark 1,80 für das Vierteljahr ausschließlich Postbestellgeld.

Amtliches Kreisblatt für den Stadt- und Landkreis Hagen
Unabhängige Zeitung für nationale Politik

Tägliche Beilage: Unterhaltungsblatt Feierstunden. Wöchentliche Beilagen: Hagener Bunte Blätter. Für unsere Frauen. Für unsere Kleinen.

Rotationsdruck und Verlag: Westfälische Verlagsanstalt Decker & Co., Hagen i. W., Goldbergstr. 17–21. Redaktion: Fernsprecher Nr. 126, Expedition: Fernsprecher Nr. 120. Telegr.-Adr.: Tageblatt Hagenwestf.

Hagener Generalanzeiger

Anzeigenpreis für die Nebengespaltene Zeile 20 Pfg. im Wohnungs- und Arbeitsmarkt 15 Pfg. Textzeile im Reklameteile 50 Pfg. Beilagengebühr 5 Mk. für 1000 Stück. Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif, jeder Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn nicht binnen Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nummer 68 — Dienstag, den 21. März 1911 — 47 Jahrgang

Drittes Blatt.

Abgeordnetenhaus.

Stimmungsbild.

— Berlin, 20. März.

Lotterieverwaltung, Generalordenskommission, Ansiedelungskommission und Bergetat und dazu noch die Vorlage auf Erweiterung des fiskalischen Bergbaues — das ist der Arbeitsplan für die heutige Sitzung. In früheren Jahren wäre eine solche Tagesordnung überhaupt nicht ernstlich in Betracht gekommen. Aber das Haus ist redlich bemüht, den Etat bis zum kommenden Samstag fertigzustellen, und die Not der Geschäftslage macht erfinderisch. Wohl brachte der Sozialdemokrat Liebknecht beim Etat der Generalordenskommission eine einstündige Rede an, dann aber kamen zwei einschneidende Beschlüsse: der Etat der Ansiedelungskommission wird ohne Erörterung verabschiedet — diese wird bei der zu erwartenden Denkschrift nachgeholt —, und beim Haushalt der Bergverwaltung werden die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben der Verwaltung sowie die Verhältnisse der Beamten und Arbeiter ausgeschaltet, soweit sie nicht unmittelbar mit dem Etat in Verbindung stehen. Wohl niemand im Hause hat dem gern zugestimmt; im Gegenteil, von der Rechten bis zur Linken tönten die Klagen, daß bei solchem Geschwindschritt von rechter Etatsberatung kaum noch die Rede sei. Aber der Erfolg im Sinne einer flotten Förderung der Geschäfte war unverkennbar. Redner folgte auf Redner, und als gegen ½5 Uhr die fast schon üblich gewordene Abendsitzung in Sicht kam, waren bereits alle bürgerlichen Fraktionen bis auf die Konservativen, deren Redner sich hatte streichen lassen, zum Wort gekommen. Allerdings lagen auch besonders tiefgreifende Beschwerden diesmal nicht vor.

•

Sitzungsbericht.

53. Sitzung vom 20. März.

Am Ministertisch: Kommissare.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Etat der Lotterieverwaltung.

Abg. v. Ditfurth (kons.) bittet um vermehrte Verwendung von Offizieren a. D. bei den Lotterieeinnehmerstellen.

Ein Regierungskommissar: Die Regierung steht diesen Wünschen wohlwollend gegenüber. Es ist beabsichtigt, mehr Offiziere einzustellen, doch bieten sich hier manche Schwierigkeiten. Wir können den Offizieren natürlich nur solche Kollekturen anbieten, die ein auskömmliches Gehalt sichern. Solche Stellen sind aber nicht immer frei. Wenn Vakanzen bei größeren Einnehmerstellen, die bis dahin von Kaufleuten vermittelt wurden, eintreten, dann werden sie geteilt und womöglich Offizieren übertragen.

Der Etat wird bewilligt.

Generalordenskommission.

Die Kommission beantragt, die für den Neudruck der Ordensliste angeforderte Summe von 47 000 M. nicht zu bewilligen.

Ein Regierungskommissar: Ein Neudruck der Ordensliste ist unumgänglich notwendig. Daher bitten wir, die Summe zu bewilligen.

Abg. Gyßling (Vp.): Durch die Nichtbewilligung dieser Summe wollen wir etwas retardierend auf die vielen Ordensverleihungen wirken. Der Ordensregen ist in den letzten Jahren so reichlich gefallen, daß wir nach den fetten Jahren ganz gut magere ertragen können. (Sehr richtig!)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Manche Leute sind vom Scheitel bis zur Sohle mit Orden bedeckt. Der Hofmarschall Graf Eulenburg besitzt allein 75 Orden. Ich billige nicht die abfälligen Aeußerungen gekrönter Häupter über die Orden, wie etwa die Napoleons: Orden seien Kinderspielzeuge. Der Etat der Generalordenskommission ist ein sichtbarer Ueberschlag über die Tüchtigkeit des deutschen Volkes. „Ad astra!" hat für manchen nur den Sinn: Strebe nach einem Orden. Und in Goethes Faust heißt es von dem Tier: „Hatte Bänder an dem Kleide und auch ein Kreuz daran." Wie das Schild auf der Weinflasche, so stempelt der Orden den „richtigen" Menschen ab. Alle patriotischen Seelen müssen sich empören, daß mit ihrem Heiligsten Schacher getrieben wird. Bei 30 Proz. Volksvermehrung ist der Ordensetat um 130 Proz. gestiegen, also die Tüchtigkeit im deutschen Volke erfreulicherweise um das Vierfache gewachsen. Hoffentlich wird das Haus nicht dem Antrage der Kommission beistimmen, der die Notwendigkeit der Ordensliste verneint. Wir brauchen eine Ordensstatistik, damit wir uns erfreuen können, wenn man an den Wirren der Zeit verzweifeln wollte.

Ein Antrag Gyßling, die Mehrforderung von 80 000 M. für Anschaffung und Unterhaltung der Ordensinsignien nicht zu bewilligen, wird von der Rechten und dem Centrum abgelehnt, der Antrag der Kommission auf Streichung der 47 000 Mark für den Neudruck der Ordensliste angenommen.

Es folgt der

Etat der Ansiedlungskommission.

Die Budgetkommission beantragt, von einer allgemeinen Aussprache gegenwärtig abzusehen, da die angekündigte Denkschrift noch nicht vorliegt.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte stimmt das Haus dem Antrage der Kommission zu. Der Etat wird gegen Polen, Sozialdemokraten und Centrum genehmigt.

Der Bergetat.

Berichterstatter Abg. Hirsch (ntl.) beantragt namens der Kommission, alle Fragen, die nicht direkt mit dem Etat in Zusammenhang stehen, bei der Beratung auszuschließen, wie insbesondere die volkswirtschaftliche und sozialpolitische Aufgabe der Staatsbergwerke, die Anstellungs- und Dienstverhältnisse der Beamten und der Arbeiter.

Abg. Hirsch (Soz.): Dann ist von einer Etatsberatung überhaupt nicht mehr die Rede.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freik.): Wir beklagen diesen üblen Zustand. Der Landtag muß künftig früher einberufen werden.

Abg. Pachnicke (Vp.): So kann es nicht weiter gehen! Es greift eine Eilfertigkeit Platz, die man nicht mehr verantworten kann.

Abg. v. Pappenheim (kons.) beklagt ebenfalls die augenblickliche Geschäftslage, hofft aber, daß diese wichtigen Fragen später noch zur Behandlung kommen werden.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freik.) und Abg. Macco (ntl.) führen die augenblickliche Zwangslage auf die Redelust besonders der Sozialdemokraten zurück.

Abg. Hirsch (Soz.): Herr Hahn hat mehr als eine Sitzung durch ganz überflüssige Wahlreden hier ausgefüllt. (Abg. Hammer: Wir sind 150 und Sie sind 6! — Abg. Hoffmann: Wieviel Wähler haben Sie denn?)

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Abg. Imbusch (Ctr.): Durch Beschluß des Hauses ist leider ein Teil der wichtigsten Fragen ausgeschaltet. Die staatliche Lohnpolitik muß geändert werden. Die Löhne der Arbeiter sind allerdings gestiegen, aber nicht entsprechend der allgemeinen Lebensmittelverteuerung. Die Löhne sind auch zu ungleich. Im Ruhrgebiet sind die Löhne erheblich höher als im Saargebiet. Der Staat hat sich in bezug auf Lohnzahlung nicht von Privaten übertreffen lassen. Die Verschuldung der Bergleute nimmt immer mehr zu. Das ist bedenklich. Zu begrüßen ist, daß die Zahl der Heiraten und Geburten bei den Bergleuten im Saargebiet zugenommen hat. Auch die Bergleute im Oberharz bitten um Lohnerhöhung. Die Bergfeste können nicht mehr mit derselben Harmonie gefeiert werden wie „anno Toback"; daher ist gegen ihre Abschaffung nichts einzuwenden. Die Knappschaftsärzte sollten veranlaßt werden, nicht unterschiedslos auch kranke Familienväter ins Krankenhaus zu schicken. Die Bestechungsprozesse sind sicherlich eine Folge der straffen Disziplin gewesen; übrigens waren an dieser Bestechungsaffäre keine christlich organisierten Arbeiter beteiligt. Keine sklavische Disziplin, sondern mehr

Freiheit für die Bergarbeiter!

Den Sicherheitsmännern sollte ihre Arbeit erleichtert werden. Der Auffassung mancher Beamten, organisierte Arbeiter seien minderwertige Arbeiter, muß entgegengewirkt werden. (Beifall im Centr.)

Abg. Macco (ntl.): Auch wir sind für Lohnerhöhung der Bergarbeiter, aber nicht für einseitige. Wir sind im unklaren über die wichtigsten Fragen des wirtschaftlichen Gedeihens der staatlichen Bergwerke. Ich hoffe, daß die Regierung allen sozialen Schäden vorbeugt, die aus der umfassenden Macht der Bergwerksunternehmer entstehen könnten. Es muß verhütet werden, daß wir amerikanische Verhältnisse bekommen mit ihrer Ausbeutung der Kleinen durch die Großen. (Zustimmung.) Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat wird aber heute niemand mehr missen wollen, auch nicht die kleinen und mittleren Unternehmer. Man betrachtet es als den Fels, um den die ganze wirtschaftliche Bewegung sich gruppiert. Darum sollte die Bergverwaltung alles tun, um das Kohlensyndikat weiter zu erhalten. Auf dem Gebiete des Kalibergbaues macht sich eine Ueberspekulation geltend, die entschieden zu mißbilligen ist. 94 neue Kalibergwerke stehen im Begriff, neue Felder auszubeuten. Ob der Absatz des Kali in der Weise zunehmen wird, ist doch sehr die Frage. (Sehr richtig!)

Abg. Spinzig (freik.) macht etatstechnische Bedenken gegen die Aufstellung des Bergetats geltend. Man sollte die ganzen Bergwerke nicht als ein großes Unternehmen betrachten. Die Bergverwaltung sollte uns einmal einen genauen Bauplan für die nächsten zehn Jahre vorlegen mit all den Bauten, die sie in jedem Jahre beabsichtigt. Die sozialpolitischen Lasten im Bergbau sind außerordentlich gestiegen. Trotzdem ist die Sozialdemokratie nicht zufrieden. Sie stachelt nur immer die Arbeiter zu Mehrforderungen auf. Der Redner fordert Lohnerhöhung für die Bergarbeiter im Oberharz. Die Beamten sollten dafür sorgen, daß überall ein gutes Verhältnis zwischen ihnen und den Arbeitern eintritt. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Ehlers (Vp.): Das Centrum hat in der Kommission anerkannt, daß die Lebensverhältnisse der Bergarbeiter durch die Finanzreform verteuert seien. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Im übrigen will ich mich über die Bergwerksbetriebe erst äußern, wenn die Frage der Erträgnisse auf der Tagesordnung stehen wird. Hoffentlich findet die Kürze meiner Rede Nachahmung. (Beifall.)

Minister Dr. Sydow: Solange die Absatzverhältnisse und die Einnahmeverhältnisse bei den staatlichen Bergwerken nicht besser werden, bin ich nicht in der Lage, die Löhne zu erhöhen, zumal mir von allen Seiten der Vorwurf gemacht wird, daß die Bergwerke sich zu wenig rentieren. Wir sind auch gezwungen, eine Reihe unlohnender Hütten einzuziehen. Für die Arbeiter an diesen Hütten wird gesorgt werden.

Abg. Korfanty (Pole) beschwert sich über schlechte Bergarbeiterlöhne in Oberschlesien. Auch die sanitären Einrichtungen der dortigen Bergwerke lassen sehr viel zu wünschen übrig.

Das Haus vertagt sich auf ½8 Uhr.

Schluß nach 5½ Uhr.

•

Deutscher Reichstag.

Stimmungsbild.

— Berlin, 20. März.

Beim Kapitel „Reichsversicherungsamt" war am Samstag nach siebenstündiger Verhandlung die Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern infolge der geringen Anteilnahme des Hauses ins Stocken geraten, ohne daß eigentlich ein Hemmungspunkt vorgelegen hätte. Die Fortsetzung der Debatte bei dem erwähnten Artikel begann daher heute auch ohne jede Bedeutsamkeit, und der folgende Titel: Kanzlamt konnte zu einem lebhafteren Gedankenaustausch auch keinen Anlaß geben. Der Sozialdemokrat Severing beklagte das Ueberhandnehmen italienischer Arbeiter bei deutschen Kanalbauten, der konservative Dr. Hahn das Ueberhandnehmen ausländischer Fahrzeuge auf deutschen Binnengewässern. Beim Titel „Aufsichtsamt für Privatversicherungen" macht man dann die Presse zum Gegenstand einer längeren Auseinandersetzung. Das Centrum ließ nämlich durch zwei Redner, die Abgg. Dr. Marcour und Giesberts, eine Resolution vertreten, die ein Verbot jeglicher Abonnentenversicherung von Zeitung und Versicherung auf die Nachteile hin, die dem Ansehen der Presse, in Deutschland sonst so wohl verankert, aus einem derartigen Versicherungsgeschäft erwachsen müßten. Nationalliberale und Volkspartei hielten jedoch im Verein mit der Regierung die Mißstände bei den Abonnentenversicherungen nicht für erheblich. Die Beratung darüber verlief trotz schließlicher Annahme der Resolutionen gegen diesen Versicherungsauswuchs keineswegs günstig, zumal die Regierung sich auf Kundgebungen der Gegner dieser Versicherung stützen konnte, die aus geschäftlichen Gründen direkt dafür ins Gewicht fielen. Den Schluß der Sitzung bildete eine lange Reihe von Wünschen über alles Mögliche und Unmögliche, so daß vom Etat heute nur noch die viel umstrittene Kali-Propagandageschichte übrig blieb.

•

Sitzungsbericht.

152. Sitzung vom 20. März.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück, Richter, Caspar.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min.

Der Etat des Reichsamts des Innern.

(Achter Tag.)

Die Einzelberatung wird beim Reichsversicherungsamt fortgesetzt.

Abg. Eickhoff (Vp.) wünscht eine Klärung der Stellung der Hausgewerbetreibenden zu der Invalidenversicherung unter besonderer Beziehung auf die Solinger Stahlindustrie.

Abg. Hanssen (Däne) wendet sich gegen die Ausweisungspraxis, die gegenüber rentenberechtigten Ausländern geübt wurde. Es ist eine einfache Anstandspflicht, daß man den Leuten die Renten beläßt.

Abg. Sachse (Soz.) fragt an, zu welchem Zinsfuße die Gelder der Versicherungsanstalten verliehen werden, und nach welchen Grundsätzen die Höhe des Zinsfußes bestimmt wird. Wie kommt es, daß auch der Beamtenbauverein des reichen Fürsten Pleß billiges Geld bekommen hat?

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Die Beschwerden des Herrn Eickhoff werden wir prüfen. Bei der Reichsversicherungsordnung ist in Aussicht genommen, daß nur die Ausländer die Rente verlieren sollen, die durch ein Strafverfahren gezwungen werden, das Inland zu verlassen. Es würde zu weit führen, über die Anlage der Gelder in den Berichten der Versicherungsanstalten Angaben zu machen.

Beim Kanalamt bringt

Abg. Severing (Soz.) Arbeiterwünsche vor. Der Redner bedauert die Einstellung italienischer Arbeiter bei den Arbeiten beim Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. von Jonquieres: 70 Proz. der Arbeiter sind Deutsche, die übrigen Italiener und Polen. Wir stellen sie aber nicht gern ein, nur weil wir keine deutschen Arbeiter haben.

Abg. Dr. Hahn (kons.): In Deutschland wird eine Million ausländischer Arbeiter beschäftigt, aber es ist besser, fremde Arbeiter einzustellen als die Betriebe stillzulegen. Der Redner empfiehlt eine Resolution, die sich gegen die Konkurrenz der fremden Flagge in unserer Binnenschiffahrt richtet. Wenn es nicht möglich ist, den deutschen Schiffern die Küstenschiffahrt völlig zu reservieren, so sollten wenigstens alle von der Regierung zu vergebenden Frachten nur an Deutsche vergeben werden.

Direktor Dr. v. Jonquieres erhebt rechtliche Bedenken gegen die Resolution.

Abg. Spethmann (Vp.) begründet eine Resolution auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Frage, wie der von Petersen-Möhlhorst projektierte Eckernförder Kanal im Interesse des Reiches am besten zu fördern sei.

Abg. Wommelsdorf (ntl.) befürwortet gleichfalls das Projekt.

Direktor Dr. v. Jonquieres: Für die Vorarbeiten des Projektes sollten doch die Kreise sorgen, die von dem Kanal Vorteil haben, vor allem die Stadt Eckernförde.

Abg. v. Leonhart (Vp.): Wenn wir der Hahnschen Resolution folgen würden, so würden wir nur Revanchemaßregeln gegen unsere im Auslande lebenden Landsleute hervorrufen. Gegenüber dem Abgeordneten Severing muß ich erklären, daß die Kanalverwaltung allen berechtigten Wünschen gerecht wird.

Abg. Spethmann (Vp.): Der Kanal würde sich rentieren. Wir halten eine neue Kommission für zweckmäßig.

Die Resolution Spethmann wird abgelehnt.

Beim Aufsichtsamt für Privatversicherung fordert eine Centrumsresolution das Verbot der Abonnentenversicherung. Eine Resolution Bassermann (ntl.) verlangt eine Denkschrift über dieselbe Frage.

Abg. Marcour (Ctr.) begründet die Resolution seiner Partei. Wenn das Gesetz nicht bald kommt, ist es überhaupt zwecklos. Die Nachteile der Abonnentenversicherungen unter der Kontrolle des Vorteile.

Abg. Dr. Junck (ntl.): Der Centrumsantrag geht uns zu weit. Er sendet wahllos einen Bannstrahl gegen Gerechte und Ungerechte. Wir wollen aus einer Denkschrift ersehen, ob sich wirklich ein Mißstand herausgebildet hat. Der Redner wendet sich gegen einen Zwang für die Viehversicherungsgesellschaften, einen bestimmten Teil ihres Vermögens in Reichs- und Staatspapieren anzulegen.

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Der Reichskanzler hat sich mit den Einzelregierungen über die Frage in Verbindung gesetzt. Dabei hat sich herausgestellt, daß die meisten Abonnentenversicherungen unter der Kontrolle des Aufsichtsamtes stehen. Nennenswerte Mißstände sind nicht festgestellt worden. Wohl aber sind dem Publikum durch diese Versicherungen erhebliche Summen zugeführt worden. So sind im Jahre 1910 zwei Millionen Mark an Schadengeldern gezahlt worden, an Sterbegeldern etwa 750 000 M.

Abg. Schwartz-Lübeck (Soz.) bekämpft beide Anträge. Eine anständige politische Zeitung wird sich mit Abonnentenversicherungen nicht abgeben.

Abg. Dr. Potthoff (Vp.): Nach der zu optimistischen Auffassung von seiten der Regierung müssen wir auf Vorlegung möglichst umfangreichen Materials dringen. Die Centrumsresolution geht uns zu weit. Redner wendet sich gegen die Verpensionskassen mit Zwangsbeitragspflicht.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Es liegt im Interesse der Arbeiter und Angestellten, eine solche Kasse mit etwas minderwertigen Bedingungen bestehen zu lassen, anstatt sie existenzunfähig zu machen. Bei der Abonnentenversicherung ist es sehr schwierig, ein Bild von dem Umfang zu gewinnen, soweit es sich um nichtbeaufsichtigte Unternehmungen handelt; ich werde aber eine Umfrage an die Regierung ergehen lassen.

Abg. Giesberts (Centr.): Die Erklärung des Ministerialdirektors wird die Abonnentenversicherungspresse als Reklame benutzen. Sie ist eine Desavouierung unserer vornehmsten Zeitungsblätter, der Verleger- und Redakteurverbände. Ich bitte, auch diese bei der Umfrage zu hören. Die Abonnentenversicherung ist eine Schädigung am Baume der deutschen Presse, das Volk hat kein Verlangen danach und die Verleger auch nicht. Es ist nur der Ausfluß einer unschönen Konkurrenz.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Auch wir im Reichsamt des Innern haben eine hohe Meinung von unserer Presse. Aber es fragt sich, ob man mit Preßgesetzen etwas gegen die Auswüchse des Konkurrenzkampfes erreicht. Die Gesundung der allgemeinen Moral und der Presse kann man allein mit Gesetzen nicht erreichen. Hoffentlich wendet der Abg. Giesberts seinen Einfluß auf die ihm nahestehende „Essener Volkszeitung" an, daß sie nicht etwa die Rede des Ministerialdirektors Caspar als Reklame für ihre Gratis-Unfall-Versicherung abdruckt, wie sie jetzt angekündigt ist. (Große Htk.)

Abg. Stolle (Soz.) verlangt Verstaatlichung der Privat-Versicherungsgesellschaften.

Ministerialdirektor Caspar: Die bayerische Regierung hat die Verstaatlichung der Mobiliarversicherung erwogen. Ich empfehle das Studium der einschlägigen Denkschrift.

Abg. Dr. Junck (ntl.): Die Antwort auf die Frage, ob Versicherungsgesellschaften gezwungen werden sollen, einen Teil der Reserven in Reichs- und Staatsanleihen anzulegen, ist nicht erfolgt. Gegen solche Absichten müßte verschärft Einspruch erhoben werden.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Aus allgemeinen Erwägungen heraus kann die Regierung eine Antwort nicht geben. Das wird besonders dann der Fall sein, wenn sie

selbst nicht weiß, was sie will.

(Stürm. Heiterk.) Der Fall liegt hier vor. (Erneute große Heiterk.)

Abg. Fegter (Vp.): Wir sind der Ansicht des Abg. Junck, daß eine weitere Heranziehung der Versicherungsgesellschaften zu den Reichs- und Staatsanleihen unmöglich ist.

Darauf wird die Kanalresolution Dr. Hahn abgelehnt, beide Resolutionen gegen die Abonnentenversicherung angenommen.

Abg. Dr. Goercke (ntl.) regt die Erhöhung der Reichsunterstützung für die nationale Bibliographie der Naturwissenschaften an.

Abg. Dr. **Frank**-Ratibor (Ctr.) fordert weitere Mittel zur Bekämpfung des Typhus.

Die Abgg. **Martin Spahn**-Warburg (Ctr.) und **Bassermann** (ntl.) traten für ein

Reichs-Zeitungsmuseum

ein und verlangen die Unterstützung der deutschen Südpolar-Expedition.

Geheimrat **Lewald**: Die Reichsregierung bringt der Expedition das wärmste Interesse entgegen.

Abg. **Heckscher** (Vp.): Es wäre richtig gewesen, das kühne Unternehmen des Oberleutnants Filchner aus Reichsmitteln zu unterstützen. Es hat einen nicht erfreulichen Beigeschmack, wenn man ein solches Unternehmen im wesentlichen durch eine Lotterie zu sichern sucht. (Beifall.)

Für **Arbeiterwohnungsbau** sind dieses Mal nur zwei Millionen Mark in den Etat eingestellt worden. Die Sozialdemokraten verlangen wie früher vier.

Abg. Dr. **Jäger** spricht für möglichst ausgedehnte Wohnungsfürsorge.

Abg. **Hoch** (Soz.) verlangt Erhöhung der Summe, da dies im vorigen Jahre vom Staatssekretär in Aussicht gestellt worden sei.

Staatssekretär **Delbrück** bestreitet, daß die Einsetzung von vier Millionen bestimmt in Aussicht gestellt worden sei.

Der sozialdemokratische Antrag wird darauf abgelehnt. Darauf werden die Ausgaben und die Einnahmen bewilligt, bis auf die Einnahmen aus den Kolialgaben, über die morgen verhandelt werden soll.

Der Präsident schlägt dann vor, die erste und zweite Lesung über die Abänderung des Zolltarifs (der Trimborn) vorzunehmen. Aus dem Hause wird jedoch Widerspruch erhoben gegen eine derartige Behandlung dieser wichtigen Frage in so vorgerückter Stunde (nach ½9 Uhr).

Von sozialdemokratischer-polnischer-elsässischer Seite wird Widerspruch gegen die Weiterverhandlung erhoben.

Da der Präsident diesem Widerspruch in Rücksicht auf den Wunsch der Mehrheit des Hauses nicht stattgeben will, bezweifelt Abg. **Ledebour** (Soz.) die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Das Bureau stellt die

Beschlußunfähigkeit

fest.

Darauf wird die Verhandlung auf Dienstag 1 Uhr vertagt: Weiterberatung.

Schluß 8¾ Uhr.

Aus dem Reiche der Lüfte.

Neue Ballon-Katastrophe.

Krefeld, 20. März. Am Samstag und Sonntag wurden von hier aus Ballonfahrten unternommen. Der gestern hier aufgestiegene Ballon „Düsseldorf 4" hat Holland überflogen und ist dann ins Meer gestürzt. Ein Insasse, der Kaufmann Paul Kayser aus Krefeld, ist ertrunken. Der Mitfahrer Otto Schröder-Krefeld wurde gerettet.

Wir erfahren hierzu weiter:

Als der Ballon Harderwyk erreicht hatte, beschloß man, anstatt zu landen, weiterzufahren, um in der Nähe von Amsterdam niederzugehen. Der Ballastvorrat (3½ Sack) wurde ausgeworfen, und der Ballon erhob sich auf 1600 Meter. In dieser Höhe bemerkte man, daß die Windrichtung sich geändert hatte und man in nordwestlicher Richtung über den Zuider-See geführt wurde. Allmählich ging der Ballon nieder, so daß er auf kurze Zeit in der Nähe von Booten am Zuider-See verblieb. Die Luftschiffer waren der Meinung, daß die Boote am Zuider-See trachteten, ihnen zu folgen. Gegen ½4 Uhr nachmittags war man östlich der Insel Wieringen gekommen. Die Gondel wurde hier bereits ab und zu durch das Wasser geschleift. Es wurde alles über Bord geworfen, mit Ausnahme der Instrumente. Dadurch erhob sich der Ballon wieder um einige Meter, ging jedoch wieder hinunter, so daß die Luftschiffer beschlossen, als sie Land in der Nähe sahen, die Seile zu kappen. Beide waren aber vor Kälte so erstarrt, daß ihnen dieses Manöver nicht gelang. Sie wurden nun von dem heftigen Wind gegen den Basaltdamm der Deiche der van Ewyck-Schleuse in Anna Paulowna geworfen. Schröder, der auf dem Rand des Korbes stand, wurde durch einen Stoß herausgeschleudert und fiel auf den Deich, wobei er am Kopfe verwundet wurde. Kayser überschlug sich mit dem Korb über den Deich und gelangte in das Oudewoer, ein Binnenwasser, das nicht breiter als 200 Meter ist. Obwohl er in der einsamen Umgebung bald bemerkt wurde, war jedoch bei dem vollkommenen Fehlen von Hilfsmitteln keine Möglichkeit vorhanden, ihn zu retten, und er fand angesichts des Landes seinen Tod. Schröder war durch den Sturz betäubt worden. Er hat Aufnahme und Verpflegung bei einem Herrn R. Detker gefunden.

Ein „Zeppelin" für Potsdam.

Der Vertrag zwischen Potsdam und der Zeppelin-Bau-Gesellschaft ist von den Stadtverordneten genehmigt worden. Die Stadt erhält für das Gelände, auf dem die Luftschiffhalle errichtet wird, eine bestimmte Pacht, ist auch an etwaigem Gewinn beteiligt. Ergibt sich aber nach fünf Jahren immer noch ein Fehlbetrag, so darf die Zeppelin-Bau-Gesellschaft das Grundstück unter Aufgabe der Flugveranstaltungen zu Villenbauten aufteilen. Die Luftschiffhalle muß auch Luftschiffen anderer Systeme bei Bedarf zur Verfügung stehen. Auf etwa ein Jahr ist die Bauzeit für die Halle, für Restaurationsräume usw. veranschlagt, und alsdann bezieht der starre Luftkreuzer sein neues Heim.

Ankauf von Parseval-Luftschiffen.

Die Luftverkehrsgesellschaft in Berlin, die die Passagierfahrten veranstaltet, hat die Luftschiffe „P. L. 5" und „P. L. 6" der Luftfahrzeuggesellschaft die in Bitterfeld ihre Bauwerft hat, angekauft.

Für den europäischen Rundflug, der am 4. Juni in Paris beginnt und vom 6. bis 18. auf deutschem Gebiet sich abspielt, steht nach einem Rundschreiben des Ausschusses der Betrag von 502 500 Franken an Preisen zur Verfügung. Am Donnerstag hat nun die Stadt Hannover 50 000 Mark dazu bewilligt, und weitere ähnliche Zuschüsse stehen in Aussicht, so daß man auf insgesamt 800 000 Mark wird rechnen können. Die Strecke geht über Paris, Lüttich, Düsseldorf, Hannover, Berlin, Magdeburg, Hamburg, Bremen, Münster Utrecht, Brüssel, Calais, London, Folkestone, Amiens, Paris.

Militärflieger in Afrika. Einer amtlichen Meldung aus Paris zufolge werden in Südalgerien drei militärische Flugfelder, nämlich Biskra, Blidah und Hufseinden errichtet werden.

Wettflüge über das Mittelmeer. In Ajaccio auf Korsika wird eine Flugwoche geplant. Eine Reihe französischer Flieger hat bereits ihre Teilnahme zugesagt. Es sind Flüge von Korsika nach der französischen Küste sowie über Sardinien nach Italien und Algerien in Aussicht genommen. Die Stadt Ajaccio hat einen besonderen Preis gestiftet.



— **Racheakt der „Schwarzen Hand".** Ein neues Verbrechen der Filialen des italienischen Geheimbundes auf amerikanischem Boden ist nach Kabelmeldungen aus Newyork soeben in Cherry Hill, dem Ausländerquartier der Stadt, entdeckt worden. Ein Gast, der früh am Morgen ein kleines italienisches Restaurant betrat, fand den Eigentümer D. Lacala in einer Schlinge an einem Haken der Decke des Lokals hängen. Das Gesicht des Unglücklichen war mit Blut besudelt; da indessen noch Leben in dem Körper schien, schnitt ihn der Besucher, der just im rechten Augenblick gekommen, ab, um dann Hilfe herbeizuholen. Der Polizeiarzt stellte bei der Untersuchung fest, daß Wangen und Stirn des Mannes mit Messern kurz und quer zerfleischt und Nase und Ohren beinahe abgehackt waren. Wenn sich mit Rücksicht auf die schweren Verletzungen des schrecklich Zugerichteten auch ein eingehendes Verhör verbot, so erfuhr man doch so viel, daß der Mann von drei Italienern überfallen worden war, die ihn gebunden und aufgehängt hatten, nachdem sie ihn vorher verstümmelt hatten. Sie hatten dann Kästen und Schränke erbrochen und mit einer Beute von 700 Mk. das Weite gesucht. Die Polizei zweifelt keinen Augenblick, daß hier ein Racheakt in Frage kommt, da die Messermale, die Lacalas Gesicht aufweist, ein regelmäßiges und symmetrisches Muster zeigen. Die drei Kreuzen, die in die Stirn geschnitten sind, wie die Halbmonde, die das Messer in die Wangen eingraben, bilden offensichtlich Zeichen, daß hier die Männer einer der verschiedenen Geheimorganisationen, der „Schwarzen Hand", der „Mafia" oder der „Camorra" bei der Arbeit gewesen.

— **Die erste Luftpostmarke.** Den Philatelisten ist großes Heil wiederfahren: eine neue erstklassige Seltenheit taucht am Sammlerhimmel in Gestalt der ersten Luftpostmarke auf. Das neue Postwertzeichen verdankt sein Entstehen der Initiative eines englischen Luftschifferhauptmanns mit dem für Aviatik gewiß passenden Namen Windham. Captain Windham, der im Aeroplan auf der „Ausstellung für indische Kunst und Gewerbe" in Allahabad mehrere erfolgreiche Flüge absolviert hat, erlangte nämlich von der indischen Postverwaltung die Erlaubnis zur Karten- und Briefbeförderung von dem auf dem Ausstellungsterrain befindlichen Hangar aus bis zum nächsten Postamt, das allerdings nur etwa eine Meile entfernt war. Trotzdem wurde ein besonderes Klischee für ein Postwertzeichen angefertigt, und Indien genießt somit die Ehre, die erste Luftpostmarke verausgabt zu haben. Die Marke weist im Oval das Bild eines Aeroplans en miniature auf, und ringsum stehen die Worte: „First Aerial Post U. P. Exhibition Allahabad 1911." (Erste Luftpost, der Vereinigten Provinzen Allahabad 1911.)

Standesamt Hagen.

vom 18. März.

Geburten: Fabriktagelöhner Anton Knoll 1 T. Gabelmanstieler Heinrich Kaltenborn 1 S. Kaufmann Josef Vollmer 1 S. Eisenbahnbetriebsvorarb. Karl Buschmann 1 S.

Aufgebote: Volksschullehrer Heinrich Bohlmann zu Exin und Else Gerber zu Hagen. Kaufmann Fritz Pickrun und Erna Nagel, beide zu Hagen. Kellner Alexander Hugo Förster zu Hagen und Hedwig Amanda Olga Lehmann zu Brunebeck.

Eheschließungen: Erdarbeiter Friedrich Wilhelm Schmidt und Maria Therese, gebor. Bell, geschiedene Lenz, beide zu Hagen.

Sterbefälle: Witwe Göbel, Hulda, gebor. Maus, verwitw. Thomas, 69 J. Flora Maria, T. von Erdarbeiter Angelo Ruti, 1 J. Else Katharina Auguste, T. von Zuschläger Friedrich Wilhelm Fischer, 6 W. Karl Ernst, S. von Zuschläger Gustav Dickhage, 2 J.

Kufeke Kinder-mehl Kranken-kost

Hervorragend bewährte **Nahrung.** Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.



Auf Radtouren haben sich zahlreiche Fahrer gewöhnt, Wybert-Tabletten mitzunehmen. Die staubige Luft, das rasche Atmen greift die Kehle an, sie wird trocken, der Hals rauh und die Stimme heiser, besonders wenn man sich noch von der Fahrt erhitzt dem Zuge ausgesetzt hat. Dann wirken ein paar Wybert-Tabletten Wunder: wie sie im Munde zergehen, lindern sie die Heiserkeit und schaffen einen freien Hals. Der Preis ist in allen Apotheken 1 Mark pro Schachtel.

Achtung

vor Nachahmungen!

Man verlange stets ausdrücklich **MAGGI's Würze** allein echt mit der **Schutzmarke Kreuzstern**

Beim Nachfüllen achte man darauf, daß aus der großen MAGGI-Flasche nachgefüllt werde, da in dieser gesetzlich nur echte MAGGI-Würze feilgehalten werden darf.

Gemeinde Asbeck.

Ordnung

für die Erhebung einer Gemeindesteuer vom Erwerbe von Grundstücken und von Rechten, für welche die auf Grundstücke bezüglichen Vorschriften gelten, in der Gemeinde Asbeck.

Auf Grund der §§ 13, 18, 69, 70 und 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetz-Samml. S. 152) und des Beschlusses der Gemeindeverordneten-Versammlung vom 14. Februar 1911 wird für die Gemeinde Asbeck nachstehende Steuerordnung erlassen.

§ 1.

Jeder abgeleitete Eigentumserwerb eines im Gemeindebezirke belegenen Grundstücks oder Erwerb eines Rechtes, für welches die auf Grundstücke bezüglichen Vorschriften gelten (Bergwerkseigentums, Erbbaurechts), unterliegt bei Werten von über 3000 Mark einer Steuer von eins vom Hundert, bei Werten bis zu 3000 Mark einschl. einer solchen von ½ vom Hundert des erworbenen Grundstückes oder Rechtes. Die Umsatzsteuer gelangt auch im Falle des Wechsels im Personenbestande von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kommanditgesellschaften und eingetragenen Vereinen, sowie offenen Handelsgesellschaften, von deren nach dieser Ordnung steuerpflichtigem Eigentum insoweit zur Erhebung, als es der Beteiligung des ausscheidenden oder hinzutretenden Gesellschafters oder Mitgliedes an der Gesellschaft entspricht.

Erfolgt eine Auflassung auf Grund mehrerer, das Recht auf Auflassung begründender lästiger Rechtsgeschäfte von dem ersten Veräußerer an den letzten Erwerber, so werden die Erwerbspreise dieser sämtlichen Rechtsgeschäfte zusammengerechnet und ist die Steuer von diesem Gesamtbetrage zu entrichten. Uebertragungen der Rechte eines Erwerbers aus dem Veräußerungsgeschäfte oder nachträgliche Erklärungen eines aus dem Veräußerungsgeschäfte berechtigten Erwerbers, die Rechte für einen Dritten erworben beziehungsweise die Pflichten für einen Dritten übernommen zu haben, werden wie Veräußerungen behandelt. Hat jedoch ein Erwerber das Veräußerungsgeschäft nachweislich auf Grund eines Vollmachtvertrages oder einer Geschäftsführung ohne Auftrag für einen Dritten abgeschlossen, so bleibt die Uebertragung seiner Rechte an den Dritten bei der Berechnung des zu versteuernden Betrages außer Betracht.

In Fällen, in welchen auf Grund gesetzlichen Anspruchs auf Rückgängigmachung des Veräußerungsgeschäfts ein Rückerwerb von Grundstücken oder Rechten stattgefunden hat, kommt die Steuer nicht zur Erhebung. In anderen Fällen eines Rückerwerbes kann der Gemeindevorstand die zu entrichtende Steuer aus Billigkeitsrücksichten bis auf ⅓ ihres Betrages ermäßigen.

Zur Zahlung der Steuer sind der Erwerber und der Veräußerer, im Falle des Absatzes 2 der letzte Erwerber und der erste Veräußerer gesamtschuldnerisch verpflichtet. Steht einem der Beteiligten nach den landesstempelgesetzlichen Vorschriften ein Anspruch auf Befreiung von der Abgabe zu (§ 6), so ist von dem andern Teile die Hälfte der Steuer zu entrichten.

Bei Erwerbungen im Zwangsversteigerungsverfahren ist die Steuer von demjenigen zu entrichten, welchem der Zuschlag erteilt ist. Wenn der Ersteher Hypotheken- oder Grundschuldgläubiger ist, so wird die Steuer nur von dem Betrage des Meistgebotes erhoben, welcher den Gesamtbetrag seiner Hypotheken- oder Grundschuldforderung und der dieser vorhergehenden Forderungen übersteigt. Ist der Ersteher eine von der Zahlung des Stempels befreite Person (§ 6), so kommt eine Steuer nicht zur Erhebung.

Die Errichtung eines Familienfideikommisses oder einer Familienstiftung unterliegt nicht der Umsatzsteuer.

§ 2.

Ein Erwerb von Todeswegen oder auf Grund einer Schenkung unter Lebenden im Sinne des Reichs-Erbschaftssteuergesetzes vom 3. Juni 1906 (Reichs-Gesetzbl. S. 654) bleibt frei von der im § 1 bezeichneten Steuer.

§ 3.

Die Steuer wird nicht erhoben, wenn ein Grundstück oder Recht von einem Veräußerer auf einen Abkömmling auf Grund eines lästigen Vertrages übertragen wird oder wenn einer oder mehrere von den Teilnehmern an einer Erbschaft ein zu dem gemeinsamen Nachlasse gehöriges Grundstück oder Recht erwerben. Zu den Teilnehmern an einer Erbschaft wird auch der überlebende Ehegatte gerechnet, welcher mit den Erben des verstorbenen Ehegatten gütergemeinschaftliches Vermögen zu teilen hat.

§ 4.

Bei Eigentumserwerbungen, die zum Zwecke der Teilung der von Miteigentümern gemeinschaftlich besessenen Grundstücke bezw. Rechte außer dem Falle der Erbgemeinschaft (vergl. § 3) erfolgen, kommt die Steuer nur insoweit zur Erhebung, als der Wert des dem bisherigen Miteigentümer übertragenen Eigentums mehr beträgt, als der Wert des bisherigen ideellen Anteils dieses Miteigentümers an der ganzen zur Teilung gelangten gemeinschaftlichen Vermögensmasse.

§ 5.

Erfolgt der Erwerb auf Grund von Tauschverträgen, so berechnet sich die Steuer nach dem Werte der von einem der Vertragschließenden in Tausch gegebenen Grundstücke oder Rechte und zwar nach denjenigen, welche den höheren Wert haben, bei dem Tausche in der Gemeinde belegener Grundstücke oder Rechte gegen außerhalb derselben belegene nach dem Werte der ersteren.

§ 6.

Wegen der sachlichen und persönlichen Steuerbefreiungen und Steuerermäßigungen, insoweit sie nicht bereits durch die vorangegangenen Bestimmungen geregelt worden sind, finden die §§ 4 und 5 des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1909, G.-S. S. 535 mit folgenden Maßgaben entsprechende Anwendung:

Dem Staatsoberhaupte und dem Fiskus anderer Staaten als des Deutschen Reiches und des preußischen Staates, den öffentlichen Anstalten und Kassen, die für Rechnung eines solchen anderen Staates verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind, den Chefs der bei dem Deutschen Reiche oder bei Preußen beglaubigten Missionen sowie den ausländischen Anstalten, Stiftungen und Vereinen usw. (§ 5 Abs. 1 d—g, Abs. 3 a. a. O.) wird Steuerbefreiung gewährt, wenn nach der Erklärung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in dem betreffenden Staat Preußen gegenüber die gleiche Rücksicht geübt wird.

§ 7.

Die Wertermittelung ist in denjenigen Fällen, in welchen die Steuer von dem Werte zu berechnen ist, auf den gemeinen Wert des Gegenstandes zur Zeit des Erwerbsaktes zu richten.

In keinem Falle darf ein geringerer Wert versteuert werden, als der zwischen dem Veräußerer und dem Erwerber bedungene Preis mit Einschluß der vom Erwerber übernommenen Lasten und Leistungen unter Zurechnung der vorbehaltenen Nutzungen. Die auf dem Gegenstande haftenden gemeinen Lasten werden hierbei nicht mitgerechnet; Renten und andere zu gewissen Zeiten wiederkehrende Leistungen werden nach den Vorschriften des Reichs-Erbschaftssteuergesetzes vom 3. Juni 1906 § 17 ff. und der dazu vom Bundesrat erlassenen Ausführungsbestimmungen kapitalisiert.

Wird ein Grundstück oder ein Recht im Zwangsversteigerungsverfahren erworben, so ist die Steuer von dem Betrage des Meistgebots zu berechnen, zu welchem der Zuschlag erteilt wird, unter Hinzurechnung des Wertes der von dem Ersteher übernommenen Leistungen.

§ 8.

Die Veranlagung der Steuer geschieht durch den Gemeinde-Vorstand.

§ 9.

Die zur Entrichtung der Steuer Verpflichteten haben innerhalb zwei Wochen nach dem Erwerbe dem Gemeinde-Vorstande hiervon sowie von allen sonstigen für die Festsetzung der Steuer in Betracht kommenden Verhältnissen schriftliche oder protokollarische Mitteilung zu machen, auch auf Erfordern die die Steuerpflicht betreffenden Urkunden vorzulegen.

Auf Verlangen des Gemeinde-Vorstandes sind die Steuerpflichtigen verbunden, über bestimmte, für die Veranlagung der Steuer erhebliche Tatsachen innerhalb einer ihnen zu bestimmenden Frist schriftlich oder zu Protokoll Auskunft zu erteilen.

§ 10.

Der Gemeinde-Vorstand ist bei der Veranlagung der Steuer an die Angabe der Steuerpflichtigen nicht gebunden.

Wird die erteilte Auskunft beanstandet, so sind dem Steuerpflichtigen vor der Veranlagung die Gründe der Beanstandung mit dem Anheimstellen mitzuteilen, hierüber binnen einer angemessenen Frist eine weitere Erklärung abzugeben. Findet eine Einigung mit dem Steuerpflichtigen nicht statt, so kann der Gemeinde-Vorstand die zu entrichtende Steuer, nötigenfalls nach dem Gutachten Sachverständiger, festsetzen.

§ 11.

Nach bewirkter Prüfung erfolgt die Veranlagung durch den Gemeinde-Vorstand, worüber dem Steuerpflichtigen eine schriftliche Mitteilung (Veranlagung) zuzustellen ist.

Die Steuer ist innerhalb drei Wochen an die Gemeindekasse zu entrichten. Nach vergeblicher Aufforderung zur Zahlung erfolgt die Einziehung der Steuer im Verwaltungszwangsverfahren.

§ 12.

Der Einspruch gegen die Veranlagung ist binnen einer Frist von vier Wochen nach Zustellung der Veranlagung beim Gemeinde-Vorstand schriftlich oder protokollarisch anzubringen.

Ueber den Einspruch beschließt der Gemeinde-Vorstand. Gegen dessen Beschluß steht dem Steuerpflichtigen binnen einer mit dem ersten Tage nach erfolgter Zustellung beginnenden Frist von zwei Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren an den Kreisausschuß offen.

Durch Einspruch und Klage wird die Verpflichtung zur Abführung der Steuer nicht aufgeschoben.

§ 13.

Wer eine ihm nach § 9 dieser Ordnung obliegende Anzeige oder Auskunft nicht rechtzeitig oder nicht in der vorgeschriebenen Form erstattet, wird, insofern nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit einer Geldstrafe von einer bis dreißig Mark bestraft.

§ 14.

Diese Ordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Volmarstein/Asbeck, den 14. Februar 1911.

Der Amtmann: Eccarius. **Der Gemeinde-Vorsteher:** Reveling.

Genehmigt auf die Dauer von 5 Jahren mit dem Vorbehalte, diese Zeitbeschränkung vor Ablauf der fünfjährigen Frist zurückzuziehen.

Hagen i. W., den 8. März 1911.

Namens des Kreis-Ausschusses des Kreises Hagen-Land.
J.-Nr. 1470. **Der Vorsitzende:**
Hartmann, Königlicher Landrat.

Zur Genehmigung erteile ich meine Zustimmung.
Arnsberg, den 11. März 1911.

Der Regierungs-Präsident.
I. 24 Nr. 275. J. A.: Bergemann.

Veröffentlicht!
Volmarstein, 18. März 1911.

Der Amtmann: Eccarius.

Schnitkers Haar-Arbeiten

weit und breit bekannt
Ueber einige 100 Stück jeder Art und Farbe vorrätig.
Die Auswahl ist sehenswert, staunend, in den meisten Grossstädten unerreicht.
Flechten v. 2.— M. an bis 40.— M.
Anfertigung, wenneilig, binnen einem Tage. 160a
Zöpfe von 1.— Mk. an.
Toupets Damenscheitelin tt. Ausführung. Naturgemässeseiler gewordene Sachen werden unter besond. Berücksichtigung billigst wieder aufgefrischt, auch in Zahlung genommen.
Erstklassig. Arbeitspersonal sowie feinste Materialien gewähren den besten Erfolg.
Ständig vergrössert. Viele Anerkennung. Diplom Bremen 07. Ehrenpreis Stettin 08.
502a **Gelbe Marken.**
Wiederverkäufer Fabrikpreise.
Ant. Schnitker
Hagen
Elberfelderstr. 32a. Ferns. 615
Goldene Medaille, Wiesbaden Juli 1909.

Fischer,
Hagen, Elberfelderstr. 70
zahlt die höchsten Preise für gebrauchte Möbel, Betten, Oefen, ganze Haushaltungen, getr. Kleider.
NB. Komme sof. nach Empfang einer Karte.

Konfirmations-Geschenke
empfiehlt in bekannt grosser Auswahl
Otto Springer,
Christl. Buch- u. Kunsthandlung,
Hagen, Mariestr. 3. Fernsprecher 938

Kalbsbraten
amtl. gestempelt Pfd. 40 ₰ empf.
Grundbesitzer Gerull,
Skuldeinen b. Kaukehmen Ostpr.

Zahle für gebrauchte Herren- und Damen-Garderobe, Schuhe, Möbel u. Betten, ganze Einrichtungen die höchsten Preise. Telefon 562 oder Karte genügt.
Friedr. Pitten jr.,
Hagen, Iserlohnerstraße 21/23.